Nr. 151. 21. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 30. Juni 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Juli 1904 eröffnen wir ein neues Abonnement auf den **„Vorwärts"** mit seinem wöchentlich fünfmal erscheinenden **Unterhaltungsblatt** und der Sonntagsbeilage **„Die Neue Welt"**.

Für **Berlin** nehmen **sämtliche Zeitungsspediteure** sowie **unsre Expedition**, Lindenstrasse 69, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennig frei ins Haus.

Für das übrige Deutschland nehmen **sämtliche Postanstalten** Bestellungen zum Preise von

1 Mark 10 Pfennig pro Monat

(ausschliesslich 14 Pfennig pro Monat Bestellgeld) entgegen. (In der Post-Zeitungsliste sind jetzt die Zeitungen nicht mehr nach Nummern, sondern nach dem Alphabet geordnet.)

Die Einziehung des Zeitungsgeldes von den bisherigen Postabonnenten erfolgt gegen Quittung durch die Briefträger, die zur vollgültigen Quittungsleistung berechtigt sind.

Neu hinzutretende Postabonnenten können die Zustellung der Zeitung und die Einzahlung des Zeitungsgeldes auch schriftlich bei der zuständigen Postanstalt beantragen. Für derartige Bestellschreiben etc. wird eine Gebühr nicht erhoben.

Im **Auslande** kann der „Vorwärts" gleichfalls bei der Post bestellt werden; der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich in Belgien 5 Fr. 1 Cts.; Dänemark 3 Kr. 86 Oere; Holland 3 Fl.; Italien 5 Lire 61 Cts.; Luxemburg 4 Mk. 12 Pf.; Portugal 1455 Reis; Rumänien 6 Lei; Schweden 3 Kr. 87 Oere; in der Schweiz 5 Fr.; in England, Frankreich, Spanien, den Vereinigten Staaten von Nordamerika und andren zum Weltpostverein gehörenden Ländern 9 Mark.

Unter Kreuzband direkt von der Expedition bezogen kostet der „Vorwärts" **pro Monat 2 Mark** innerhalb Deutschlands und seiner Kolonien, in Oestreich-Ungarn und Luxemburg, im Ausland **3 Mark** pränumerando.

Redaktion und Expedition des „Vorwärts".

Tolstoj über den japanisch-russischen Krieg.

London, 27. Juni. (Eig. Ber.)

Die folgenschweren und zukunftsschwangeren Ereignisse, die sich gegenwärtig in Ostasien abspielen, haben die verschiedensten Kommentare hervorgerufen. Wir hatten geschichtliche Abhandlungen von Diplomaten, strategische Betrachtungen von militärischen Schriftstellern, weltwirtschaftliche und socialrevolutionäre Erwägungen imperialistischer und socialistischer Denker, aber keine derselben kann sich an unmittelbarer ergreifender Wirkung auch nur annähernd vergleichen mit den Worten Tolstojs, die heute in etwa zwölf Spalten der „Times" veröffentlicht werden.

Die ganze Kraft des slavischen Geistesheroen: die Unerschrockenheit eines alttestamentlichen Propheten, das mystische Feuer eines asiatischen Religionsgründers, die sittliche Energie eines durch Askese und innere Kämpfe geläuterten Herzens, verbunden mit der Formengewandtheit und Harmonie des Occidents — alles ist konzentriert in den Strafworten, die er den Machthabern seines großen und doch so unglücklichen Volkes entgegenschleudert.

Die Kritik verstummt vor der Gewalt dieser Worte, die kalte vernunftgemäße Analyse erscheint momentan ganz belanglos, und man überläßt sich den Schauern, die die unvergleichliche Prophetenstimme in der Seele weckt.

* * *

„... Etwas Unbegreifliches und Unmögliches an Grausamkeit, Falschheit und Thorheit wird jetzt zur Wirklichkeit. Der russische Zar, derselbe Mann, der die Völker zur Friedensliebe ermahnte, erklärt jetzt, daß den Japanern das gethan werden soll, was sie uns thun wollen, d. h. daß man sie abschlachtet. Er erklärt ferner, daß er große Anstrengungen gemacht habe, den seinem Herzen teuern Frieden aufrechtzuerhalten. Seine Anstrengungen bestanden darin, daß er andrer Leute Land stahl und es militärisch besetzte ... Männer der Wissenschaft und der Rechtslehre bemühen sich, den Beweis zu erbringen, daß zwischen der Einladung der Völker zur Haager Konferenz und der jetzigen Aufreizung zum Krieg kein Widerspruch bestehe. ... Die Zeitungsschreiber wetteifern mit einander, ihren Lesern zu beweisen, daß nur die Russen gerecht, stark und gut seien, während alle Japaner in jeder Beziehung nichts taugten; ebenso schlecht und unfähig seien alle, die Rußland feindlich gegenüberstehen, wie die Engländer und Amerikaner. ... Eine Menge sogenannter aufgeklärter Leute, wie Professoren, Socialreformer, Studenten, Kaufleute geben den bittersten Gefühlen gegenüber den Japanern, den Engländern und Amerikanern Ausdruck und bekunden ihre Servilität gegenüber dem Zaren, in dessen Interesse sie sich aufopfern wollen. Dieser unglückliche, schwankende junge Mann, der anerkannte Führer von 130 000 000 Menschen, wird fortwährend betrogen und gezwungen, sich selbst Lügen zu strafen; vertrauensselig dankt er den Demonstranten und segnet die Truppen, die er seine eignen nennt, und schickt sie auf Raub und Mord aus ... Alle schenken sich gegenseitig abscheuliche Bilder, an die nicht nur die Gebildeten nicht glauben, sondern auch von dem einfachen Bauer nach und nach verleugnet zu werden beginnen; — alle bücken sich vor diesen Bildern und halten aufgeblasene und trügerische Reden, an die niemand mehr glaubt. ... Betäubt durch Gebete, Predigten und Mahnreden, durch Prozessionen, Bilder und Zeitungen, eilen hunderttausende Leute zu den Fahnen, um Menschen zu erschlagen, die sie gar nicht kennen. ... Und diejenigen, die es unternehmen, die Leute über ihr Thun aufzuklären, werden als Verräter betrachtet und laufen Gefahr, in brutalster Weise mißhandelt zu werden durch eine Menge, die keine andre Waffe als brutale Gewalt besitzen kann.

* * *

„Es ist, als ob es nie einen Voltaire, Montaigne, Pascal, Swift, Spinoza oder Kant gegeben, die mit großer Kraft das Wahnsinnige und Zwecklose des Krieges geschildert hätten; und überhaupt, als ob Jesus und seine Lehre von der Gottes- und Menschenliebe nie existiert hätten. Angesichts der Dinge, die man jetzt um sich sieht, empfindet man weniger die Schrecken des Krieges, als den Schrecken aller Schrecken — das Bewußtsein von der Machtlosigkeit der menschlichen Vernunft.

Die Vernunft, die allein den Menschen vom Tiere unterscheidet, erscheint als überflüssig; sie ist nicht nur ein nutzloses, sondern ein verderbliches Anhängsel, wie die Zügel, die vom Kopfe des Pferdes herunterfallen, seine Beine verwickeln und es nur hemmen. ...

Die heutige Welt gleicht einem Menschen, der, nachdem er sich vom geraden Wege verirrte, immer mehr bewußt wird, daß er sich auf dem unrichtigen Wege befindet. Aber je größer seine Zweifel, desto schneller und verzweifelter eilt er voran in der Hoffnung, daß er irgendwo anlangen müsse. Die Zeit kommt indes, wo er sich vollständig klar wird, daß der Weg, den er wandelt, nur zu einem Abgrund führen kann, den er bereits zu sehen beginnt. ... Es ist klar, wenn wir unser Leben, das sowohl privat wie staatlich nur unser eignes Wohl sucht, so fortsetzen wie bis jetzt, und wenn wir unser Wohl nur durch Gewalt sichern wollen, wir unaufhörlich gezwungen sein werden, die Gewaltmittel zu erhöhen und Staat gegen Staat zu hetzen. Wir werden erstens den größten Teil unsrer Produktion für Rüstungen verwenden und den physisch best entwickelten Teil der Bevölkerung in Kriegen vernichten. Die Folge kann nur sein physische und moralische Verkommenheit. ...

Ein aufrichtiger, ernster und vernünftiger Mensch kann sich nicht mehr mit dem Gedanken trösten, daß man diesen Uebeln abhelfen könne durch das Mittel eines Universalreiches, wie es die Römer, Karl der Große und Napoleon wollten, oder durch eine Weltgemeinschaft, wie die mittelalterlichen Päpste sie herbeizuführen suchten, oder durch heilige Alliancen, durch das Gleichgewicht des europäischen Konzerts. Es ist unmöglich, ein Universalreich oder eine Universalrepublik aufzubauen, denn die verschiedenen Nationalitäten lassen sich nicht in einen Einheitsstaat pressen ...

Aber unsre Staatsmänner sahen dies alles nicht. Gedanke und Rede dient ihnen nicht, um die menschliche Thätigkeit in die richtigen Wege zu leiten, sondern um jede Thätigkeit, so verbrecherisch sie auch sein möge, zu rechtfertigen. Dies zeigte der Boerenkrieg, ebenso der japanische Krieg, der jeden Augenblick in eine universelle Schlächterei ausarten kann. ... Wir eilen einem Abgrund entgegen und wir nähern uns seinem Rande.

* * *

„Dieser Artikel war bereits fertig, als die Nachricht vom Untergange des „Petropawlowsk" eintraf. Diese nutzlosen Leiden und schrecklichen Verluste müßten doch die Leute aufklären, die die Ursache dieser Menschenvernichtung sind. Ich meine nicht Makaroff und seine Offiziere — diese wußten wohl, was sie thaten, und kannten die Gründe ihrer Handlungen —, aber ich denke an die unglücklichen Menschen, die, teils durch religiösen Schwindel, teils durch Furcht vor Strafe, aus allen Teilen Rußlands zusammengeschleppt wurden und in diese grausame, sinnlose Maschine gesteckt wurden, ohne je auf irgend welche Vorteile von ihren Gefahren und Entbehrungen rechnen zu können ... Tausende Menschen werden im fernen Osten ihr Leben verlieren auf Befehl von Nikolaus Romanoff und Alexis Kuropatkin. Tausende von unglücklichen russischen Arbeitern, die an ihrem Unglück unschuldig sind und von dem Kriege nicht den geringsten Nutzen haben können, werden im Interesse von Spekulanten geopfert, die in Korea und China Länderraub treiben wollen. ...

Unsre Zeitungen sagen ganz offen, daß die Verluste zur See durch Siege zu Lande ausgeglichen werden müssen. Sie meinen, der Hauptfaktor des russischen Erfolges liege in unserm unerschöpflichen Menschenmaterial. Das heißt: unser Volk soll mit seinem Leben für die Fehler der Regierung zahlen! Wenn kriechende Heuschrecken einen Fluß überschreiten wollen, so geschieht es oft, daß so viele von den unteren Schichten ertrinken, bis die Leichen eine Brücke für die oberen Schichten bilden. In derselben Weise wird unser Volk behandelt.

* * *

Ich hatte soeben die letzten Manuskripte abgesandt, als die schrecklichen Nachrichten über die Schlacht am Yalu eintrafen. ... Die rohen und servilen Sklaven der Sklaven haben wieder Tausende von ehrenhaften, guten und fleißigen Arbeitern der Vernichtung entgegengeführt. Und dieses Verbrechen weckt weder Nachdenken noch Reue bei den Herrschenden, sondern wir hören von allen Seiten, daß wir noch mehr Menschen brauchen, um sie zu verstümmeln und abzuschlachten und noch mehr russische und japanische Familien in Trauer zu versetzen. ... Die einmal begonnene schreckliche Arbeit wird fortgesetzt: Plünderung, Gewalt, Diebstahl, Heuchelei, Mord, und was noch schlimmer ist: Verzerrung der religiösen Lehren von Jesus und Buddha. ... Wann wird die ein Ende nehmen? Wann wird sich einmal das Volk erheben und sagen: „Ihr Zaren, Mikados, Minister, Bischöfe, Geistliche, Generale, Zeitungsschreiber, Spekulanten, die Ihr Krieg wollt, geht selbst unter den Regen von Kugeln und Granaten; wir wollen keinen Krieg und wollen uns nicht gegenseitig erschlagen. Laßt uns in Ruhe, um zu ackern, zu säen, aufzubauen und auch Euch Müßiggänger zu füttern!" ... Die Haltung vieler Leute diesem Krieg gegenüber ist eine ganz andre als im Jahre 1877. Was sich jetzt ereignet, hat sich noch nie ereignet. Die Zeitungen erzählen von dem Enthusiasmus, mit dem der Zar, der die Leute zum Morden hypnotisieren will, überall auf seinen Reisen empfangen wird. Thatsächlich verhält sich die Sache anders. Von allen Seiten höre ich Berichte über die Unwilligkeit der Reservisten, in den Krieg zu ziehen. Mehrere Reservisten haben Selbstmord begangen und überall sind die Scenen, die sich bei der Abreise der Reservisten abspielen, herzzerreißend.

* * *

„Der große Kampf unsrer Zeit ist nicht der, welcher sich zwischen den Japanern und Russen abspielt, noch der, welcher zwischen der weißen und gelben Rasse entflammen kann, und auch nicht der Kampf, der mit Bomben, Minen und Kugeln geführt wird. Es ist ein Kampf zwischen dem sich klärenden Menschenbewußtsein und der Dunkelheit und Last, die die Menschheit bedrücken." —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. Juni.

Eine Mirbach-Kirche.

Zur Freiwilligkeit der Mirbach-Spenden dürfte folgendes Geschichtchen einen Beitrag liefern: Gelegentlich eines Kirchenbaues in **Homburg** wandte sich der dortige Bürgermeister an einige reiche Leute, legte ihnen nahe, **das Portemonnaie möglichst weit zu öffnen** — keine Beiträge „allgemein unbeliebt"! — und stellte ihnen **den baldigen Besuch des Freiherrn v. Mirbach** in Aussicht. Einer, übrigens ein Jude, gab 25 000 M. Ein andrer, ein aus dem Judentum Ausgetretener antwortete, daß er ablehne, einen Beitrag zu geben; er würde seinerseits die Diskretion über den Schritt des Bürgermeisters wahren und stellte es dessen Takte anheim, **wie er Herrn v. Mirbach von der Absicht dieses Besuches abbringe.** Darauf ein neues Schreiben, in dem das Interesse des Kaiserpaares für Homburg im allgemeinen und gerade **für diese Kirche** im speciellen betont wurde; es handle sich um die Freilegung der Kirche, denn Bau und Ausstellung seien sicher gestellt; also **Herr v. Mirbach würde sich doch die Ehre geben.** Neue Ablehnung des Homburger Bürgers, **er lege absolut keinen Wert auf Orden** und ähnliche Auszeichnungen, sähe sich nicht veranlaßt, Gelder für die Zwecke dieser Kirche beizusteuern, **und bäte, daß der Besuch des Herrn v. Mirbach unterbleibe.**

Der **dritte Brief** des Bürgermeisters teilte daraufhin in lakonischer Weise mit, **wann Herr v. Mirbach sich die Ehre geben würde.** Der Homburger antwortete dann, er sei an dem betreffenden Tage geschäftlich verreist und bäte, Herrn v. Mirbach davon zu verständigen. ...

Mirbach-Flucht.

Es wird fortgesetzt vermutet, daß der preußische Minister des Innern der Mirbach-Interpellation im Abgeordnetenhause auszuweichen gedenkt. Die Vorlage, die das Abgeordnetenhaus bis zum 18. Oktober vertagt, liegt bereits vor; wenn Herr v. Hammerstein die Beantwortung der Interpellation nicht für einen der allernächsten Tage noch zusagt, wenn er andrerseits die Antwort auch nicht ablehnt, worauf eine alsbaldige Besprechung eintreten kann, so würde die Verweisung der Angelegenheit in den Herbst von jedermann nur als Flucht vor der parlamentarischen Besprechung der Mirbachiade aufgefaßt werden müssen.

Uns scheint zunächst, als beruhte diese Flucht auf übertriebenen Angstvorstellungen. Es ist zwar sicherlich selbst für einen Minister von den großen Geistesgaben des Herrn v. Hammerstein eine dornige Aufgabe, die Beantwortung dieser Interpellation zu leisten, ohne das leicht erregbare Mißfallen der maßgebenden Hofmeisterkreise zu erregen. Aber man sollte dennoch meinen, die preußische Regierung müßte die Interpellation mit besonderer Freude empfangen. Denn ohne Zweifel findet hier die Regierung Gelegenheit, die Mirbach-Aergernis derjenigen, die sich durch jeden Köder befriedigen lassen, zu mildern und so die Situation der in die Angelegenheit gezogenen hohen Persönlichkeiten einigermaßen zu lindern. Die Interpellation befaßt sich nur mit einer, wenn auch sehr interessanten Nebensächlichkeit der Mirbach-Affaire. Sie behandelt lediglich die Benutzung des behördlichen Apparats zur Klingelbeutelei des Oberhofmeisters. Es möchte scheinen, daß die Besprechung dieser Einzelfrage dem Minister nicht nur keinerlei Schwierigkeiten bereiten kann, sondern ihm willkommen sein muß. Die ungehörige Benutzung des amtlichen Apparates ist nicht eine Neuerung des Herrn v. Mirbach. Wie oft werden Staats- und Reichsbehörden durch die Minister und Staatssekretäre zu parteipolitischen Zwecken benutzt, die ihrer Berufsaufgabe fern liegen. Bücher und Zeitungen gegen die Socialdemokratie zu verbreiten, ist eine den Landräten ständig zugemutete Aufgabe; vor einiger Zeit erst wurde ihnen die Verbreitung der Bülow-Reden aufgetragen. Wenn aber auch der Minister zugeben müßte, daß Frhr. v. Mirbach, ohne ihn zu unterrichten, den Sammelerlaß an die Oberpräsidenten hat ergehen lassen, so könnte gerade er, als der Uebergangene, dem Oberhofmeister das Zeugnis ausstellen, daß eine Uebergehung ministerieller Befugnisse von ihm nicht beabsichtigt gewesen sei. Es würden dann alle Parteien des Abgeordnetenhauses das Verfahren des Freiherrn in dieser Hinsicht mißbilligend besprechen und Herr v. Hammerstein könnte schließlich die Sache würdig mit der

Erklärung abschließen, daß Freiherr v. Mirbach selbst ihm versichert habe, er bedauere den formalen Irrtum, aber jede Absicht, an die behördlichen Organe vom Hof aus Anordnungen ergehen zu lassen, habe ihm natürlich ganz fern gelegen. So könnten schließlich Freiherr v. Mirbach und der Hof aus der Interpellation Honig ziehen.

Warum dennoch die Flucht vor der Interpellation? Sie läßt sich nur dadurch verstehen, daß der starke Präsident des Abgeordnetenhauses, Herr v. Kröcher, nicht als stark genug befunden wird, den starken Herrn v. Hammerstein vor der Aufrollung eines größeren Teils des Kirchenbau- und Hofbankskandals zu schützen! —

Flotten-Diner.

Vor der Abreise des Königs von England hat ein nochmaliger Rede-Austausch zwischen ihm und dem deutschen Monarchen stattgefunden. Es wird darüber telegraphisch berichtet:

Kiel, 28. Juni. Während des heutigen Diners ergriff Seine Majestät der Kaiser das Wort, um darauf hinzuweisen, daß die Anwesenden in Seiner Majestät dem König von England den Höchstkommandierenden der englischen Flotte vor sich zu haben die Ehre hätten. Seine Majestät erinnerte daran, wie er schon als Knabe von seinen Eltern nach England geleitet, in Portsmouth und Plymouth die englische Marine kennen und bewundern gelernt habe. Er habe damals unter kundiger Leitung manche Fahrt auf dem „Delphin" und der „Alberta" gethan und Panzerkolosse entstehen sehen, die seitdem ihren Dienst gethan hätten und von der Rangliste verschwunden wären. Das gewaltige Treiben auf See **im Mittelpunkt der größten Kriegsmarine** der Welt habe damals auf sein jugendliches Gemüt einen unauslöschlichen Eindruck gemacht. Beim Rückblick auf diese Jugendeindrücke werde es der König verstehen, wenn der Kaiser das, was er einst als junger Mensch in England gesehen und was sich ihm tief einprägte, später versucht habe als Regent in einer den Verhältnissen seines Landes entsprechenden Weise zu verwirklichen. Wenn das Kennerauge des Königs die Schiffe des deutschen Geschwaders **trotz ihrer geringen Anzahl** und ihre Mannschaften anerkennend beurteilt habe, so spreche der Kaiser dafür Seiner Majestät den innigsten Dank aus. Seine Majestät der Kaiser forderte zum Schluß die Anwesenden auf, ihre Gläser zu erheben auf das Wohl Seiner Majestät des Königs Eduard VII., gleichzeitig aber auch der Kameraden von der englischen Marine zu gedenken, derjenigen, die heute hier weilten, derjenigen, mit denen wir vor Peking gestanden hätten und aller derjenigen, deren liebenswürdige Gastfreundschaft wir an so vielen Punkten der Erde genossen hätten. Seine Majestät der König Eduard VII. Hipp, Hipp, Hurra.

König Eduard erwiderte in deutscher Sprache, daß die Worte des Kaisers ihn tief gerührt hätten. Er kenne das Interesse, das der Kaiser an der englischen Marine seit jeher genommen habe. Er sei überzeugt, die deutsche Marine werde durch das Interesse und die Kenntnisse des Kaisers immer hervorragender werden. Er sei ferner davon überzeugt und es sei sein Wunsch, daß die beiden Flotten immer in freundschaftlichem Verhältnis stehen und daß sie immer erfreut sein würden, sich zu sehen und sich zu begrüßen, in welchem Lande es auch sei. Er danke dem Prinzen Heinrich für das schöne Diner und habe sich sehr gefreut, so viele distinguierte Admirale und Offiziere zu sehen. Er wünsche nochmals seinen Dank zu bezeugen für die Gastfreundschaft, die ihm hier geboten worden sei und denen, die mit ihm gekommen wären. Sein Aufenthalt hier werde ihm immer in bester Erinnerung bleiben. Er kehre zurück mit den angenehmsten Eindrücken. „Ich trinke auf das Wohl Seiner Majestät des Kaisers, mit dem mich innige Freundschaft verbindet, seit wir uns kennen. Seine Majestät der Kaiser lebe hoch!"

Zur Beurteilung der politischen Beziehungen zwischen England und Deutschland geben auch diese Reden nichts Neues und Bemerkenswertes. Interessant ist nur, daß der König von England versichert, es habe ihm mit dem Kaiser „innige Freundschaft verbunden, seit wir uns kennen." Wenn auch die Ueberschwänglichkeit all solcher Besuchsreden in Rechnung gestellt wird, so zeigt dieses Wort doch in besonderer Eindringlichkeit, wie wenig die persönlichen Beziehungen zwischen Monarchen die staatlichen Beziehungen ihrer Länder bestimmen können. Die „innige Freundschaft" zwischen dem englischen Oheim und dem deutschen Neffen hat nicht verhindert, daß das politische Verhältnis zwischen den beiden Nationen seit zehn Jahren ein stets gespannteres wurde. Peking und dergleichen hat gegenüber dieser leider festzustellenden Thatsache keine Bedeutung. Und so kann der Politiker auch nicht erwarten, daß aus den Dinerreden von Kiel die zukünftigen Beziehungen zwischen England und Deutschland Besserung gewinnen werden. Hierzu bedarf es durchaus andrer Mittel, die wir wiederholt besprochen haben.

Innerpolitisch von Interesse ist in der Rede des Kaisers der Hinweis auf **die geringe** Zahl der deutschen Kriegsschiffe. Obschon die Marinevorlagen der Regierung, abgesehen von unwesentlichen Kleinigkeiten, stets durch den Reichstag bewilligt wurden und obschon das große Flottenbauprogramm bis 1920 alles, was die Regierung nach wiederholter Uebergipfelung früherer Programme als nötig angab, leisten soll, erscheinen dem Kaiser die deutschen Kriegsschiffe noch immer in „geringer Zahl". Freilich, der Kaiser erzählt von dem unauslöschlichen Eindruck, den er in seiner Jugend von der großen englischen Flotte erhalten habe und von seinem Streben, diese englischen Leistungen auf deutsche Verhältnisse zu übertragen; kein Wunder, daß bei solchem Vergleich die deutsche Flotte noch immer gering an Anzahl erscheint, denn allerdings hat England, seitdem Deutschland ihm auf diesem Gebiete eifrig nachahmt, mindestens die gleiche Zahl der Kriegsschiffe neu erbaut als die gelehrigen Schüler. So bleibt die deutsche Flotte in aller absehbaren Zeit von „geringer Anzahl". Wir wünschen nur dem englischen Volke, daß König Eduard nicht aus der Kenntnis der gewaltigen Landarmee Deutschlands das unauslöschliche Streben gewinne, auch für England zu der großen Marine ein riesenhaftes stehendes Heer zu schaffen. Bis jetzt hat England in kriegerischem Rüsten nicht so eifrig von Deutschland gelernt als Deutschland von England.

Uebrigens: so sehr das Streben des deutschen Kaisers, englischem nachzueifern, seine geistige Regsamkeit beweist, mancher, der England kennen lernte, mag der Meinung sein, daß dort vielerlei politische und sociale Einrichtungen herrschen, die weitmehr nachstrebenden Eifers würdig sind als gerade die Panzerkoloßbauten von Portsmouth und Plymouth. —

* * *

Deutsches Reich.

Der Wahrheit die Ehre. Zur dritten Beratung der Ansiedelungsvorlage, die am Donnerstag erfolgt, haben die Polen eine Reihe von Anträgen gestellt, von denen wenigstens einer Annahme finden sollte; er bezweckt nämlich zu verhüten, daß das Ausnahmegesetz nicht unter einer Lüge segelt. Da es bekanntlich zu den Hauptugenden des Deutschtums gehört, die Wahrheit unter allen Umständen zu achten, so werden die wütenden Germanisatoren des Landtags hoffentlich durch Annahme des Antrags den Polen ihre Dankbarkeit beweisen, daß sie das Bekenntnis der Wahrheit zu fördern versuchen.

Nach dem neuen polnischen Antrag sollen nämlich in der Ueberschrift hinter den Worten „betreffend die Gründung neuer Ansiedelungen" die Worte eingefügt werden:

„beziehentlich die Erschwerung und Hinderung von Ansiedelungen preußischer Staatsbürger polnischer Nationalität".

Das ist der Zweck des Gesetzes, und man sollte mit deutscher Ehrlichkeit sich zu dieser That wenigstens bekennen. Hat das Deutschtum nicht einmal den Mut seiner Gewaltthaten, so wäre es wirklich schade um jeden Deutschen, den die Polen nicht „verdrängen".

Auch die Annahme eines zweiten Antrages sollte selbstverständlich sein:

Folgenden neuen Artikel V aufzunehmen:

Das Gesetz findet keine Anwendung auf diejenigen Landgüter, welche nachweislich vor dem **11. Februar 1904** zum Zwecke der Aufteilung erworben worden sind.

Einem allgemeiner gehaltenen Antrag zur zweiten Lesung, daß das Gesetz keine rückwirkende Kraft erhalten solle, widersprach Herr v. Hammerstein mit der Bemerkung, daß seit dem Bekanntwerden der Vorlage von den polnischen Banken ungeheuere Strecken Landes zur Parzellierung angekauft worden seien. Der jetzige polnische Antrag schlägt dieses Argument — das übrigens ohnehin unglaublich ist; denn die polnischen Banken werden schwerlich Neigung gehabt haben, sich mit voraussichtlich unverkäuflichem Besitz zu belasten — dem Minister aus der Hand; nur auf diejenigen Landgüter soll danach das Gesetz keine Anwendung finden, die vor der Veröffentlichung des Entwurfs erworben worden sind. Schließt sich das Abgeordnetenhaus diesem Antrag nicht an, so sanktioniert es einen Akt schnödester Konfiskation von Eigentum. —

Geistesfunken des Polizeiministers. Der Tollheit der antipolnischen Ansiedelungsvorlage entsprach die Intelligenz, mit der sie verteidigt wurde.

Herr v. Hammerstein hatte es bei der ersten Lesung mit dem Centrum verdorben, weil er den Abg. Roeren gemahnt hatte, den Mund nicht so voll zu nehmen. Der Minister hatte offenbar den bündigen Auftrag, bei der zweiten Lesung den falschen Zungenschlag zu reparieren und das mächtige Centrum durch eine artige Schmeichelei wieder zu versöhnen. Herr v. Hammerstein strengte denn auch seinen Witz an und die Schmeichelei fiel — nach dem amtlichen Stenogramm — also aus:

„Nun habe ich zu Ihnen allen", so rief er dem Centrum zu, „das festeste Vertrauen, daß Ihr Deutschtum ebenso stark und fest ist, wie das der Mehrheitsparteien. **Sie haben das bestätigt im Kriege 1870, da ging es auch gegen eine katholische Macht, und da haben Sie nicht deshalb, weil die Macht katholisch war, sich auch nur lässig in der Ausübung ihrer Pflicht erwiesen** (Unruhe im Centrum), sondern als echte Deutsche ihre Pflicht voll gethan. Aber glauben Sie mir, auch hier handelt es sich nicht um den Katholizismus, sondern um die politische Machtstellung des Vaterlandes, und diese politische Machtstellung, wie wir sie 1870 erworben haben nach außen (zunehmende Unruhe), so wollen wir sie im Innern durch die notwendigen Maßregeln für immer erhalten und stärken (fortgesetzte große Unruhe), und deshalb bitte ich Sie: überlegen Sie sich noch einmal, ob Sie nicht mit uns für dieses Gesetz eintreten können! (Lebhaftes Bravo! rechts, lebhafte Unruhe im Centrum.)

Mit dieser feinen Schmeichelei versetzte der Herr Minister natürlich dem Centrum die tödlichste Kränkung, die ihm überhaupt begegnen konnte; denn die ministerielle Anerkennung setzt die Möglichkeit des Verdachts eines hochverräterischen Ultramontanismus voraus, wie er in den Kulturkampfzeiten auch ausgesprochen wurde. Das Centrum lärmte denn auch gehörig, und der Lärm wäre wohl noch größer gewesen, wenn das Haus nicht durch die Absurdität der Beschwörung im Augenblick vollständig verblüfft gewesen wäre.

Die „Kölnische Volkszeitung" quittiert über diese mißglückte Schmeichelei wie folgt:

„Also nach der Auffassung eines preußischen Ministers war der Krieg gegen Frankreich ein Krieg gegen eine katholische Macht! Und da macht man den deutschen Katholiken immer wieder den Vorwurf, sie trügen konfessionelle Gesichtspunkte in alle möglichen Dinge hinein, **wohin sie nicht gehören! Es ist den deutschen** Katholiken doch nicht eingefallen, den deutsch-französischen Krieg unter dem konfessionellen Gesichtspunkte zu betrachten — das haben sie andren Leuten überlassen —; es war für sie ein Krieg gegen den damaligen Gegner ihres Vaterlandes, und damit basta! Der „Katholizismus Frankreichs, mit dem es übrigens so eine Sache ist, kam dabei für sie nicht in Betracht. Welches Maß von Taktlosigkeit gehört doch für einen Minister dazu, mit solchen Erwägungen zu operieren! Den deutschen Katholiken gewissermaßen ein Lob zu spenden, daß sie wie ihre übrigen Volks- und Landesgenossen in einem Kriege gegen ein auswärtiges Volk ihre Schuldigkeit gethan haben, was doch etwas ganz Selbstverständliches ist! Zweifellos hat der preußische Minister des Innern gestern seinen vielen rednerischen Entgleisungen eine bemerkenswerte neue hinzugefügt."

Vielleicht beruht aber das Hammersteinsche Argument auf einem im schwimmenden Ministerhotel zu Kiel gefaßten Regierungsbeschluß. Herr v. Hammerstein kam ja gerade von der See, die doch für die Ausweitung des staatsmännischen Blickes so außerordentlich fördersam sein soll. —

Mit einer Aussperrung polnischer Landarbeiter drohte im Abgeordnetenhaus der nationalliberale Rittergutsbesitzer Sieg, indem er den Polen zurief:

„Seien Sie doch froh, daß die deutschen Arbeitgeber keinen Haß gegen die Polen fühlen, und daß sie deshalb ruhig polnische Arbeiter beschäftigen. **Wenn wir uns auf den rein deutschen Standpunkt stellen und keine polnischen Arbeiter beschäftigen wollten, dann sind Sie Pleite!"**

„Wie nun aber, verehrter Herr, wenn die polnischen Landarbeiter streikten", fragt mit ätzender Bosheit die „Köln. Volksztg.". Ja, dann würden die rein deutschen Rittergutsbesitzer rein deutsches Militär requirieren, damit die Polen gewaltsam wieder zur Arbeit getrieben würden.

Aber die Siegsche Drohung hat doch auch ihre Bedeutung. Denn wenn die Arbeitgeber bereits mit dem Gedanken einer Aussperrung von Landarbeitern spielen, dann können doch selbst die beschränktesten Agrarier nicht mehr das den Landarbeitern bisher verwehrte Streikrecht weigern. Wenn die deutschen Grundbesitzer aus nationalen Gründen die polnischen Arbeiter entlassen, so können natürlich auch die polnischen Arbeiter aus nationalen Gründen den deutschen Arbeitgebern ihre Hände entziehen. Das von derselben preußischen Regierung, von der die Ansiedelungsvorlage ausgeheckt wurde, erzeugte Kontraktbruch-Gesetz muß nach Herrn Sieg die Wirkung haben, die Polonisation zu fördern, indem es die polnischen Arbeiter geradezu an die deutsche Scholle fesselt. Die beiden Gesetze arbeiten folglich gegen einander. —

Ein parlamentarischer Zwischenfall. Als am Dienstag im preußischen Abgeordnetenhause der Centrumsführer Bachem gegenüber einer Bemerkung des Grafen Limburg-Stirum behauptete, das Centrum habe nicht gleich den Konservativen die erste Rede des Herrn v. Dziembowski durch laute Privatgespräche gestört, kam von rechts der schrille Ruf: Lüge!

Die „Tägliche Rundschau" leugnet heute, daß der Zwischenruf gefallen. Vergebens! „Lüge" wurde nicht von einem, sondern von mehreren Konservativen, und nicht einmal, sondern wiederholt hintereinander gerufen. Es herrschte eben — Zollkampfstimmung bei den edlen Herren auf der Rechten! —

Keine Abnahme der Soldatenmißhandlungen.

Nach der amtlichen Minimalstatistik für das deutsche Heer und die kaiserliche Marine hat im Jahre 1903 die Zahl der wegen Mißhandlung von Untergebenen Bestraften 773 betragen gegen 777 im Jahre 1902 und 770 im Jahre 1901.

Die Zahl der bestraften Soldatenschinder, die ja bekanntlich weit geringer ist, als die der ungemeldet oder unentdeckt gebliebenen, ist also während dreier Jahre durchaus die gleiche geblieben. Nach so manchem unbegreiflich milden Kriegsurteil kann diese Thatsache ja auch nicht überraschen. —

Schwere Soldatenprügeleien kamen vor dem **Oberkriegsgericht** in Breslau am Dienstag zur Aburteilung. Drei Musketiere vom 22. Infanterieregiment in Beuthen, sogenannte „alte Leute", waren in Gemeinschaft mit Rekruten in ein Bierlokal eingekehrt. Als ein Bierunterfatz herunterfiel, befahl einer der drei Angeklagten dem Rekruten Burkhardt, denselben aufzuheben. Da dieser dem „Befehl" nicht nachkam, ereilte ihn abends in der Kaserne ein Strafgericht. Die Rekruten wurden mit **Fäusten** und **Klopfpeitschen** geschlagen, geohrfeigt und einer von ihnen **mit dem Seitengewehr so zugerichtet, daß er 16 Tage lang krank lag.** Gegen das Urteil des Kriegsgerichts, das gegen die Prügelhelden 2—3 Monate Gefängnis ausgesprochen hatte, legte der Gerichtsherr Berufung ein. Er forderte **höhere Bestrafung,** da durch solche Mißhandlungen sehr oft **Rekruten zur Fahnenflucht getrieben würden.** Das Ober-Kriegsgericht erkannte auf zwei, drei und vier Monate Gefängnis. — Die Begründung der Berufung durch den Gerichtsherrn wäre bei mißhandelnden Vorgesetzten auch sehr oft angebracht.

Der Staat ist in Gefahr! In Freiburg, der badischen Universitätsstadt, wollten unsre Genossen eine öffentliche Versammlung abhalten mit der Tagesordnung: „Die Ausweisungspolitik der badischen Regierung". In der Versammlungseinladung war zur Begründung des Themas auf die Ausweisung russischer Studenten und eines ausländischen Gewerkschaftsführers hingewiesen. Die Polizeibehörde hat nun diese Versammlung verboten, unter Berufung auf § 4 des badischen Vereins- und Versammlungsgesetzes, der von der „Gefährdung des Staates und der öffentlichen Sicherheit" spricht.

Die socialdemokratische Landtagsfraktion hat sofort, wie uns aus Baden geschrieben wird, eine Interpellation eingebracht, in welcher sie anfrägt, was die Regierung zur Verhinderung derartig widerrechtlicher Beschränkung der Versammlungsfreiheit thun will.

Wahrscheinlich giebt das wieder eine recht lebhafte Landtagsverhandlung, denn bisher war es in Baden nicht üblich, Versammlungen zu verbieten oder aufzulösen. Die letzte verbotene Versammlung war eine Märzfeier 1899 in Mannheim, bei der unser Liebknecht die Festrede halten sollte. —

Ein Kurpfuschergesetz ist — wie uns aus Baden berichtet wird — im badischen Landtag doch noch durchgedrückt worden. Die parlamentarische Kommission hat sich durch die Blamage der Zurückverweisung ihrer Vorschläge nicht abhalten lassen, ihren Spiritus auf ein Polizeigesetz gegen nicht zünftige Aerzte und gegen die Presse zu verschwenden. Den Anstrengungen des „demokratischen" Kommissionsvorsitzenden Venedey ist es gelungen, das Machwerk unter Dach zu bringen. In der Kommission sind einige anstößige Bestimmungen gefallen, insbesondere solche gegen Heilmethoden und nichtapprobierte Heilkundige.

Dafür sind grobe Verschlechterungen in das Gesetz gekommen, welche sich hauptsächlich gegen die Presse richten. So z. B. die echte polizeiliche Kautschukbestimmung, daß bestraft wird, wer gewisse im Gesetz verbotene Ankündigungen und Anpreisungen verbreitet, „obwohl er nach ihrem Inhalt wissen muß", daß sie unter das fragliche Verbot fallen. Die socialdemokratische Fraktion stimmte allein gegen das Gesetz. —

Ein Angriff auf das Gemeindewahlrecht in Elsaß-Lothringen.

Mülhausen i. Els., 27. Juni. (Eig. Ber.) Der Gemeindewahlsieg unsrer Partei vom 19. d. M., der dritte entschiedene Gemeindewahlsieg innerhalb zweier Jahre, der der so selbstbewußten Bourgeoisie Mülhausens die Hoffnung benimmt, ihre im Jahre 1902 gebrochene Rathausherrschaft in absehbarer Zeit wieder zu errichten, hat eine Folge gezeitigt, die zwar für uns Socialdemokraten nichts Ueberraschendes hat, die aber doch auch über das Weichbild unsrer Arbeiterstadt hinaus die öffentliche Beachtung verdient. Der **liberale** „Express" („Industriel Alsacien"), das dem nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Theodor Schlumberger persönlich ganz nahe stehende Organ unsrer oberelsässischen Großindustriellen, erhebt laut für die **Abänderung des in Elsaß-Lothringen bestehenden Gemeindewahlrechtes** seine Stimme. Und zwar zielt der Angriff dahin, **das** schon durch die Köllersche Gemeinde-Ordnung von 1895 verkümmerte allgemeine Stimmrecht im Sinne eines **Census- und Klassenwahlrechts nach preußischem oder belgischem Muster** zum Nachteil **des** arbeitenden Volkes noch mehr zu beschneiden.

Als eines der wenigen guten Vermächtnisse aus der französischen Zeit besteht für die Gemeinde-, Kreistags- und Bezirkstagswahlen in Elsaß-Lothringen noch ein Wahlrecht, das unserm Reichstagswahlrecht nicht sehr weit nachsteht. In der Frühlingszeit des zweiten Kaiserreichs, in den Tagen der kaiserfrohen französischen Plebiscite, war durch Gesetz vom 7. Juli 1852 das französische Kammerwahlrecht auch auf die Wahlen zum Gemeinderate ausgedehnt worden. Nach diesem Rechte aber, d. h. gemäß den Artikeln 12 und 13 des organischen Dekrets vom 2. Februar 1852 über die Wahl der Abgeordneten zum gesetzgebenden Körper, waren, auch ohne daß sie Steuern zahlten, alle Bürger im Besitze des Wahlrechts, welche die bürgerlichen und politischen Rechte besaßen und wenigstens 21 Jahre alt waren. Die Aufnahme in die Wählerliste war nur an einen wenigstens sechsmonatigen Aufenthalt in der Gemeinde geknüpft. Nach der Vereinigung Elsaß-Lothringens mit dem Deutschen Reiche machte sich die Wohlthat der Bismarckschen Umarmung der „wiedergewonnenen Brüder" zunächst in der Weise geltend, daß durch das Gesetz vom 24. Januar 1873 die Wahlberechtigung in der Gemeinde auf diejenigen Bürger beschränkt wurde, welche im Vollbesitze der staatsbürgerlichen Rechte waren und das 25. Lebensjahr zurückgelegt hatten. Hingegen wurde die Ausübung des Wahlrechts in der Gemeinde durch dieses Gesetz von einer bestimmten Aufenthaltszeit nicht mehr abhängig gemacht, — galt es doch, gegen die protestlerische einheimische Bevölkerung durch die sofortige Gewährung auch des Gemeindewahlrechtes an das einwandernde deutsche Element (Beamte, Kaufleute usw.) eine Art Gegengewicht zu schaffen. Als dann mit den Reichstagswahlen von 1890 und 1893 das Protestlertum endgültig zusammenbrach, pfiff der Wind bald aus einer andern Richtung. Man entdeckte plötzlich, daß durch die Gewährung des aktiven Gemeindewahlrechtes an alle angesessenen und nichtangesessenen, besitzenden und nichtbesitzenden Gemeinde-Einwohner in ganz gleicher Weise „das Schwergewicht der Macht bei den Gemeindewahlen in den nichtbesitzenden Teil der Bevölkerung gelegt" werde. „Die Gefahren dieses Systems", sagt mit großer Offenheit der vom Oberregierungsrat A. Halley verfaßte Kommentar zu der neuen Gemeinde-Ordnung vom 6. Juni 1895, „traten umsomehr hervor, je mehr sich bei einem Teile der Bevölkerung Anschauungen Eingang verschafften, die die Grundlagen der gesamten socialen und wirtschaftlichen Ordnung und die ruhige und stetige Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens ernstlich zu gefährden geeignet sind." Es war also, wie in diesem bürgerlich-gouvernementalen Kauderwelsch offen eingestanden wird, die wachsende socialdemokratische „Gefahr", welche eine Verkümmerung des Gemeindewahlrechts zum Nachteil der arbeitenden Klassen angezeigt erscheinen ließ. Diese Rechtsverkürzung, einseitig gegen die Arbeiterklasse gerichtet, wurde durchgeführt, indem die neue Gemeinde-Ordnung das Erfordernis des dreijährigen Wohnsitzes in der Gemeinde für die Ausübung des aktiven Wahlrechts einführte, jedoch zugleich bestimmte, daß nur ein Jahr in der Gemeinde zu wohnen braucht, wer „ein Wohnhaus besitzt, oder ein stehendes Gewerbe oder Landwirtschaft selbständig betreibt, oder ein öffentliches Amt ausübt oder Religionsdiener, Lehrer an öffentlichen Schulen oder Rechtsanwalt ist".

Tausende von proletarischen Wählern sind im Vergleich zur Reichstagswahl allein in der Stadt Mülhausen durch diese Bestimmung bei den Gemeinderatswahlen rechtlos gemacht, — aber unsrer Bourgeoisie genügt dies Privilegium, nachdem die klassenbewußte Arbeiterschaft auch auf dem neuen ungünstigeren Rechtsboden Siege zu erringen weiß, nicht mehr. Anknüpfend an den socialistischen Wahlerfolg von diesem Monat wirft im französischen Teile des „Express" ein Angehöriger der besitzenden Klassen die Frage auf.

wie viele unter den 15 000 eingeschriebenen Wählern der Stadt Mülhausen „keine Abgabe bezahlen" und wie viele unter den 8000 siegreichen Wählern (Socialdemokraten und social-radikale Centrümler) zu jenen gehören, für welche die Stadt, da sie unter 1300 M. Jahreseinkommen haben, die Lohn- und Besoldungssteuer zur Deckung aus den Oktroieinnahmen übernommen hat? Ferner, wie viele unter den 24 socialdemokratischen und katholisch-socialen Gemeindemitgliedern überhaupt Lohn- und Kapitalsteuer bezahlen, und endlich, wie viel Eigentümer und selbständige Gewerbetreibende sich unter ihnen befinden? — Der Einsender, dessen Zuschrift von der Redaktion der allgemeinen Beachtung empfohlen wird, bemerkt ausdrücklich, daß er diese Fragen nicht nur zum Nachdenken für die „Mülhauser" aufwerfe, sondern auch „pour servir de guide à nos législateurs", — um unsern Gesetzgebern eine Richtschnur zu geben. Es ist also der formelle Wunsch des Organs unsrer elsässischen Großindustriellen mit Kommerzienrat Theodor Schlumberger, dem nationalliberalen Reichstagsabgeordneten, an der Spitze, daß das reichsländische Gemeindewahlrecht im plutokratischen Sinne nach rückwärts revidiert werde.

Daß der Abgeordnete Theodor Schlumberger persönlich ein grundsätzlicher Gegner des allgemeinen Wahlrechts ist, zeigte er übrigens auch bei der vorjährigen Reichstagswahl, wo bei der Festsetzung seines Wahlprogramms in einer nichtöffentlichen ordnungsparteilichen Wählerversammlung von einer Seite der Vorschlag gemacht wurde, für Elsaß-Lothringen die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Stimmrechtes für die Landesausschußwahlen zu fordern, und auf seinen persönlichen Einspruch hin die Aufnahme dieses Punktes in das Wahlprogramm unterblieb. Man begnügte sich, eine „freiheitlichere Ausgestaltung" des Landesausschuß-Wahlrechtes zu fordern, d. h. eine Redensart zu gebrauchen, die zu gar nichts verpflichtet.

Wäre es der nationalliberalen Partei des deutschen Reichstages wirklich ernst mit der Erhaltung des allgemeinen Wahlrechtes, so müßte sie auch mit diesem hinter ihr stehenden Führer elsässischer Wahlrechtsescamoteure einmal ein ernstes Wörtlein reden. —

Südwestafrikanisches.

Generallieutenant v. Trotha telegraphiert aus Okahandja unterm 27. Juni:

Von Major v. Estorff wurde Osombu Karupuka (Okawapuka) am Omuwamba, von v. d. Heyde Okosondusu ohne Kampf erreicht. Zwischen allen drei Abteilungen Funkenverbindung hergestellt. Zu Major v. Glasenapp, der im Vormarsch auf Otjire, geht 9. Compagnie und Rest Maschinengewehr-Abteilung Dürr morgen ab. Auf Patrouillenritt von Epukiro aus erreichte Oberlieutenant v. Winkler Otjensondu, halbwegs zwischen Owikokorero und Okosondusu, wo er angehalten und von der Heyde zugeteilt wurde. Vom Feinde und von Vieh ist West-Nord- und Ost-Distrikt Gobabis bis zum Eisebfluß vollkommen frei. Epukiro, Gobabis, Rietfontein S. O. (Mier) diesseits noch besetzt.

Neue Verluste. Das Hauptquartier telegraphiert aus Okahandja: Lieutenant Haas, früher im 2. Niederschlesischen Infanterie-Regiment 47 ist durch einen Unglücksfall am 18. Juni in Outjo verstorben. Reiter Max Wunderlich, Transport Puder, am 25. Juni am Typhus gestorben.

Weitere Truppentransporte nach Südwestafrika. Nach der „N. P. K." ist jetzt bestimmt, daß um den 20. Juli drei Compagnien als Ersatztruppen und vier Wochen später noch eine weitere Compagnie, sowie zwei Batterien, gleichfalls als Ersatztruppen, nachgeschickt werden. Ueber die Zusammensetzung und Aufstellung einer Feldtelegraphen-Abteilung finden noch Verhandlungen statt; diese Abteilung wird Anfang August nach Südwestafrika abgehen.

Außerdem werden, was die „N. P. K." nicht berücksichtigt, auch weitere Eisenbahntruppen in erheblicher Stärke nach Südwestafrika entsendet werden. Wie aus Königsberg gemeldet wird, wird folgende Aufforderung an dortige militärpflichtige Bürger versandt:

Hauptmeldeamt Königsberg. Den 24. Juni 1904.

Eilt sehr!

Nach einer Verfügung der Inspektion der Verkehrstruppen ist die Entsendung weiterer Eisenbahntruppen nach Südwestafrika in Aussicht genommen.

Sie haben umgehend dem Hauptmeldeamt zu melden, ob Sie zum Eintritt in diese Truppe bereit sind. —

Ausland.

Frankreich.

Zur Karthäuser-Affaire.

Paris, 29. Juni. Der Staatsanwalt Cottignies hat der Untersuchungskommission in der Karthäuser-Angelegenheit mitgeteilt, daß die Untersuchung gegen Chabert wegen Bestechungsversuchs eingestellt sei. Von nationalistischer Seite wird behauptet, in dem Schreiben Cottignies' heiße es auch, aus den bei Chabert beschlagnahmten Papieren gehe hervor, daß zwischen ihm, Lagrave und Millerand sehr enge Beziehungen bezüglich großindustrieller Angelegenheiten bestanden hätten, mit denen sich Millerand sowohl als Advokat wie als Minister beschäftigt habe. Oppositionelle Mitglieder hätten die Ansicht ausgesprochen, daß Cottignies diesen Brief infolge von Weisungen des Justizministers und Ministerpräsidenten geschrieben habe. Die Untersuchungskommission hat übrigens sofort die Vorlegung dieser Schriftstücke verlangt, in denen angeblich auch von Ordensauszeichnungen die Rede sein soll. Am Dienstagabend erhielt der Vorsitzende der Kommission ein Schreiben Millerands, worin dieser unter Hinweis auf den Brief Cottignies' verlangt, von der Kommission möglichst auch in dieser Angelegenheit vernommen zu werden. Er befürchte keine Verleumdung und verlange nur, daß diese Angelegenheit präzisiert werde.

Der Abgeordnete Sembat (Soc.) hat im Budgetausschuß beantragt, daß der Ministerpräsident und der Minister des Innern am Freitag im Ausschuß Erklärungen über die Kredite abgeben sollen, die für die französische Botschaft beim Vatikan einzustellen sind. —

Italien.

Der Fall Barbato und die italienischen Genossen.

Rom, 29. Juni. (Eig. Ber.)

Wir dachten, den Fall Barbato den deutschen Genossen ersparen zu können. Da nun aber deutsche bürgerliche Blätter (vergleiche z. B. das Morgenblatt der „Frankfurter Zeitung" vom 20. Juni) sich recht eingehend damit beschäftigen, ist es vielleicht nicht unangebracht, ihn kurz darzulegen. Jedenfalls ist eine objektive Darlegung des Falles am besten geeignet, die Anschuldigungen gegen die italienische Partei, die von bürgerlicher Seite erhoben wurden, abzuweisen.

Vor einigen Monaten ging durch die italienische Presse die Nachricht, daß der Abgeordnete Genosse Barbato durch wirtschaftliche Notlage gezwungen sei, nach Amerika auszuwandern. Für eine so arme Partei, wie die unsre, die ihren Abgeordneten keine Diäten geben kann, ist diese Thatsache an sich obwohl zweifellos bedauerlich, doch durchaus kein Vorwurf. In dem besonderen Fall kam aber hinzu, daß Barbato als Arzt in Sizilien eine ziemlich gesicherte Existenz hatte und seine Praxis aufgab, um sein Mandat als Parlamentsmitglied für Corato ausüben zu können. Zu diesem Schritt ließ Barbato sich nach langem Bitten bewegen, nachdem sich die Genossen von Apulien und die Parteileitung verpflichtet hatten, ihm jährlich 4000 Lire zur Verfügung zu stellen; 2800 Lire sollten die Genossen durch freiwillige Spenden aufbringen, 1200 gab die Centralkasse. Barbato ließ sich daraufhin in Trassi in Apulien nieder und widmete sich der Propaganda in den apulischen Provinzen.

Nun sind ja gewiß 4000 Lire keine große Summe, besonders für einen Mann, der eine Familie zu erhalten hat. Bedenkt man aber, daß das Leben in einer kleinen Stadt Apuliens sehr wohlfeil ist, daß ferner Barbato seine ärztliche Thätigkeit fortführen konnte und vergegenwärtigt man sich die Finanzlage unsrer Partei, so kann man den apulischen Genossen wahrhaftig nicht den Vorwurf der Knauserigkeit machen. Wenn Enrico Ferri, der lediglich von seiner Arbeit lebt, als Chefredakteur des „Avanti" 3000 Lire jährlich bezieht — dasselbe, was Bissolati bezog — während doch die Leitung einer Zeitung einen großen Teil der Arbeitskraft eines Menschen erfordert — so sind auch 4000 Lire für Barbato kein „Hungerlohn".

Die ausbedungene Summe wurde vom Februar 1902 bis August 1903 regelmäßig bezahlt. Im September stellten einige Genossen die Beiträge ein und im November verließ Barbato Trani. Die ganze Sache wäre als interne Partei-Angelegenheit behandelt worden, wenn Barbato nicht im „Avanti" Anfang dieses Monats einen langen Brief veröffentlicht hätte, in dem er die apulischen Genossen beschuldigt, ihn nicht bezahlt und ihn um seine Arbeitskraft betrogen zu haben.

Wie die Geier fielen die bürgerlichen Zeitungen über den Brief her, der für sie ein kostbares Dokument war. Kaum eine, die ihn nicht abdruckte und Barbato unter die Heiligen und Märtyrer versetzte. Daß dieselbe Bourgeoisie, die ihm jetzt zujubelt, im Jahre 1894 zu 16 Jahren Gefängnis verurteilt hatte, thut natürlich nichts zur Sache. Und doch hängt der Fall Barbato sehr eng mit dieser Verurteilung zusammen. Vor dem Kriegsgericht hielt Barbato damals — es war nach dem Aufstande in Sizilien — seine berühmte Rede, in der er mit mannhaftem Stolz sein socialistisches Glaubensbekenntnis ablegte, auf jede Verschleierung, jede Abschwächung seiner Grundsätze verzichtend.

Diese Rede und die 16 Jahre Gefängnis (nach zwei Jahren wurden alle begnadigt) haben einen Glorienschein um Barbato gewoben. Der ganze Heroenkultus, zu dem die Masse neigt, konzentrierte sich zeitweilig auf den sizilianischen Genossen. Man glaubte, daß ein Mann, der so tapfer für seine Ueberzeugung einsteht, auch ein guter Agitator, ein für die Organisationsarbeit befähigter Mensch sein müsse. Das alles ist nun Barbato nicht. Ihm geht vor allem die schlichte Zugänglichkeit im Verkehr mit dem Volke ab, sowie die Fähigkeit, sich neuen Verhältnissen anzupassen, körperliche Unbequemlichkeiten zu ertragen. Barbato ließ gelegentlich angesagte Versammlungen im Stich, um nicht in einem primitiven Gasthof übernachten zu müssen. Mit einem Wort: man hatte ihn, ohne seine Schuld, für einen andern gehalten als er war. Sobald die Genossen seine thatsächlich geringe Verwertbarkeit für die Agitation einsahen, begannen die Schwierigkeiten mit der Zahlung. Da die Kasse ganz auf freiwillige Beiträge angewiesen war, ist das nichts Ungeheuerliches. Gefehlt wurde auf beiden Seiten durch Unkenntnis: Die Genossen, die Barbato nach Apulien beriefen, hatten ihn falsch beurteilt, desgleichen hat Barbato, als er auf den Vorschlag einging, sich selbst unrichtig eingeschätzt.

Wenn Barbato eine so schwere Anklage im „Avanti" erhebt, so vergißt er, daß es sich hier nicht um einen beliebigen Arbeitsvertrag handelt, zwischen Kapitalist und Arbeiter, sondern um eine Abmachung unter Genossen, die durch große, einem gemeinsamen Ideal gebrachte materielle Opfer zum Teil wenig bemittelter Genossen aufrechterhalten wurde. Selbst wenn säumige Zahler darunter waren, so mußte sich Barbato, ehe er die Genossen einer ganzen Landschaft als Ausbeuter denunzierte, fragen, ob nicht an ihm selbst ein Teil der Schuld liege. —

Spanien.

Die Organisationen der spanischen Landarbeiter dürften berufen sein, mit der Zeit eine hervorragendere Rolle im Emancipationskampfe des spanischen Proletariats zu spielen als die Organisationen der Industrie-Arbeiter. Das erklärt sich aus dem geringen Umfange der Industrie, die nur in einigen wenigen größeren Städten vertreten ist, während das Land in seiner Allgemeinheit ein Agrarstaat ist. Mehr und mehr sagen sich die Landarbeiter auch von der anarchistischen Taktik los und befolgen die der socialistischen Partei. Dies trifft namentlich für die Landarbeiter der Provinz Kastilien zu, welche fast alle der socialistischen Partei beziehentlich der „Allgemeinen Arbeiter-Union" angehören. Die Wut der Grundbesitzer über das Erwachen der Arbeiterschaft, welche mit Hilfe ihrer Organisation versucht, ihre erbärmliche Lage in etwas zu verbessern, kennt denn auch keine Grenzen. Unternehmer-, Polizei- und Pfaffentum vereinigen sich, um die Arbeiter mit Gewalt niederzuhalten.

Rußland.

Die finnischen Aerzte und Bobrikow.

Ueber die letzten Stunden des getöteten Tyrannen bringen die russischen Blätter bemerkenswerte Einzelheiten. So enthält das russische konservative Organ, das „Nowoje Wremja" eine Korrespondenz aus Finnland, in der es heißt:

„Den schwer leidenden Generalgouverneur trug man aus dem Senat in sein Haus. Sofort wurde nach dem ausgezeichneten Chirurgen Bonsdorf geschickt. Er untersuchte den Kranken und erklärte, zu Hause könne man keine Operation vornehmen, der Kranke müsse in die Klinik gebracht werden. Die Offiziere trugen den General auf Bahren in die chirurgische Klinik, aber dort war zur Aufnahme des hohen Beamten, der ersten Person in Finnland, keinerlei Vorbereitung getroffen worden, und Bobrikow mußte etwa eine Viertelstunde auf der Bahre liegen. Dann mußte die Operation vorgenommen werden — da war der Chirurg nicht zur Stelle. Man stürzt sich auf die Suche nach Bonsdorf; es wird erzählt, daß er gefrühstückt hat; als er nach 20 Minuten erschien, erklärte er, daß er Operationen nur in seiner eigenen Klinik ausführe. Und da ergreift das Messer nicht Bonsdorf und nicht Krogius — sondern ein ganz unbekannter Arzt, der sich absichtlich oder unabsichtlich zur Stelle fand. Es ist zwar richtig, daß nach allgemeiner Ueberzeugung die Operation tadellos ausgeführt wurde — aber der Generalgouverneur Bobrikow war doch wert, sogar von Bonsdorf selbst operiert zu werden. Inzwischen hatte aber dieser Zeitverlust den Blutverlust verursacht, dessen Folge der Tod eben war."

Hierzu schreibt die altslavische Zeitung „Swiet": „Es wäre nicht übel, wenn der Professor Bonsdorf sich daran erinnern wollte, daß die Weigerung, einem in Todesgefahr stehenden Menschen Hilfe zu bringen, durch die Gesetzgebung aller Länder als Verbrechen angesehen wird — von der Verantwortlichkeit des Arztes ganz zu schweigen. Wenn der Verwundete nicht der General-Gouverneur von Finnland, N. J. Bobrikow — sondern der Verräter Rußlands, der ehemalige Senator, Separatist und Revolutionär Leon Mechelin gewesen wäre —, hätte auch er eine Viertelstunde warten müssen, bis alles in der Klinik vorbereitet gewesen wäre, und 20 Minuten, bis Herr Bonsdorf sein Frühstück einnehmen wird? Und würde der ausgezeichnete Chirurg auch dann Schwierigkeiten wegen des Zimmers gemacht haben, in dem er die Operation vornehmen soll? Die Lösung dieser Fragen wird N. J. Bobrikow dem Leben nicht wiedergeben — sie sind aber prinzipiell sehr interessant."

Wir können nicht beurteilen, ob die Berichte der chauvinistischen Regierungspresse der Wahrheit entsprechen. Ist dies aber der Fall, so kann man daraus ersehen, welch grenzenloser Haß sich in der finnischen Bevölkerung gegen ihren Tyrannen angesammelt hat. —

Serbien.

Belohnung für Königsmord. Belgrad, 29. Juni. Major Luka Lacarewitsch, einer der Hauptführer der Königsmörder-Bande, wurde zum Oberstlieutenant ernannt. —

Bulgarien.

Aufsehen erregt in Sofia die Rede des Kriegsministers anläßlich der Inspektion des Truppenlagers, in der er unter anderm sagt, die Armee müsse so schlagfertig dastehen, daß sie den ernsten Aufgaben, die in nächster Zeit an sie herantreten, gewachsen ist. —

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Angebliche Barbareien der Japaner.

Petersburg, 28. Juni. Der Korrespondent der „Birschewija Wjedomosti" meldet aus Taschitschiao, den 27. d. M.:

General Kuroki scheint seinen früheren Operationsplan geändert zu haben. Anstatt einen Flankenmarsch auszuführen, griff er am 26. d. M. die Vorhut von 27 Bataillonen in einem hügeligen Engpaß an. Unsre Truppen hielten bis zum Morgen gegen 30 000 Japaner stand. Am 27. d. M. früh wiederholte General Kuroki den Angriff. Nach einem erbitterten Kampfe zogen sich die Russen in eine Stellung drei Werst zurück. Der Rückzug geschah in so guter Ordnung, daß General Kuroki keine Verfolgung unternahm. Es ist bedauerlich, auf die Art und Weise hinweisen zu müssen, wie sich die Japaner den verwundeten Russen gegenüber auf dem Schlachtfelde benahmen. Dr. Stankewitsch von der Abteilung des Generals Mischtschenkow hat eine Anzahl photographische Aufnahmen gemacht von Soldaten, die den Grausamkeiten der Japaner zum Opfer gefallen sind. Diese photographischen Aufnahmen sollen als Beweisstücke dem Haager Schiedsgerichtshofe unterbreitet werden. Diese Opfer machen entsetzlichen Eindruck, manchen war die Zunge ausgerissen, andren waren die Hände abgehauen und sie zeigten an zahlreichen Körperstellen Bajonettstiche. Ein Offizier, der noch lebend aufgefunden wurde, erzählt, daß ein Japaner, der ihn verwundet auf dem Boden liegend fand, trotzdem dreimal auf ihn geschossen habe, glücklicherweise sei keine der Verwundungen tödlich gewesen. Die Offiziere, die hierüber empört waren, nahmen ein Protokoll über diese Angelegenheit auf. General Romanoff teilte dem Roten Kreuz andre Fälle von Grausamkeiten mit. Insbesondere hätten die Japaner es gewagt, auf die Krankenwagen und auf ärztliches Personal zu schießen; mehrere Krankenträger und Lazarettgehilfen seien getötet worden. Der Arzt Dr. Rojkow wurde verwundet, während er mit einem gefangen genommenen Soldaten beschäftigt war. Der gedachte Kampf am 26. d. M. war sehr vorteilhaft für uns. Die Japaner zogen sich bis auf 27 Werst zurück.

Wir halten diese Bezichtigungen der Japaner trotz der so bestimmt klingenden russischen Anschuldigungen für unglaubwürdig. Ihnen widerspricht auch ein **Armeebefehl Kuropatkins,** in dem er befiehlt, japanische Verwundete genau so zu behandeln, wie Russen. Dieser Armeebefehl stellt eine Antwort dar auf die ausgezeichnete Behandlung, die russischen Verwundeten durch das japanische Sanitätspersonal zuteil geworden ist. Die russischen Anschuldigungen sind sicher nur ein Versuch, Japan bei den neutralen Mächten anzuschwärzen. So werden sie auch auf japanischer Seite aufgefaßt. Eine amtliche japanische Meldung besagt:

Tokio, 29. Juni. Die von russischen Preßorganen verbreiteten Gerüchte über angebliche Mißhandlungen der Verwundeten hat in hiesigen Militärkreisen große Indignation hervorgerufen. Man betrachtet die Aussprengung der erfundenen Thatsachen als einen Versuch zu einer systematischen Verhetzung der öffentlichen Meinung Europas und eine überraschende Verleumdung angesichts der den russischen Verwundeten japanischerseits stets erwiesenen Fürsorge.

Landgefechte bei Port Arthur?

Tokio, 29. Juni, 3½ Uhr nachmittags. (Meldung des „Reuterschen Bureaus".) Ein über die Einnahme dreier Forts bei Port Arthur hier eingegangener nicht amtlicher Bericht sagt: Die Forts Tschilwanschan, Tschitanschan und Sotschoschan wurden am Sonntag nach einem Gefecht, das den ganzen Tag andauerte, eingenommen. Das Gefecht hatte mit einem Kampf der beiderseitigen Artillerie begonnen; auf japanischer Seite nahmen Truppen aller Waffengattungen an dem Gefecht teil. Das Fort Sotschoschan wurde zuerst genommen, die beiden andren Forts fielen bald danach. Die Russen zogen sich in westlicher Richtung zurück; sie hatten vierzig Tote, die Zahl der Verwundeten ist noch unbekannt. Die Japaner verloren an Toten und Verwundeten drei Offiziere und 100 Mann. Zwei russische Geschütze nebst Munition sind von den Japanern erbeutet worden.

Partei-Nachrichten.

Schippel und die Handelspolitik.

Genosse Schippel veröffentlicht in der „Chemnitzer Volksstimme" den siebenten der Artikel, in denen er seine klare und unzweideutige Ansicht zu den Fragen der deutschen Agrarzölle gemäß dem Wunsche der Reichstagsfraktion darlegen — soll. Bis jetzt ist über diesen Punkt noch kein Wort weiter in den Artikeln gesagt wie der Satz:

„Wer Handelsverträge will, muß unter allen Umständen auch Zölle wollen, — unter besonderen Umständen auch Agrarzölle."

In eine Erörterung der Artikel einzutreten, ist deshalb zunächst noch nicht angezeigt, da das Entscheidende hoffentlich noch kommt, dagegen erscheint es notwendig, aus dem jüngsten Artikel, der sich mit Kautsky beschäftigt, eine Stelle wiederzugeben, die zwar mit der strittigen Frage an sich nichts zu thun hat, die aber dennoch nicht unbeachtet bleiben kann. Schippel schreibt zur Einleitung dieses Artikels:

„Ich möchte also nur wiederholen: mein Wille war es nicht, mich mit unserm liebenswürdigen Genossen zu unterhalten, und gar noch über Handelspolitik. Ich gehe dieser Art, Handels- wie andrer Politik, schon lange sorgsam aus dem Wege. Noch 1901 habe ich freilich — ich denke mit einigem Schaudern daran zurück — das Kautskysche Schriftchen „Handelspolitik und Socialdemokratie"*) pflichtschuldigst gelesen; indes, seitdem . . . schenke ich mir ähnliches, grundsätzlich und unbedingt, soweit das von meinem Willen abhängt. Darin braucht weiter keine besondere Geringschätzung zu liegen. Ich muß so vieles hinunterschlucken und trotzdem noch immer so vieles Beachtenswerte ungekannt beiseite lassen, daß ich eine Ausscheidung wenigstens des Allerentbehrlichsten gar nicht umgehen kann. Nun ist an dem genannten Schriftchen die eine Hälfte, die „Socialdemokratie", zweifellos ganz beachtenswert. Aber ich bin doch auch — da manche Parteigenossen das ganz und gar nicht mehr zu wissen scheinen, so darf ich es hervorheben — seit rund und gut zwanzig Jahren ungefähr in den gleichen marxistisch-theoretisch und parteitraditionellen Anschauungen aufgewachsen wie der Verfasser des Schriftchens; **ich habe gleichfalls lange Jahre hindurch alltäglich und allwöchentlich diese überkommenen Schablonen in der gleichen Weise gehandhabt wie der Verfasser des Schriftchens****) — ganz zufriedenstellend, wie viele behaupten — manche sagen sogar: wenn ich mich wieder um annähernd zwanzig Jahre zurückentwickeln könnte, so wäre ich eigentlich der geborene Führer dieser Jungen, die heute gegen mich zum Sturme läuten möchten, **wenn sie nur wüßten, wo die Glocken hingen.** Aber der Mensch kann nun einmal nicht immer in den Zwanzigern bleiben, und jedenfalls: was soll mir, heute noch, der Verfasser des Schriftchens neues über die „Socialdemokratie" sagen können? Die zweite Hälfte aber, die „Handelspolitik" . . . Nun darüber wird sich der Leser bald klar sein. Kurzum, ich muß, wo es geht, an Zeit und Mühe sparen, und seit drei bis vier Jahren

*) Handelspolitik und Socialdemokratie. Populäre Darstellung der handelspolitischen Streitfragen von Karl Kautsky, Berlin 1901.

**) Friedrich Engels charakterisierte 1859 die Hegelianer: „Die ganze Hinterlassenschaft Hegels beschränkte sich für sie auf eine pure Schablone, mit deren Hilfe jedes Thema zurecht konstruiert wurde, und auf ein Register von Wörtern und Wendungen, die keinen andern Zweck mehr hatten, als sich zur rechten Zeit einzustellen, wo Gedanken und positive Kenntnisse fehlten. So kam es, daß, wie ein Bonner Professor sagte, diese Hegelianer von nichts etwas verstanden, aber über alles schreiben konnten. Es war freilich auch danach."

lese ich deshalb dergleichen nicht mehr. Es geht wahrhaftig auch ohnedies.

Dazu kommt für mich noch ein besonderer Anlaß, den ich nicht gern erwähne, den zu berühren mir jedoch in diesem Falle gestattet sein muß. Ich habe mir in den letzten Jahren allmählich eine vollkommen andre Existenz geschaffen, schaffen müssen, mühsam und mit nicht geringen Opfern. Diese Existenz setzt voraus, daß ich meine sonstige öffentliche Bethätigung bis zur äußersten Grenze einschränke, denn ich muß so schon zu meinem Erwerb die Abende und die Sonntage in reichlichem und überreichlichem Maße heranziehen und kenne eigentlich seit Jahren einen freien Tag nicht mehr. Was thuts? Ich kann auf diese Weise unabhängig meinen wissenschaftlichen Neigungen nachgehen und auch der Partei wahrscheinlich mehr nützen als sonst. Das hat mich innerlich zuletzt vollauf für alle notgedrungene größere Zurückgezogenheit entschädigt — wenn man will: für alle Lähmung nach außen hin. Es giebt in der Fraktion noch andre, denen ihr Erwerb ähnliche Einschränkungen auferlegt, die Chemnitzer Genossen haben mir bisher darüber keine Vorwürfe gemacht, und es kann auch rasch einmal wieder anders kommen. Was ist also weiter dabei! Aber seit dem und so lange habe ich allerdings einen sehr triftigen zweiten Grund, mir alle irdisch-vergänglichen Partei„fälle" mit der unberührten Ruhe des Weisen und mehr aus den Wolken herab anzusehen; ich bin, in irgendwelchen Streit mitverwickelt, gar nicht in der Lage, den Handel auszufechten. Andre können das und ich gönne es ihnen von Herzen; was wäre für viele die Partei überhaupt, ohne Händel? Für mich ist jede derartige Beteiligung zugleich ein Stück sicheren ökonomischen Ruins, und damit scheide ich für diese Art Parteibethätigung ein für alle mal aus. Ich habe das soeben wieder an meinem Leibe ausprobiert; die ganzen letzten Wochen und Monate hindurch habe ich ein Werk, dessen Abschluß im wesentlichen nur noch einen kürzeren Aufenthalt im Auslande voraussetzte, unvollendet da liegen lassen müssen, wo die „Affaire" einsetzte. Und wenn's nach andren ginge, so würde ich dieses Vergnügen, wegen eines, von mir in keiner Weise provozierten, **vollkommen überflüssigen Zankes** meine ganze Existenz preiszugeben, vielleicht rettungslos preiszugeben, noch eine paar weitere Monate genießen können. Dazu habe ich jedoch nicht die geringste Lust und nicht den geringsten Anlaß. **Ich würde vielmehr gegebenenfalls einfach die Chemnitzer Genossen bitten, mich von meinem Mandat zu entbinden."**

Parteipresse. Die Auflage des „Hamburger Echo" hat die 40 000 überschritten. Die Hamburger Genossen sind demnach nicht mehr weit davon, daß die Hälfte unsrer Reichstagswähler Abonnenten des Parteiblattes sind. Das ist ein sehr erfreulicher Zustand.

Ein Grabdenkmal für Franz Hofmann. Auf dem Grabe unsres Parteigenossen Franz Hofmann ist jetzt ein Grabdenkmal errichtet worden. Schlicht und bescheiden, wie der Verstorbene war, ist auch das Denkzeichen für ihn. Die Einfassung des Grabes besteht aus rotem Meißner Granit. Am Kopfende des Grabes erhebt sich ein Obelisk, aus schwarzem schwedischen Granit, an dem ein Medaillonbildnis, das die treuen Züge des Verstorbenen wiedergiebt, angebracht ist. Das Medaillon ist von May in Dresden-Blasewitz modelliert und in Bronze gegossen. Die Inschrift am Obelisk lautet:

Ein Sohn des Volkes.
Franz Hofmann
Abgeordneter
des 22. sächsischen Reichstags-Wahlkreises.
* 26. Febr. 1852
† 4. Nov. 1903.
Obwohl Du uns verließest,
Unvergeßlicher,
Der Unsrige bleibst Du doch.

Gewerkschaftliches.

Internationale Streikstatistik.

Der meist beobachtete Rückgang der Streikbewegung im Mai trat nach der „Arbeitsmarkt-Korrespondenz" auch dieses Jahr ein. Während in Deutschland, Frankreich und England zusammen im April 206 Ausstände gezählt wurden, waren es im Mai nur 167. Die Zahl der Beteiligten ging in England und Frankreich von 40 417 im April auf 17 679 im Mai zurück. So erheblich dieser Rückgang auch ist, so bleibt doch die Streikbewegung im Mai 1904 noch immer erheblicher als im Vergleichsmonat des Vorjahres, wo in Deutschland, Frankreich und England zusammen nur 113 Streikfälle gezählt wurden. Die Zahl der Streikbeteiligten betrug im Mai 1903 in Frankreich und England 16 193. Am lebhaftesten von den drei genannten Ländern war wie schon im Vormonat wieder die Bewegung in Frankreich, auf das nicht weniger als 98 Fälle mit 13 236 Streikenden entfallen. Vor allem spielte sich im Mai ein großer Ausstand in der Landwirtschaft ab, an dem sich ca. 4000 Arbeiter beteiligten. Sodann traten an sehr vielen Hafenplätzen die Dockarbeiter in Ausstand. Auch in Italien streikten Land- und Hafenarbeiter in erheblicher Zahl. Der Gewerkschaftsbund der Landarbeiter der Lomellina proklamierte am letzten Mai den allgemeinen Ausstand. Die Arbeiter verlangen den Achtstundentag. Ein großer Ausstand im Baugewerbe begann Ende Mai auch in Rom. Beteiligt waren bei Beginn des Streiks etwa 8000 Arbeiter. In der Umgegend von Mailand streikten außerdem gegen 3000 Textilarbeiter. In Amerika nimmt die Streikbewegung wieder zu, obwohl die Lage des Arbeitsmarktes wenig Erfolg für größere Ausstände verspricht. Vor allem sind die Arbeiter im Verkehrsgewerbe an der Streikbewegung beteiligt. In New York streikten die Frachtverlader, denen sich mehrere tausend Angehörige verwandter Berufszweige, darunter 8000 Fuhrleute anschlossen. In Bahia ist ein Generalstreik ausgebrochen. Ein solcher wird auch aus Callao (Peru) gemeldet. Die Ursachen der beiden zuletzt erwähnten Ausstände sind politischer Natur und werden teilweise von den Arbeitgebern begünstigt. In Japan ist seit dem Ausbruch des Krieges die Streikbewegung bis auf ein Minimum zurückgegangen. In den gewerblichen Betrieben werden alle Konflikte entweder zu vermeiden gesucht oder doch ihr Austrag bis nach Beendigung des Krieges möglichst verschoben. Aus dieser Haltung der Arbeiter geht deutlich die Solidarität der Interessen hervor, die bei dem russisch-japanischen Kriege alle Kreise der japanischen Bevölkerung eng verbindet.

Berlin und Umgegend.

Zum Streik der Holzbildhauer. Bis gestern hatten 17 Firmen mit 82 Gehilfen die Forderungen ganz und 6 Firmen mit 17 Gehilfen teilweise bewilligt. Bei 19 Firmen mit 136 Gehilfen dauert der Streik unverändert weiter. Die Firma Kümmel hat es bereits versucht, Arbeitswillige von außerhalb heranzuziehen; so wurden z. B. Kollegen aus Leipzig, die hier anfangen sollten, von den Streikenden gestellt und eines besseren belehrt. — Am Dienstag haben Verhandlungen mit den Arbeitgebern stattgefunden, die indessen noch nicht zum Abschluß gelangt sind. Die Arbeitgeber hatten am selben Abend noch eine Besprechung, um sich über die Forderungen der Gehilfenschaft definitiv schlüssig zu werden.

Zum Streik der Steinsetzer und Rammer ist zu berichten, daß sich auf den meisten Bauten jetzt auch die Steinmetzen, welche die Granitplatten und Bordschwellen bearbeiten, mit den Streikenden solidarisch erklärt haben. Dadurch ist vielfach den wenigen Arbeitswilligen, die stehen geblieben sind, die Arbeitsgelegenheit genommen worden. Auch der Gewerkverein der Steinsetzer hat sich in der überwiegenden Mehrheit dem Streik angeschlossen. Da die Streikenden sich auf eine große Anzahl von Orten, beispielsweise Potsdam, Brandenburg, Belzig, Wriezen usw. verteilen, konnte die genaue Zahl der Ausständigen noch nicht festgestellt werden, jedoch sind wenigstens 900 Steinsetzer und ca. 600 Rammer am Streik beteiligt. Heute wollen die Ausständigen eine Vertretung an den Oberbürgermeister und die sonstigen in Betracht kommenden Körperschaften abschicken. Die Stimmung unter den Ausständigen ist ausgezeichnet.

Die Organisation der Straßenbahner

ist gegenwärtig an zwei Konflikten beteiligt, in Potsdam und Spandau. Bei der Potsdamer Straßenbahn, die am 1. Januar d. J. in städtischen Besitz übergegangen ist, herrschen für die Angestellten schon seit langem die denkbar schlechtesten Zustände. Bei einer täglichen Arbeitszeit von 15 bis 18 Stunden erhalten sie 75 bis 85 M. Monats-„Gehalt". Im Monat bekommen sie drei ganze und sechs halbe Tage frei. Strafgelder in Höhe von 1—5 M. sind keine Seltenheit. Eine frühere Petition der Angestellten an die damalige Gesellschaft um Aufbesserung der Arbeitsbedingungen wurde abgelehnt mit der Begründung, die Regelung werde erfolgen, wenn die Straßenbahn städtisch geworden sei. Nachdem aber sechs Monate vergangen sind, ohne daß die Stadtverwaltung auch nur eine Miene gemacht hätte, die Lage der Straßenbahner um irgend etwas zu verbessern, so petitionierte das Personal von neuem, diesmal an die städtische Straßenbahn-Verwaltung. Bescheiden baten die Angestellten nur um eine Verminderung der Strafgelder und eine geringe Lohnerhöhung. Die Antwort lautete abschlägig. Eine Erhöhung des Lohnes sei zur Zeit nicht angängig, die Strafgelderfrage solle geprüft werden. Nunmehr beschlossen die Angestellten, sich dem Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter-Verbande anzuschließen, um mit Hilfe der Organisation eine Aufbesserung ihrer Verhältnisse durchzusetzen. Von diesem Vorhaben bekam die Betriebsleitung jedoch Kenntnis, und um ein warnendes Exempel zu statuieren, gab sie dem Schaffner K., dem Verfasser der Petition, plötzlich die sofortige Entlassung mit der Begründung, daß Socialdemokraten in Potsdam nicht als Straßenbahner geduldet werden könnten! Begreiflicherweise herrscht unter den Angestellten jetzt eine große Erregung über das schroffe Verhalten der städtischen Straßenbahn-Verwaltung, und es ist noch nicht abzusehen, wie sich die Angelegenheit weiter entwickeln wird.

In Spandau hat die Direktion der dortigen Straßenbahn ebenfalls eine vom Verkehrsarbeiter-Verband im Namen der Angestellten beantragte Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen abgelehnt. Da die Spandauer Straßenbahn den Berliner Elektricitätswerken gehört, so wandten sich die Angestellten noch mit einem Gesuch an die Generaldirektion dieser Werke, jedoch mit dem gleichen negativen Erfolge. Der tägliche Dienst beträgt dort für das Personal 12—14 Stunden bei einem Anfangslohn von 88 M., steigend von zwei zu zwei Jahren um 2 M. bis zum Höchstbetrage von 100 M. pro Monat. Es ist den Angestellten kaum möglich, ihr Essen einzunehmen, da die Haltezeit an den Endstationen nur auf 3—4 Minuten bemessen ist; auch der Dienst ist äußerst anstrengend, weil dort das Zahlkasten-System besteht, der Fahrer also, weil keine Schaffner — außer Hilfsschaffnern des Sonntags — existieren, außer seinem eigentlichen Dienst auch noch die Zahlung des Fahrgeldes überwachen muß. Kürzlich wurde nun eine Linie verlängert, jedoch kein neues Personal dazu eingestellt. Vielmehr erfolgte eine Vermehrung des Dienstes für die bisherigen Angestellten unter gleichzeitiger Verminderung der freien Tage. Statt bisher jeden neunten Tag giebt es jetzt nur jeden zehnten Tag frei. „Das rechnet sich besser," hatte der Inspektor gemeint. — Auch hier läßt sich noch nicht abschätzen, wie der Konflikt auslaufen wird. Das Spandauer Publikum bezeugt große Sympathie mit den bescheidenen Forderungen der Straßenbahner.

Deutsches Reich.

Maurer! In Nordhausen sind die Maurer in den Streik eingetreten, nachdem alle Bemühungen, einen friedlichen Ausgleich zu schaffen, mißlungen sind an der Hartnäckigkeit der Unternehmer. Die Gesellen verlangen eine Lohnerhöhung von 2 Pf. pro Stunde. Diese Erhöhung wollen die Unternehmer bewilligen, aber erst im Herbst, wenn sie keine Arbeiter beschäftigen. Zuzug fernhalten.

Metallarbeiter! Die drohenden Differenzen in der Tiefbohr- und Kälte-Industrie-Aktiengesellschaft in Nordhausen sind durch die Bewilligung der Forderung der Arbeiter erledigt. Es trat eine Lohnerhöhung und eine Regulierung der Löhne ein.

Der Malerstreik in Posen ist nach einem sechswöchentlichen schweren Kampfe beendet. Die Arbeit wurde am Montag dieser Woche wieder aufgenommen, und zwar nach Vereinbarung eines neuen Lohntarifes auf drei Jahre, welcher für dieses Jahr einen Aufschlag von 2 Pf., für das nächste Jahr 1 Pf. und für das dritte Jahr abermals 2 Pf. pro Stunde vorsieht. Bekanntlich wollten die Posener Malermeister den so sehr verhaßten Centralverband (Vereinigung der Maler usw. Deutschlands) vernichten und sperrten am 16. Mai alle Maler aus, welche nicht einen Revers unterschrieben: daß sie „dem Hamburger Verband nicht mehr angehören und zu den alten Bedingungen weiterarbeiten wollten". Den Herren ist dieses Unterfangen nicht gelungen; es scheint vielmehr als hätten sie aus diesem Streik bedeutendes gelernt, denn — man höre und staune — in der letzten Sitzung nach Abschluß des Tarifes erklärten sie, ohne von den Gehilfen dazu aufgefordert zu werden, auf Ehrenwort, daß sie nunmehr keinen Gehilfen mehr einstellen wollten, der nicht organisiert ist. Die Gehilfen sollten ihnen dafür behilflich sein, die Schmutzkonkurrenz zu bekämpfen.

Ausland.

Der Ausstand der Tapezierer in Kristiania ist in der vorigen Woche, nachdem er neun Wochen gedauert hatte, durch ein Uebereinkommen mit den Arbeitgebern beendet worden. Der Minimallohn wurde auf 40 Oere die Stunde festgesetzt, die Arbeitszeit auf 57 Stunden wöchentlich. Der Ausstand hat den Skandinavischen Sattler- und Tapezierverband 12 000 Kronen gekostet.

Der Streik im Gebiete von Ferrara nimmt ungeheure Dimensionen an. Den Landarbeitern und -Arbeiterinnen haben sich die Knechte und Stallleute angeschlossen; insgesamt sollen ca. 9000 Streikende vorhanden sein und immer neue Ortschaften schließen sich dem Ausstande an. Die Grundbesitzer weigern sich, mit den Arbeitern in Unterhandlungen einzutreten und versuchen, Streikbrecher heranzuziehen. Unter den Streikenden befinden sich zahlreiche Frauen. Den Streikbrechern gegenüber verhalten sich die Ausständigen vollkommen korrekt. Ueberflüssig hinzuzufügen, daß trotzdem ein großes Militäraufgebot im Streikgebiet zusammengezogen ist.

Versammlungen.

Centralverband der Brauereiarbeiter (Sektion I). In der Versammlung vom 19. Juni gab der Vorsitzende Hodapp als gewesener Delegierter den Bericht vom Verbandstage, indem er die zu Beschlüssen erhobenen Anträge eingehend besprach und mit Genugthuung konstatierte, daß sich darunter sämtliche von Berlin I gestellten Anträge befinden. In der Diskussion bezeichnet Heyder den diesjährigen Verbandstag als einen der erfolgreichsten und als einen Markstein in der Geschichte der Brauereiarbeiter-Bewegung und bringt eine dementsprechende, gegen fünf Stimmen angenommene Resolution ein. Zum Hamburger Streik wurde getadelt und ist diesem Tadel nach Hodapp auch schon auf dem Delegiertentage durch Tröger Ausdruck gegeben worden, daß der Hauptvorstand sich so zugeknöpft verhält. Unter „Verschiedenem" verliest der Vorsitzende ein Schreiben der Agitationskommission der Konsumvereine Berlins und Umgegend, worauf eine lebhafte Debatte über die Konsumvereine anhebt, aus welcher hervorzuheben ist, daß Funk mitteilt, er sei persönlich Anhänger der Konsumvereinsbewegung, aber im 6. Wahlkreise werde seitens des Wahlvereins Propaganda gegen diese Bewegung gemacht. Die meisten nachfolgenden Redner sind für Anschluß an die Genossenschaften. Jörn als mehrjähriges Mitglied findet nicht die erwarteten Vorteile und schiebt dies der Leitung resp. dem mangelhaften Einkauf zu. Hodapp giebt bekannt, daß die verschiedenen Vereinbarungen mit den Brauereien jetzt in Buchform zusammengestellt sind und wird dazu beschlossen, dieselben für 15 Pf. an Verbandsmitglieder und 25 Pf. an Nichtmitglieder abzugeben. Heyder regt noch mal die Herausgabe eigner Sammellisten an, und tadelt die geringe Benutzung unsrer Bibliothek; dieselbe soll nach dem Gewerkschaftshause verlegt und im Anschluß an Versammlungen sollen dort die Bücher ausgeliehen werden.

Die Arbeiter der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft waren am Sonntag sehr zahlreich in den „Germania-Sälen" versammelt, um den Bericht der Kommission über die erneuten Verhandlungen mit der Direktion wegen Errichtung eines Arbeiter-Ausschusses entgegenzunehmen. Wie erinnerlich sein dürfte, hatte eine frühere Versammlung den Entwurf der Direktion teilweise abgelehnt, weil mehrere Ausschüsse gebildet werden sollten, während die Arbeiterschaft einen Ausschuß für das ganze Werk für zweckmäßiger hielt. Eine Verständigung über diesen Punkt konnte bei den letzten Verhandlungen mit der Direktion nicht erzielt werden. Dennoch glaubt die Kommission einen Mittelweg entdeckt zu haben, um zu verhindern, daß bei der Bildung mehrerer Ausschüsse ein Ausschuß gegen den andern ausgespielt werden könne. Der Versammlung wurde daher folgender Vorschlag gemacht: Die Kommission wird nochmals beauftragt, bei der Direktion vorstellig zu werden, um dem § 7 des Ausschuß-Statuts nachstehenden Anhang zu geben: „Die einzelnen Fabrikausschüsse haben jederzeit das Recht, ein Mitglied aus einem andern Ausschuß derselben Fabrik mit beratender Stimme zu den Sitzungen hinzuzuziehen". Diesem Vorschlage stimmte die Versammlung zu, um nicht die ganze Vorlage zu Fall kommen zu lassen.

Tempelhof. Ueber „Religion der Worte und Religion der Thaten" sprach am Dienstag, den 21. Juni, Frl. Ida Altmann in einer öffentlichen Volksversammlung, welche im Lokale von M. Müller, Berlinerstr. 41/42, stattfand. In der Diskussion nahm Frau Thiel das Wort, und indem sie sich den Ausführungen der Referentin anschloß, forderte sie die Anwesenden, welche von der Hohlheit und Nichtigkeit der kirchlichen Lehren überzeugt sind, auf, ihren Austritt aus der Landeskirche zu erklären. Nachdem noch der Vorsitzende Alb. Schmidt in beredten Worten die Anwesenden ermahnt hatte, das, was sie gehört haben, auch zu beherzigen, wurde die Versammlung geschlossen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Darmstadt, 29. Juni. (W. H.) Der Sohn des Millionenbetrugsdanten Schade, Otto Schade, der der Beihilfe verdächtig war und sich in Untersuchungshaft befand, ist heute morgen gegen eine Kaution von 10 000 M. entlassen worden.

Die Karthäuser-Angelegenheit vor der Untersuchungs-Kommission.

Paris, 29. Juni. Die Untersuchungs-Kommission vernahm heute den Advokaten Ract, den Vertreter des flüchtigen Bankdirektors Lepère. Ract erklärte, Lepère habe nicht mit den Karthäusern in Grenoble, sondern mit denen in Freiburg in der Schweiz Geschäftsverbindungen unterhalten. Die Freiburger Karthäuser behaupten, Lepère habe sie um 800 000 Frank geschädigt.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlung der Karthäuser-Kommission lehnte der mit der Voruntersuchung gegen die Karthäuser betraute Untersuchungsrichter es auf Grund des Berufsgeheimnisses ab, Aussagen zu machen. Hierauf wurde Millerand über die bei Chaberl beschlagnahmten Papiere vernommen, in denen von ihm wegen Dekorierung zweier Industrieller die Rede sein sollte. Millerand that dar, daß diese Auszeichnungen völlig zu Recht erteilt seien, und verwahrte sich mit Entrüstung gegen die Anschuldigung, die man gegen ihn erhebe. Bei seinem Austritt aus dem Ministerium sei er ärmer gewesen als zur Zeit seines Eintrittes. Er werde kein Vermögen hinterlassen und wünsche, daß sein Name ein ehrlicher bleibe. Mehrere Kommissare erhoben Einspruch gegen die Art, wie gewisse Behörden Informationen sammelten. Die Kommission beschloß, die Erklärungen Millerands unverzüglich zu veröffentlichen.

Paris, 29. Juni. (W. H.) In der Untersuchung gegen den Hauptmann D'Autriche, der der Fälschung der Kassenbücher im Generalstab verdächtig ist, wurden heute drei weitere Offiziere vernommen, die während des Dreyfus-Prozesses in Rennes im Generalstab gedient haben, und zwar der Oberstlieutenant Rollin, und die Hauptleute François und Mareschal. Infolge des Verhörs ordnete der die Verhandlung leitende Hauptmann Cassel die sofortige Verhaftung der drei genannten Offiziere an, welche nach dem Militärgefängnis abgeführt wurden.

Paris, 29. Juni. (W. T. B.) Die „Temps" schreibt über den Besuch König Eduards in Kiel: Diese Begegnung war notwendig; sie war beiderseits herzlich und hat nicht nur für die Gegenwart jeden Gedanken von Antagonismus beseitigt; sie dürfte auch für die deutsch-englische Zeitungsfehde mildernd einwirken, mehr aber darf man von dieser Begegnung nicht verlangen.

Dampferunglück.

Rom, 29. Juni. (W. H.) In Iglesias (Sardinien) ließen Reeder trotz der schlechten Verfassung, in welcher sich ihr Dampfer befand, diesen schwer belastet und mit zehn Passagieren an Bord, in See stechen. Der Dampfer war kaum zehn Meter vom Ufer entfernt, als der Boden des Schiffes durch die Last eingedrückt wurde und dasselbe unterging. Alle Passagiere ertranken.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Tientsin, 29. Juni. (Meldung des „Reuterschen Bureaus".) Wie verlautet, haben die Russen gestern 25 Werst östlich von Haitscheng eine Niederlage erlitten. Wegen des raschen Vorrückens der Japaner ziehen sich die Russen bei Taschitschiao schnell nach Norden zurück, da sie befürchten, daß sie abgeschnitten würden.

Petersburg, 29. Juni. (W. T. B.) Auf der baltischen Schiffswerft erfolgte auf dem Torpedoboot „Delphine" während eines Versuchs eine Explosion, wodurch das Schiff zum Sinken kam; 3 Offiziere und 23 Matrosen ertranken; 2 Offiziere und 10 Matrosen wurden gerettet.

Konstantinopel, 29. Juni. (Meldung des Wiener k. k. Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.) Da bei Maskat in der Umgebung des persischen Golfs die Cholera ausgebrochen ist, wurde für Provenienzen aus Maskat eine fünftägige Quarantäne angeordnet. Die Quarantäne für Provenienzen aus Port Said und Aden wurde aufgehoben.

Tanger, 29. Juni. (Meldung des „Reuterschen Bureaus".) Aus guter Quelle verlautet, Frankreich treffe Vorbereitungen, um das in Algerien stationierte Zuavenbataillon für den hiesigen Polizeidienst zu organisieren. — Das Geschwader der Vereinigten Staaten unter Konteradmiral Jewell ist in See gegangen.

New York, 29. Juni. (W. H.) Der verflossene Montag war der heißeste Tag seit 28 Jahren. Viele Personen starben an Hitzschlag. Gegen Abend entlud sich ein furchtbares Gewitter. Der Sturm deckte zahlreiche Häuser ab. Ein Dampfer mit 40 Passagieren ging unter. 5 Personen ertranken.

New York, 29. Juni. (W. H.) Eine sensationelle Entdeckung wurde in Jack-Creek (Wiskonsin) gemacht. In der Umgebung dieser Ortschaft befindet sich ein Hügel, der aus Quarz und Kiesel besteht. Es genügt, mit einem Pflug über den Hügel zu fahren, um Goldkörner von großem Wert aufzudecken. Eine Tonne dieser Erde soll angeblich Gold für zwei Pfund Sterling enthalten.

Verantw. Redakteur: Paul Büttner, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Der Erzherzogssohn als Kellner.

Aus Wien wird uns vom 25. Juni geschrieben: Ein alter Skandal des habsburgischen Hofes ist soeben durch eine Broschüre neu aufgerollt worden. Das Buch trägt folgenden, ebenso umfänglichen als marktschreierischen Titel: Ein Justizmord! Enthüllungen des Erzherzogssohnes Baron Ernst Wallburg über die morganatische Ehe seines Vaters Erzherzog Ernst. Geschrieben von ihm selbst — und behandelt, wie man erkennt, jene feine Geschichte, die unter dem Titel der Affaire Wallburg die Oeffentlichkeit wiederholt beschäftigt hat und zum letztenmal in einer Gerichtsverhandlung in Laibach verhandelt worden ist. Im Wesen besteht die „Affaire“ aus einem Kampf um ein Erbe — um den Nachlaß des im Jahre 1899 verstorbenen Erzherzogs Ernst, der seinen vier Kindern, eben jenen Wallburgs, entzogen und von dem Bruder des erzherzoglichen Vaters, vom Erzherzog Rainer, in Anspruch und natürlich auch in Besitz genommen wurde. Daß die Wallburgs — es sind zwei Söhne und zwei Töchter — die Kinder des Erzherzogs Ernst und der Laura von Skublitz waren, steht außer allem Zweifel; dafür erbringt jene Broschüre durchschlagende Beweise. Allerdings wurden sie schon bei Lebzeiten des Vaters verleugnet; der willensschwache Mann scheint eingewilligt zu haben, daß sein Interesse für die Kinder von der Vaterschaft auf den Charakter eines Taufpaten und also „Gönners“ reduciert werde, daß man sie in mäßig kostspieliger Weise versorge, im übrigen aber der „Skandal“ von vier „natürlichen“ Kindern in unauffälliger Art vertuscht. Ob ihnen deshalb ein sonst ganz unbekannter Vater erfunden wurde oder ob man damit irgend späteren Rekriminationen wegen der Erbschaft begegnen wollte, steht dahin; sicher ist, daß der dritte Vormund der Kinder, ein Sekretär des Erzherzogs Rainer, plötzlich „Taufscheine“ fand, wonach der Vater der Wallburgs ein preußischer Offizier sein soll, von dem freilich weder früher noch später etwas vernommen wurde. Daß diese Vaterschaft eine Fabel und die sie beweisenden Trau- und Taufscheine Fälschungen sind, ist so wahrscheinlich, daß man es annehmen kann. Die Versorgung der Erzherzogssprossen mißlang nun vollständig. Der eine Sohn, den man beim Gericht untergebracht hatte, endete durch Selbstmord, die eine Tochter ist schwachsinnig und der Gatte der zweiten — übrigens der zweite; der erste, ein alter Provinzadvokat, den man ihr aufgenötigt hatte, ist gestorben — wurde seiner Offizierschärge beraubt, als irgendwo im Ausland über die „geheime Ehe des Erzherzogs Ernst“ ein Buch erschienen war. Diese Dame, Frau Clotilde v. Szimic, scheint übrigens der charaktervollste der erzherzoglichen Sprößlinge zu sein; obwohl ihr schweres Unrecht angethan wurde — hat man sie doch als Mitschuldige an der Laibacher Fälschung in Haft genommen, trotzdem es offenkundig war, daß sie damit nichts zu thun hatte — hat sie die Oeffentlichkeit nie in Anspruch genommen und lebt anscheinend in gleichmütiger Verachtung ihrer „Verwandten“ ein Leben für sich.

Die mannigfaltigsten Schicksale hat jener Ernst Wallburg erlebt, von dem das Buch stammt und der derzeit vom Budapester Gericht wegen Betrug, begangen durch Fälschung einer öffentlichen Urkunde, verfolgt wird. Es wäre ungerecht, zu sagen, daß alle Schuld dafür den Hof trifft; nicht minder Anteil an seinem Geschicke trägt der junge Mann selber, der zwar eine gewisse Begabung und Energie zu besitzen scheint, aber auch mit dem ganzen Hochmutsleichtsinn eines Erzherzogssohnes behaftet ist. Er war zuerst Offizier, und mit der Protektion des Palais Rainer ausgestattet, hätte ihm rasches Avancement nicht gefehlt. Denn es ist einleuchtend, daß der Hof, ohne sein eignes Budget zu belasten, wohl in der Lage ist, einen Günstling emporzubringen — sei es als Beamter oder Soldat; und daß man es bei Hof nicht vorweg darauf angelegt hatte, den Sohn des Erzherzogs der Kellnerlaufbahn oder dem Zuchthaus zuzuführen, ist selbstverständlich. Aber in die Rolle eines bescheidenen Protegés konnte oder wollte sich Wallburg nicht schicken und so verlor er zuerst die Gunst des Erzherzogs Rainer, um sich allmählich dessen Haß zuzuziehen. Zuerst mußte er als Offizier quittieren, dann verlor er das Amt bei den Staatsbahnen, das ihm ein Wort des erzherzoglichen Onkels verschafft hatte, und schließlich hörten auch alle materiellen Zuwendungen auf. Baron Wallburg war auf sich selbst gestellt und daß er da nicht ganz unterging, ist vielleicht das, was ihm am meisten zur Ehre gereicht. Er wurde Omnibuskutscher, dann Stallmeister, später ein geschätzter Notenkopist, bis ihn unvermutet das Interesse der alten Prinzessin Montleaut, die auch in einem Wiener Arbeiterbezirk sehr viel Gutes gewirkt hat, von allen Nöten befreite. Nach dem Tode dieser Dame nahm er nun den Kampf um sein Erbe auf. Mit einem in Wien gewonnenen Freunde namens Staudinger will er in Laibach, bei den Nachforschungen nach der Ehe seiner Mutter, in der Taufmatrikel des dortigen Garnisonsspitals zwei lose Blätter gefunden haben, auf welchen die ordnungsgemäße Trauung seiner Mutter mit dem Erzherzog Ernst verzeichnet ist, die also ein rechtswirksames Dokument für den Nachweis seiner ehelichen Geburt wären. Diese Eintragung soll nun eine Fälschung sein; nach der Behauptung der Anklage hätten Staudinger und Wallburg aus der Taufmatrikel heimlich zwei leere Blätter herausgerissen und Staudinger, der ein notorischer Schriftenfälscher sein soll, hätte die das Datum des 26. April 1858 tragende Vermerkung hineingefälscht. Staudinger wurde darob angeklagt und im Jahre 1902 in Laibach zu vier Monaten Kerker verurteilt. Wallburg selbst war mittlerweile ungarischer Staatsbürger geworden und die ungarischen Gerichte lehnten die von Oesterreich begehrte Auslieferung ab. Das Verfahren gegen ihn ist aber noch anhängig; warum es zu einer Gerichtsverhandlung noch immer nicht gekommen ist, ist nicht bekannt geworden.

Ob jene Eintragung wirklich eine Fälschung war, ist schwer zu sagen. Dem Buche des Wallburg ist das Photogramm der zwei Blätter beigegeben, und es müßte eine sehr geschickte Hand gewesen sein, welche eine so kunstvolle Fälschung trifft. In der Verhandlung hat sich Staudinger zu der Fälschung bekannt, wogegen von ihm Briefe herrühren, worin er den Wallburgischen Advokaten bittet, „Wallburg doch dahin zu bringen, daß er sagt, von wem er die Originalblätter hat“. Das widerspricht dem Geständnis sicherlich sehr entschieden, aber nicht minder auch der Darstellung, die Wallburg von der Sache giebt: daß Staudinger die ausgefüllten Blätter gefunden hat. Wallburg deutet auch an, daß Staudinger zu dem Geständnis bestochen worden sei, aber das ist doch zu unwahrscheinlich. Daß mit der erwiesenen Fälschung nur der Beweis für jene Eheschließung vernichtet ist und nur ein Beweis, ist übrigens klar; es kann auch so sein, daß Wallburg, vor der Unmöglichkeit stehend, die ihm als Gewißheit erscheinende Ehe zu beweisen, zu dem Mittel der Erzeugung eines falschen Beweises für eine sichere Methode griff — wie es einmal in der Affaire Dreyfus der Oberlieutenant Henry gethan. Für die Eheschließung soll noch ein Beweis zeugen: ein dreizehn Seiten langer Brief des Erzherzogs Ernst aus dem Jahre 1899, der an seine Tochter Clotilde gerichtet ist und das strikte Bekenntnis enthielt, daß der Erzherzog mit der Mutter der Wallburgs kirchlich verheiratet war. Allerdings wird auch dieser Brief als eine Fälschung erachtet, wenn er auch, da von ihm kein Gebrauch gemacht worden ist, zu einer gerichtlichen Verfolgung nicht geführt hat. Die Behauptung einer Fälschung findet eine gewisse Unterstützung in dem Umstande, daß der Brief verschwunden ist und lediglich in einem Photogramm zirkuliert.

Juristisch mag also die Sachlage nicht so ausgemacht sein, als das Sensationsbuch des Baron Wallburg behauptet, aber in moralischer Hinsicht steht sie nicht controvers. Mit den Wallburgs wurde nämlich über einen Ausgleich unterhandelt, und mit dem Betrag von dreimalhunderttausend Gulden wäre das Entstehen des Skandals verhüllt worden. Aber der Ausgleich wurde abgewiesen und Baron Wallburg, der unbezweifelbare Sohn eines Mitgliedes des kaiserlichen Hauses, dem der Sendling des Hofes, der aus vielen Hofaffairen sehr unrühmlich bekannte Advokat Bachrach, prophezeite, er werde verhungern, wurde ... Oberkellner im Café New York in Budapest! Es ist das gewiß ein sehr ehrenhafter Beruf und zweifellos achtungswerter als der eines vom Hof „Apanagierten“; aber man begreift doch, daß es nicht das Normale für Erzherzogssöhne ist. Und weil aus der Geschichte hervorgeht, daß Reichtum, Macht, Ansehen nicht davor schützen, daß der Hunger nach Geld alle andren Empfindungen zurückdrängt, haben wir die Historie zur Erbauung der Leser erzählen zu sollen geglaubt. —

Verbandstag der Graveure und Ciseleure.

Köln, 24. Juni.

Der Centralverband der Graveure, Ciseleure und verwandten Berufe hielt in der vergangenen Woche in Köln seine vierte Generalversammlung ab. Es waren 31 Delegierte erschienen, und zwar je 3 aus Berlin und Leipzig, je 2 aus Köln, Pforzheim und Schwäbisch-Gmünd, je einer aus Stuttgart, Nürnberg, Heilbronn, München, Eßlingen, Mannheim, Mainz, Frankfurt a. M., Düsseldorf, Krefeld, Lüdenscheid, Hannover, Hamburg, Friedrichshagen, Dresden, Annaberg, Döbeln, Radeberg und Breslau. Ferner waren Centralvorstand, Kontrollkommission, Redaktion und Preßkommission durch insgesamt fünf Kollegen vertreten.

Der von dem Verbandsvorsitzenden E. Brückner erstattete Bericht des Hauptvorstandes umfaßt 2½ Jahre, die Zeit seit dem im November 1901 in Stuttgart abgehaltenen Verbandstag. Damals hatte der Verband, der am 1. Februar 1897 gegründet wurde, 1330 Mitglieder. Heute beläuft sich die Mitgliederzahl auf 2260. Die größte Filiale ist Berlin mit 768 Mitgliedern, dann folgt Leipzig mit 200, Köln mit 104, Pforzheim mit 103, Schwäbisch-Gmünd mit 94, Dresden mit 59, Heilbronn mit 55 usw. Der § 153 der Gewerbeordnung brachte dem Verband zwei Verurteilungen seiner Mitglieder. Der Bericht sagt treffend darüber: Der größte Lump ist heute in der Lage, einen anständigen Menschen hinter die Gefängnismauern zu bringen; er, der Lump, braucht sich nur gegen den Beitritt zur Organisation zu sträuben und unter die Fittiche des Staatsanwalts zu flüchten; sofort ist die Anklage nach § 153 fertig, und ein ehrlicher Mensch geht abermals ins Gefängnis und erhebt die geballte Faust gegen den Ort seines Vaterlandes, wo es möglich ist, auf Grund gemeiner, gehässiger Denunziationen anständige Arbeiter, die in Ausübung ihrer Koalitionspflichten und -Rechte einmal mit einer landläufigen Redensart den indifferenten Arbeiter bezeichneten, in das Gefängnis zu werfen. — Der Vorsitzende geht ausführlich auf die innere Entwicklung des Verbandes, auf die Lohnkämpfe usw. ein. Er läßt sich auch über die Frage: „Berufsorganisation oder Industrieverband?“ aus und wandte sich gegen das Verlangen, die Graveure und Ciseleure etwa dem Metallarbeiterverband zuzuweisen. Die beiden Berufe arbeiteten nicht nur in Metall, sondern je nach den Fabrikationszweigen in Stein, Holz, Masse oder Glas. Die Graveure und Ciseleure hätten oft rein gar nichts mit der Metallindustrie zu thun, und gerade, weil die Berufskollegen so weit verstreut in sämtlichen Industriezweigen thätig sind, sei die bestehende Berufsorganisation unentbehrlich.

Den Kassenbericht erstattete Siewert. Die Einnahme betrug in der Berichtszeit, 2½ Jahr, bis Ende März, 74 667,65 M., die Ausgabe 77 831,03 M., der Kassenbestand Ende März 11 885,39 M. An Streik- und Gemaßregelten-Unterstützung wurden ausgegeben 14 292 M., an Arbeitslosen-Unterstützung 3406 Mark, an Sonder-Unterstützung 636 M., an Sterbegeld 75 Mk., an Rechtsschutz und Gerichtskosten 388 M., für die Fachzeitung 10 700 Mark usw.

Im Anschluß an den von Hoffmeister erstatteten Bericht der Preßkommission wurde u. a. folgende Resolution gegen eine Stimme angenommen: „In Erwägung, daß es eine der vornehmsten Aufgaben einer Gewerkschaftspresse ist, die Mitglieder in gewerkschaftlicher und politischer Beziehung aufzuklären und sie zu zielbewußten Arbeitern zu erziehen, erklärt sich die Generalversammlung mit der Haltung des Fachblattes einverstanden und erwartet, daß dieses ferner im Interesse der Arbeiterschaft aufklärend wirken möge.“ Ein Antrag, das Fachblatt, das bis jetzt dreimal monatlich erscheint, künftig wöchentlich erscheinen zu lassen, wird abgelehnt. Dem Verbandstag lagen weit über hundert Anträge zum Statut vor, die zu ausgedehnten Debatten führten. Es wurde beschlossen, den Beitrag von jetzt 30 Pf. pro Woche zu erhöhen vom 1. Oktober dieses Jahres an auf 40 Pf., vom 1. Oktober nächsten Jahres an auf 50 Pf. — Die Arbeitslosen-Unterstützung wird in folgender Weise erhöht: Es erhalten die Mitglieder nach einjähriger Mitgliedschaft für 24 Wochentage, nach zweijähriger für 30, nach dreijähriger für 36, nach vierjähriger für 42 und nach fünfjähriger Mitgliedschaft für 48 Wochentage Arbeitslosen-Unterstützung, und zwar Ledige pro Tag 2 Mk., Verheiratete 2,50 Mk. Die Wartezeit beträgt 3 Tage. Nach einer noch nach fünf aufeinanderfolgenden Wochen dauernden Arbeitslosigkeit erhalten nach zweijähriger Mitgliedschaft die Kollegen einen Mietszuschuß. — Die Streikunterstützung beträgt je nach der Dauer der Mitgliedschaft für Ledige pro Tag 1,50—2 M., für Verheiratete 2—2,50 Mk. und pro Kind und Woche 1 M. Als Reise-Unterstützung wird pro Kilometer Bahnstrecke 2 Pf. gezahlt, und zwar je nach der Dauer der Mitgliedschaft 10—40 M., der letztere Betrag nach mehr als vierjähriger Mitgliedschaft. — An Umzugs-Unterstützung wird künftig gewährt je nach der Mitgliedschaft 20—50 M.

Eine lebhafte Debatte entsteht über den Antrag, zwei besoldete Beamte im Hauptvorstand anzustellen. Der Antrag wird in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Dagegen wird einstimmig beschlossen, den Vorsitzenden künftig als besoldeten Beamten anzustellen, und zwar mit 2000 M., steigend bis 2400 M. Weiter wird beschlossen, die Expedition der Fachzeitung dem für die Filiale Berlin anzustellenden Verwaltungsbeamten zu übertragen, wodurch es der Filiale möglich ist, diesen Kollegen zu besolden. Zum besoldeten Vorsitzenden wird E. Brückner, zum Kassierer Streicher-Berlin, zum Berliner Filialbeamten Thurow gewählt.

Ueber die im verflossenen Jahr aufgenommene Berufsstatistik berichtet Thurow. Danach sind die Löhne der Graveure und Ciseleure trotz teilweiser Errungenschaften im großen und ganzen schlecht, die Arbeitszeit ist in der Mehrzahl noch länger als 54 Stunden pro Woche. Was an Ueberstunden gesündigt wird, geht nicht auf eine Kuhhaut. Von den 2496 Kollegen, die die Fragebogen ausfüllten, wurden in dem betreffenden Jahr insgesamt 64 450 Ueberstunden gearbeitet. Die arbeitslose Zeit betrug nur 21 000 Stunden. Somit wurden dreimal mehr Ueberstunden gemacht als die Kollegen arbeitslos waren. Das zeigt den großen Einfluß der Ueberarbeit auf die Arbeitslosigkeit. Durch die Vermeidung der ersteren läßt sich die Arbeitslosigkeit in ganz hervorragendem Maße bekämpfen. Das Ergebnis wäre noch erschrecklicher, wenn nicht die schlimmsten Fälle ganz aus den Fragebogen fern geblieben wären, da die betreffenden Arbeiter sich mit Recht schämten. Es wurde in 1215 Fällen Sonntags, in 294 nachts gearbeitet, 211 Kollegen waren Heimarbeiter. Es erklärten sich 1456 Kollegen für den Berufsverband, 284 für einen Industrieverband; und zwar verteilt auf den Metall-, den Holz-, den Buchdruckerverband u. a. — In einer Resolution erklärte sich die Generalversammlung für die Erringung und gesetzliche Festlegung eines höchstens achtstündigen Arbeitstages, vor allem aber für die sofortige Herbeiführung des Neunstundentages durch den Verband.

Zum Punkte Arbeitsnachweis wurde eine Resolution einstimmig angenommen, die sich für eine einheitliche Arbeitsvermittlung innerhalb des Berufes ausspricht, die sich in den Händen der Arbeiter zu befinden hat. — Als nächsten Tagungsort wählte die Generalversammlung Nürnberg.

Aus Industrie und Handel.

Zur Erneuerung des Kalisyndikats. Die Entscheidung, ob das Kalisyndikat seine fünfundzwanzigjährige Thätigkeit, die für seine Teilnahme ebenso gewinnbringend wie für die Konsumenten ausbeuterisch war, fortsetzt, muß in diesen Tagen, bis Ende dieses Monats, entschieden sein. Die Verhandlungen darüber haben am Montag hier in Berlin begonnen, aber noch zu keiner Einigung geführt, und sollten nun am gestrigen Mittwoch fortgesetzt werden. In der Zwischenzeit sollte die Vermittelungskommission nochmals versuchen, die widerstreitenden Werke zu einigen und einen Ausgleich der Beteiligungsziffern herbeizuführen. Es handelt sich bei dieser Erneuerung des Syndikats vornehmlich um einen Kampf um die Beteiligungsziffern, dann aber auch um die Festlegung einer neuen Organisation des Syndikats, die schon langen Vorberatungen unterliegt.

Das Kalisyndikat hatte seine größten Erfolge seit 1898, in dem der vorletzte Syndikatsvertrag abgeschlossen wurde, der dem jetzt gültigen noch im wesentlichen entspricht. Diese Erfolge seit 1898 stellt die „Köln. Ztg.“ wie folgt zusammen: Während der ersten 25 Jahre seines Bestehens, also von 1879 bis Ende 1903 hat das Syndikat insgesamt rund 41 000 000 Doppelcentner reines Kali (1 Doppelcentner reines Kali entspricht etwa 8 Doppelcentner Kainit oder 11¼ Doppelcentner Karnallit) abgesetzt. Hiervon entfallen auf die ersten fünf Jahre 9,4 Proz., auf die folgenden 10,5, 16,6, 24,6, 38,9 Proz. Von diesen Mengen wurden rund 13 000 000 Doppelcentner reines Kali für gewerbliche Zwecke verwandt und zwar in den vorher genannten Zeiträumen 18,2, 18,4, 18,1, 20,1 und 25,2 Proz. Zu landwirtschaftlichen Zwecken wurden dagegen in 25 Jahren rund 28 000 000 Doppelcentner reines Kali, und zwar in denselben Zeiträumen 5,5, 6,8, 15,9, 26,6 und 45,2 Proz. abgesetzt. Schließlich sind in den 25 Jahren insgesamt rund 836 000 000 M. umgesetzt worden, wovon auf die ersten fünf Jahre 11,7 Proz., auf die folgenden 12,3, 17,4, 23,4 und 35,2 Proz. entfallen. Aus diesen Zahlen ergiebt sich, daß die Steigerungsfähigkeit des Umsatzes fast ausschließlich in dem landwirtschaftlichen Absatz liegt. Die Bedeutung der Organisation und der Wirksamkeit des Syndikats aber ergiebt sich daraus, daß der Zeitraum, in dem sich der Absatz an die Landwirtschaft am stärksten vermehrte, unmittelbar auf die Neu-Organisation des Syndikats Ende 1898 folgte. Während bis Anfang 1898 die zehn Mitglieder des Syndikats einen direkten Einfluß auf die Geschäftsthätigkeit hatten, wurde nun nach größerer Freiheit und Schnelligkeit gestrebt und man wählte für die neue Organisation die Form der Aktiengesellschaft. Zur Kontrolle des Vorstandes, der sehr freie Hand bekam, wurde dem Aufsichtsrate der Aktiengesellschaften entsprechend ein Ausschuß gewählt. Nach dreijähriger Thätigkeit dieser Organisationsform traten neue Schwierigkeiten dadurch auf, daß dem Syndikat die Eigenschaft der juristischen Persönlichkeit fehlte. Um diesem Mangel abzuhelfen, und dem Syndikat eine geschlossene einheitliche Form zu geben, wurde ein Vertrag entworfen, der die Bildung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung vorsieht. Dieser Vertragsentwurf unterliegt nun seit mehr als einem Jahre langwierigen Vorberatungen, die erst seit November vorigen Jahres etwas positivere Erfolge gezeitigt haben.

Der Hauptkampf aber dreht sich um die Beteiligungsziffern. Hierüber ist es auch am Montag noch zu keiner Einigung gekommen. Der Berghauptmann Dr. Fürst vom preußischen Fiskus gab zu Beginn der Sitzung eine allgemeine Uebersicht über den Stand der bisherigen Verhandlungen und richtete sodann an diejenigen 18 Werke, welche die von der Vermittelungskommission angebotene Beteiligungsquote für nicht annehmbar erklärt hatten, die Frage, ob sie nunmehr gewillt seien, die Beteiligungsquote anzunehmen. Im Interesse der Sache erklärten sich die Werke „Hohenzollern“, „Mansfeld“, „Alexandershall“ und „Wintershall“ hierzu bereit. Da die andern Werke jedoch auf ihrem ablehnenden Standpunkt verharrten, weil die eingangs erwähnte Vermittelungskommission gewählt, die bis gestern noch einmal ihr Heil versuchen sollte. Kommt das Syndikat in diesen Tagen nicht zu stande, so wird es zweifellos zwischen den in Frage kommenden Werken einen der wütendsten Konkurrenzkämpfe geben, und da es sich um eine Industrie handelt, die der Landwirtschaft einen unentbehrlichen Pflanzennährstoff, der chemischen Industrie einen wichtigen Rohstoff liefert, so ist das Interesse an diesen augenblicklichen Verhandlungen weit über die eigentlichen Kali-Interessenten hinaus geweckt. Die Syndikatspresse, allen voran die „Kölnische Zeitung“, füllt Spalten mit Beschwörungsartikeln an die einzelnen Werke, das Syndikat zu halten. Sie lobt das Syndikat und seine Wirksamkeit über den Klee, und vertritt dadurch natürlich einzig und allein die Produzenten, die Kali-Magnaten; die Konsumenten kommen für diese Presse nicht in Betracht. Im Interesse dieser Konsumenten aber, im Interesse einer Verbilligung des Kali ist nur zu wünschen, daß die Verhandlungen sich endgültig zerschlagen!

Ostafrikanische Eisenbahngesellschaft. Nachdem im Reichstage der Fischzug für die ostafrikanischen Bahnen so glänzende Erfolge gehabt hat, geht die Sache jetzt ihren gesicherten kapitalistischen Weg. Am gestrigen Mittwoch wurde unter der Firma Ostafrikanische Eisenbahngesellschaft von der Deutschen Bank, der Direktion der Disconto-Gesellschaft, Mendelssohn u. Co., S. Bleichröder, Delbrück, Leo u. Co., von der Heydt u. Co., Robert Warschauer u. Co., der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft, Arthur Koppel und Philipp Holzmann u. Cie., G. m. b. H., die Kolonial-Gesellschaft für den Bau und Betrieb der Eisenbahn von Daressalaam nach Mrogroro gegründet. Das Kapital beträgt 21 000 000 M. und zerfällt in Anteile von je 100 M. zu 3 Proz. verzinslich und rückzahlbar zu 120 Proz. Für die Verzinsung und Rückzahlung hat bekanntlich das Reich die Garantie übernommen.

In den Verwaltungsrat wurden gewählt die Herren Kommerzienrat Max Steinthal als Vorsitzender, Ministerialdirektor a. D. Josef Hoeter als stellvertretender Vorsitzender, Otto Braunfels, Ludwig Delbrück, Karl von der Heydt, Bankdirektor Arthur Gwinner, Geheimer Kommerzienrat Hugo Oppenheim, Regierungs- und Baurat Otto Riese, Eisenbahndirektor a. D. Karl Schrader, Dr. Ernst Springer, Justus Strandes, Johann Warnholz. Die Direktion bilden die Herren Geheimer Oberregierungsrat z. D. Friedrich Vormann und Gerichtsassessor a. D. Dr. Ernst Kliemke. Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Berlin.

Internationale Warenhäuser. Das Warenhaus Hermann Schmoller u. Co. in Frankfurt a. M. ist dieser Tage durch Kauf in den Besitz der Firma Société des Grand Bazars in Brüssel übergegangen, welche Gesellschaft zur Zeit in Frankfurt a. M. einen eignen Warenbazar größten Stils erbauen läßt. Der bisherige Besitzer des Frankfurter Warenhauses wird Direktor des neuen Unternehmens der Brüsseler Firma.

Deutscher Wettbewerb in England. Der Stahlwerksverband betreibt dem Auslande gegenüber natürlich genau dieselbe Politik, wie seine andern Kartellgeschwister, er verkauft zu so wesentlich billigeren Preisen dorthin, daß die Preise auf dem Auslandsmarkte förmlich stürzen. So macht sich auf dem englischen Stahlmarkte, wie aus Birmingham berichtet wird, der deutsche Wettbewerb, welcher drei Monate nicht zu spüren war, wieder derart bemerkbar, daß die Preise von Knüppeln von 92½ Sh. auf 87½ Sh. herabgedrückt worden sind; Stabeisen ist ebenfalls um 5 Sh. billiger geworden. Auch in Wales und Staffordshire sind ähnliche Preisermäßigungen zu verzeichnen.

Vom Petroleumkampf. In Oesterreich und Rumänien haben Rockefellers Gegner nicht unbedeutende Erfolge erzielt. So kauften die österreichischen Petroleumraffinerien für mehrere Jahre Rohöl von den Podocer Gruben, welche die be-

deutendsten Rohölgruben außerhalb des Rohölkartells sind. Hierdurch würde der Vacuum-Oil-Compagnie die Möglichkeit verschlossen, in Oesterreich Rohöl zu beziehen. — In Bukarest versagte sodann das Gericht der neuerrichteten rumänisch-amerikanischen Petroleumgesellschaft, der Gründung der Standard Oil-Compagnie, wegen eines Formfehlers die Bewilligung der Betriebsaufnahme.

Neue Bankfusion. Die außerordentliche Generalversammlung des A. Schaaffhausenschen Bankvereins am Dienstag in Köln genehmigte nach kurzer Diskussion mit allen Stimmen gegen einen Aktionär mit 1280 Stimmen die Fusionsverträge mit der Westdeutschen Bank vormals Jonas Cahn in Bonn und mit der Niederrheinischen Kreditanstalt Kommandit-Gesellschaft auf Aktien, Peters u. Co. in Krefeld. Ferner wurden die Erhöhung des Aktienkapitals um 25 Millionen Mark sowie verschiedene Abänderungen des Statuts einstimmig gutgeheißen.

Soziales.

Ein ärztlicher Scharfmacher.

Der Führer der Leipziger Verbandsärzte, Dr. Kormann, schreibt in den „Aerztlichen Mitteilungen“:

„Alles dieses, zusammen mit den von den Kassenorganen verbreiteten ärztlichen Boykottlisten, die der Verordnung der königlichen Kreishauptmannschaft hohnsprechen, und schließlich die Gründung des Sanitätsvereins, der die Streikbrecher wieder als Figuren in dem socialdemokratischen Schachspiel benutzen will, sollte die Regierung bestimmen, dem unwürdigen Spiel, das mit ihr getrieben wird, ein Ende zu machen. Man würde schließlich doch denen glauben, die da sagen, daß nur die Angst vor einigen derben Artikeln in der „Volkszeitung“ und vor den hochtönenden und doch so harmlosen Resolutionen einiger Volksversammlungen die Regierung abhielt, fest zuzupacken und die Folgerungen des einmal betretenen Weges zu ziehen; denn auf diesem halben Wege können die Dinge nicht stehen bleiben; lieber eine kurze, schmerzhafte Operation als ein langes Siechtum. Es kann doch der Regierung unmöglich angenehm sein, wenn öffentlich bekannt wird, wie die März-Erlasse zu stande gekommen sind.“

Vom Segen der freien Arztwahl.

Bei der „Kranken- und Begräbniskasse des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig“ besteht freie Arztwahl. Ueber deren Segnungen verbreitet sich der letzte Geschäftsbericht der Kasse wie folgt:

„Die Zulassung jedes approbierten Arztes zur Begründung von Kassenansprüchen bei Bezahlung der Einzelleistungen mit meistens 1 M. für die Beratungen und 1,50 M. für Besuche — bei Specialisten entsprechend höher —, sowie besondere Hilfeleistungen nach den Minimalsätzen der staatlichen Gebührenordnung und die peinliche Sorgfalt, mit der wir es immer zu vermeiden gesucht haben, der ärztlichen Empfindlichkeit zu nahe zu treten, alles das hat unsre Kasse nicht davor zu bewahren vermocht, daß der gegenwärtig herrschende Kampf auch gegen unsre Kasse gerichtet wird. . . .

Nehmen wir z. B. räumlich verbundene Gemeinwesen wie Elberfeld-Barmen und Rheydt-M.-Gladbach an: In einem Orte lehnt man es überhaupt ab, kaufmännischen Hilfskassen irgendwelche Vergünstigung einzuräumen, empfiehlt dagegen den Aerzten, die Kassenmitglieder nur als Privatpatienten zu behandeln, im andern ist man ebenso human wie in vielen tausend Städten Deutschlands. Während M.-Gladbach die Behandlung aller Kassenmitglieder zu Vertragssätzen ausgeschlossen haben will, deren Einkommen 2000 M. übersteigt, ungeachtet dessen, ob sie verheiratet sind und vielleicht für eine zahlreiche Familie zu sorgen haben, ist man in Rheydt nicht so engherzig. — Das Nonplusultra ärztlicher Machtvollkommenheit bietet Düsseldorf, wo man der Kassenleitung die Verpflichtung abverlangt hat, halbjährlich ein genaues Verzeichnis der versicherungspflichtigen Mitglieder zu liefern, und jedem Arzte vorbehält, sich den letzten Steuerzettel von seinen Patienten zeigen zu lassen, und in jedem Falle, wo ein Mitglied als nicht versicherungspflichtig festgestellt werden sollte, soll sich die Kasse zur Bezahlung von 30 M. Strafe verpflichten! Alle Vorstellungen gegen die Undurchführbarkeit solcher Bedingungen haben nichts genützt; die Vertragsabschließung ist ohne diese unverständige Forderung einfach verweigert worden. In einem kleinen Kreise Ostpreußens, wo lediglich versicherungspflichtige junge Leute mit recht bescheidenen Gehalten kürzlich erst aufgenommen worden sind, hat der Aerzteverein beschlossen, daß für jede Beratung 2 M. und für Unterschrift jedes vorgedruckten Krankenformulars außerdem 2 M. zu berechnen seien. Andernorts wird wieder verlangt, daß kein Mitglied sich von einem Arzte, der nicht dem Aerztevereine angehöre, behandeln lassen dürfe, und in einer Stadt der Provinz Brandenburg regte sich ein Arzt darüber auf, daß die Beitrittslustigen nicht gezwungen sein sollten, die Aufnahme-Untersuchung allein von ihm vornehmen zu lassen — die Folge davon war, daß der Verein das Untersuchungshonorar auf 5 M. festsetzte. Die Aerztevereine von Bonn, Köln usw. fordern 1,50 M. für Beratungen und 2 M. für Besuche, und wenn diese Honorarbemessung sich verallgemeinern sollte, würden wir mit jährlich vielleicht 100 000 M. Arzthonorar mehr zu rechnen haben. Ob unter solchen Umständen die seit Oktober erst erhöhten Beiträge auf die Dauer ausreichen werden, ist allerdings fraglich.“

Die freie Arztwahl spielt auch auf dem österreichischen Krankenkassentage eine Rolle. Der Referent dazu sagte:

„Diese Frage hat eine große Bedeutung, wie verschiedene Vorgänge in Deutschland beweisen. Die Schlachtrufe sind: „Freie Aerztewahl!“ und „Zwangsärzte!“ Wir würdigen die Leistungen der Aerzte und wissen, daß sie einen nahezu unbeschränkten Einfluß auf die Verwendung der Kassenmittel haben. Die Aerzte sind unzufrieden; wir geben zu, daß sie Ursache dazu haben. Entschieden müssen wir aber bestreiten, daß die Krankenkassen daran schuld sind. Die Krankenkassen sind die Krücken, auf denen eine große Zahl Aerzte erst Eingang in die Praxis und damit die Grundlagen der Existenz gefunden hat. Freie Aerztewahl würde die Lage der Aerzte nicht bessern, aber die Kassen und auch viele Aerzte schädigen.“

Zur Alters- und Invalidenversicherung nahm der österreichische Krankenkassentag folgende Resolution an:

„Die Delegierten sprechen auf Grund ihrer langjährigen Erfahrungen die Ueberzeugung aus, daß die Krankenkassen nur bei vorübergehender Erwerbsunfähigkeit die physische und wirtschaftliche Not der Arbeiterschaft zu lindern vermögen. Bricht das schwer erkrankte Mitglied nach Erschöpfung des Unterstützungsanspruches zusammen, ist heute sein und seiner Angehörigen Ruin besiegelt. Durch den Tod des Ernährers werden Witwe und Waisen dem physischen und moralischen Verderben preisgegeben.

Die Einführung der Invaliditäts- und Altersversicherung, der Witwen- und Waisenversorgung ist daher längst ein Gebot socialpolitischer Fürsorge.

Der Krankenkassentag protestiert auf das entschiedenste gegen die von der Regierung beliebte Ausnützung der Invalidenversicherung zu politischen Zwecken und gegen die systematische Verschleppung der längst in Aussicht genommenen Vorlage. Er fordert die ungesäumte Veröffentlichung des fertigen Entwurfes, zu der die gegenwärtige Regierung sich mehrmals feierlich verpflichtet hat.

Der Krankenkassentag muß die Verantwortung für alle ungestillte Not, alles Elend, das der Mangel einer Invalidenversicherung hervorruft, jenen zuschreiben, die im Widerspruch mit der gesamten öffentlichen Meinung die Einbringung einer Vorlage auch zu einer Zeit verweigert haben, wo ihr das Parlament keinen Widerstand hätte entgegensetzen können.

Der Krankenkassentag fordert, daß die Regierung endlich ihre so oft wiederholte Zusage einlöse und das Gesetz über die Alters- und Invaliditätsversicherung, Witwen- und Waisenversorgung den kompetenten Korporationen zur Begutachtung vorlege, damit es raschestens im Parlament zur Beschlußfassung gelangen könne.“

Aus der Frauenbewegung.

Einen glänzenden Sieg haben nach einem Streik von wenigen Tagen die Telephonistinnen eines Londoner Fernsprechamtes errungen. Die jungen Damen des Holborn-Amtes, die bisher eine Arbeitszeit von 8 beziehentlich 8½ Stunden und des Sonnabends eine solche von 7 Stunden zu leisten hatten, sollten nach einer neuen Dienstordnung 9, in einzelnen Fällen 10 Stunden täglich im Bureau sein, ohne eine höhere Bezahlung zu erhalten. Dieses Amt ist in der Regel das Versuchsfeld für neue Arbeitsmethoden, die dann bald auf die übrigen ausgedehnt werden. Die jungen Mädchen streikten, wählten eine Deputation, die erst mit dem Direktor, schließlich mit dem Generaldirektor unterhandelte und das Resultat war, daß die Arbeitszeit nunmehr auf 7½ (mit Ausschluß einer Stunde Frühstückspause) für 5 Tage in der Woche und auf 5, beziehentlich 6 Stunden des Sonnabends festgesetzt wurde. Die Telephonistinnen, deren Zahl in London gegen 5000 beträgt, beabsichtigen die Gründung einer Organisation.

Eingegangene Druckschriften.

Protokoll der Verhandlungen des ersten deutschen Transportarbeiter-Kongresses. 4.—6. April 1904 in Berlin. 78 Seiten. Berlin 1904. Verlag der Buchhandlung „Courier“, Engel-Ufer 21.

Dr. med. Georg Liebe. „Werde gesund!“ Zeitschrift für Volksgesundheitspflege und Krankheitsverhütung. Fünftes Heft. Preis: vierteljährlich 75 Pf. Monatlich erscheint ein Heft. Universitäts-Buchhandlung Theodor Krische. Erlangen.

Dr. Hermann Kornfeld. Verbrechen und Geistesstörung im Lichte der altbiblischen Tradition. 36 Seiten. Preis 80 Pf. Verlag Karl Marhold. Halle a./S.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 30. Juni.

Anfang 7½ Uhr:

Neues Opern-Theater. Der Rastelbinder.
Deutsches. Rose Bernd.
Lessing. Zapfenstreich.
Belle-Alliance. Die Goldhexe vom Königsee.

Anfang 8 Uhr.

Schiller O. (Wallner-Theater.) Oberon, König der Elfen.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.) Der Geizige. Der eingebildete Kranke.
Berliner. Mamzelle Nitouche.
Westen. Im bunten Rock.
Neues. Einen Jux will er sich machen.
Kleines. Fräulein Julie.
Residenz. Die 300 Tage.
Central. Madame Bonivard.
Carl Weiß. Der Weg zum Herzen.
Metropol. Ein tolles Jahr.
Winter-Garten. Specialitäten.
Apollo. Liebesgötter. Specialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Passage-Theater. Specialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49. Die Insel Rügen.
Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Morwitz-Oper. Donnerstagabend 8 Uhr: **Oberon, König der Elfen.** Freitagabend 8 Uhr: **Der Wildschütz.** Sonnabendabend 8 Uhr: Gastspiel Heinrich Bötel. **Martha, oder: Der Markt zu Richmond.** Der Sommergarten ist eröffnet.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater) Donnerstagabend 8 Uhr: Letzte Vorstellung vor den Ferien. **Der Geizige.** Lustspiel in 5 Akten von Moliere. Hierauf: **Der eingebildete Kranke.** Lustspiel in 3 Akten von Molière. Im Garten täglich gr. Militär-Konzert.

Max Kliem's Sommer-Theater
Hasenheide 13—15. — Artistische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: **Sommerfest.** — Jeden Mittwoch: **Die beliebten Kinderfeste.** — Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**
Die **Kaffeeküche** ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochelegante Kegelbahnen, Würfelbuden, Konditorei, Blumenstand zc.
In den Sälen:
Grosser Ball.

Urania.
Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Die Insel Rügen.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

Castan's Panopticum.
Friedrichstr. 165.
Die vielbewunderten zusammengewachsenen **Schwestern** Rosa und Josefa: !! einzig dastehend in der Welt!!

Passage-Panoptikum.
Der lange Josef
16 Jahre alt, 217 cm gross.
Der Leichenfund in Charlottenburg.
Originalgruppe nach Aufnahmen an Ort und Stelle naturgetreu dargestellt, ohne Extra-Entree.

Metropol-Theater
Der grösste Erfolg dieses Jahres:
Ein tolles Jahr.
Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Victor Hollaender. Anfang 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Apollo-Theater.
8—9½ Uhr: Die Juni-Specialitäten. Hierauf:
Liebesgötter.
Aktuell! Das große Sensationell!
Gordon Bennett-Automobil-Rennen.
Sonnabend, den 2. Juli cr.:
Venus auf Erden.
Unter persönlicher Leitung des Komponisten **Paul Lincke.**

Passage-Theater.
Anf. Sonntags 3, Wochentags 5 Uhr, Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.
Jim und Jam.
14 erstklassige Nummern.

Zoologischer Garten
Täglich nachmittags ab 5 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert
Eintritt 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

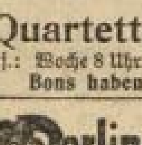
Belle-Alliance-Theater.
Im Theater abends 7½ Uhr:
Letztes Gastspiel d. Orig.-Tegernseer.
Die Goldhex' vom Königsee.
Im Sommergarten von 6 Uhr ab: Curt Goldmann-Konzert.
Von 8 Uhr ab: Große Specialitäten-Vorstellung. Allererste Attraktionen.

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurterstr. 132.
Abends 8 Uhr:
Der Weg zum Herzen.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntagnachm. 3 Uhr: Zwei Frauen.
Im Garten: Theater und Specialitäten-Vorstellung. Anfang 5 Uhr.

Fröbels Allerlei-Theater
fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Konzert, Theater, Specialitäten.
Zum letztenmal:
The Ouras, Nelsontruppe, Mr. James, Miss Orleans usw.
Großer Extra-Tanz. Tanzl. R. Hoppe.
Anfang 4½ Uhr. Eintritt 30 Pf.

Winter-Garten
Edith Helena, Bravour-Sängerin.
Mason u. Forbes, amerik. Excentrics
Clément Lion, Zauberkünstler.
Lydia Dobranow, Feuertänzerin.
Professor Maboul, kom. Jongleur.
Perzinas dressierte Affen.
Gebrüder Schwarz, Parodisten.
Will Mora, Rockkünstler.
Heloise Titcomb, Sängerin.
Die 4 Milans, Kraftnummer.
Neiss-Familie, akrobatischer Akt.
„Pas de deux“, Cavini und Härtel.
Lebende Photographien vom Kriegsschauplatz.

Victoria-Brauerei
Lützowstr. 111/112.
Täglich im Garten oder Saal:

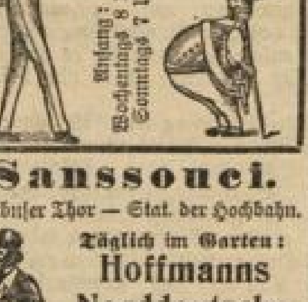


Horsts Norddeutsche Humoristen und **Quartett-Sänger.**
Anf.: Woche 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Bons haben Gültigkeit.

Berliner Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9

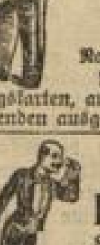
Täglich: Goldene Herzen.
Pantom.: Im Nachtasyl.
Harris, Kraftjongleur. The Jarrey. — Ulpts. — Langée.
Ball, Konzert, Specialität.
Anfang 4 Uhr.
Eintr. 30 Pf. Num. Pl. 50 Pf.

Reichshallen

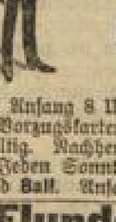


Stettiner Sänger.
Neu! Piefke bei Vater Philipp.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Sanssouci.
Kottbuser Thor — Stat. der Hochbahn.



Täglich im Garten:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Sonntag, Montag, Donnerstag:
Nach der Soiree: Tanz.
Wochentags haben Vorzugskarten, auch die zu den Theaterabenden ausgegebenen, Gültigkeit.



Gossmanns Konzert-Garten
SW., Kreuzbergstr. 48.
Jeden Freitag:
Harburger Sänger.
Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf.
Vorzugskarten und Passepartouts gültig. Nachher: Kränzchen.
Jeden Sonntag: Gr. Freikonzert und Ball. Anfang 4 Uhr.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich von 12—4 Uhr: Mittagstisch.
Im großen schattigen Naturgarten jeden Abend 8 Uhr:
Konzert.
Dienstags, Donnerstags, Sonntags: Führmann—Horst—Walde-Sänger.
Sonnabends im Kaisersaal:
Tanz.

Ostbahn-Park.
Am Küstrinerplatz. Rüdersdorferst. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung.

Wilhelm Trapp's Sommer-Theater.
Tegel, Bahnhofstraße 1.
Jeden Sonntag u. Donnerstag:
Großes Garten-Konzert u. Specialitäten-Vorstellung.
Entree 10 Pfennig. Sonntags reserviert 20 Pf. 5524L*

Neues Theater.
Schiffbauerdamm 4a—5.
Einen Jux will er sich machen.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Einen Jux will er sich machen.

Central-Theater.
8 Uhr: Gastspiel des königl. Schauspielers Emil Richard u. Josefine Dora.
Onkel Bräsig.
Lebensbild in 5 Akten von Fr. Reuter.
Freitag, Sonnabend: **Der Herr im Hause.**
Sonntag: **Onkel Bräsig.**

Residenz-Theater
Heute 8 Uhr:
Die 300 Tage.
Schwank in 3 Akten von Paul Gavault und Robert Charvey.
Deutsch von Alfred Halm.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen. Badstr. 58.
Heute: **Elite-Tag.**
Abschieds-Vorstellung des großartigen Juni-Programms.
Die Tochter des Heimgekehrten.
Paul Coradini.
Im Saale: **Elite-Ball** bei verstärktem Orchester. Anfang 4½ Uhr.
Entree 30 Pf., numerierter Platz 50 Pf.

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Fräulein Julie.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: **Nachtasyl.**

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Heute zum letztenmal:
Unser Lottchen
oder: **Berliner Klimbim.**
Paul Rochelli, der Urkomische.
Das vorzügl. Specialität.-Programm.
Anfang 6 Uhr. Kaffeeküche 3 Uhr. Ball.
Bei schlechtem Wetter: **Vorstellung im Saal.**

Diez' Specialitäten-Theater,
Landsberger Allee 76/79.
Direkt Ringbahnstation.
Ob schön! **Täglich** Ob Regen!
im herrlichen Garten od. gr. Saal:
Das neue konkurrenzlose Programm,
ca. 36 erstklassige Nummern
u. a. mit stürmischem Beifall:
Die 5 Wolsons die besten Akrobaten der Welt.
4 Vulkanos, bester Tischnic-Akt.
Die Berliner Lieblinge
Orig.: Mita Roselli, Tanz-Soubrette.
Orig.: Fritz Brand, Humorist.
Org.: Marco et Tatjana. Org.: The 3 Schönbrunns usw.
Kaffeeküche. Volksbelustigungen.
Sonntag, Montag und Sonnabend bis 2 Uhr: **Ball.** Entree 30 Pf.

Schweizer-Garten
Am Königsthor. Am Friedrichshain.
Täglich:
Theater-Vorstellung
mit wechselndem Programm.
Am 1. und 15. jeden Monats
Specialitäten-Wechsel.
Zum Schluß:
Die Reetzenburg.
Volksstück mit Gesang in zwei Akten.
Entree 30 Pf.
Täglich: **Ball.** | Jeden Mittwoch: **Kinderfest.**

Flundern, 50 Stück frisch aus dem Rauch nur 1,90 M. Postd. fetttriefende **Matjes,** H. 3½ M. Ernst Napp Nachf., Swinemünde Nr. 56.

Grosse Freiburger Dombau-Lotterie.
Ziehung 6.—9. Juli 1904.
Haupttr.: 100 000, 40 000, 20 000, 10 000 usw. 5344L*
Orig.-Lose 3.30 Porto u. Liste 30 Pf.
J. Rachor, Haupt-Kollekteur, Mainz.

Meine äußerst haltbaren
Rahmbierkäse
aus Vollm., mild pikant schmeckend, ein exquisit Feines, äußerst haltb., Steine v. 3 Pfd. Gew., offeriere in Staniolpackung, 4½ Kg. netto zu M. 6 fr. Nachn. G. Maisch Nachf., Memmingen (Bayer. Allgäu).

Steife Herren-Filzhüte
in grau und braun, 5310L*
feine Qualität m. Atlasfutter,
Stück 1,25 Mark,
im Hut-Engros-Lager
Neue Königstr. 48, eine Treppe.

Freie Volksbühne

General-Versammlung:

Donnerstag, den **30. Juni 1904, abends 8½ Uhr**, in den Industrie-Festsälen, Beuthstraße. Tagesordnung: 1. **Vortrag des Schriftstellers Herrn Julius Bab** über: **Soziale Dramen.** 2. **Geschäfts- und Kassenbericht** des **Vorstandes** für das verflossene Vereinsjahr. **Revisionsbericht. Diskussion. Neuwahl des Vorstandes, Ausschusses, der Revisoren und Obleute, der Ordner.** Anträge und Verschiedenes. Zutritt ist nur Mitgliedern gegen Vorzeigung ihrer **alten** Mitgliedskarte, die in der Zahlstelle abgeholt werden kann, gestattet.

Für die **Morwitz-Oper** (Schiller-Theater O.) liegen in unsern Zahlstellen **I. Parkett-Billets** aus (Kassenpreis 2,50), für die **Mitglieder der Freien Volksbühne ermässigt auf 1,60 M. inkl. Garderobe** zu allen **Abendvorstellungen.** Rechtzeitige Vorbestellung in den Zahlstellen ist zu empfehlen.

Secessions-Karten a 25 Pfennig sind zu haben in den Zahlstellen von G. Schulz, Admiralstrasse 40a (SO.); Beyer, Veteranenstr. 13 (N.); P. Horsch, Gewerkschaftshaus (SO.); Vogel, Koppenstr. 83 (O.) und Kumke, Bülowstr. 59 (W.).

Die **Mitglieds-Karten** müssen in den Zahlstellen abgegeben werden mit der Erklärung bezüglich der weiteren Mitgliedschaft. **Umschreibungen** aus der bisherigen Zahlstelle in eine andre können nur im **Juli** und **August** nach Begleichung von etwaigen Beitragsresten vorgenommen werden, jedoch muss die neue Karte für 1904/5 aus der alten Zahlstelle abgeholt werden.

229/6 **Der Vorstand.** I. A.: **G. Winkler.**

Neue Freie Volksbühne.

Morwitz-Oper (Schiller-Theater O.)

Sonntag, 3. Juli, nachm. 3 Uhr: **Der Wildschütz.** Komische Oper von Lortzing.

Sonnabend, 9 Juli, abends 8 Uhr: **Die Jüdin.** Grosse Oper von Halévy.

Karten für Mitglieder a 90 Pf., für Gäste a 1,10 M., sind in **allen Zahlstellen zu haben.** 150/9*

Sonnabend, den 16. Juli, in den Gesamträumen der „Brauerei Friedrichshain“ (am Königsthor):

Sommerfest.

Grosses Künstler-Konzert

ausgeführt von dem aussergewöhnlich verstärkten **Berliner Sinfonie-Orchester** (50 Musiker).

Bunte Bühne: Führmann, Horst, Walde-Sänger. Lebende Bilder ausgeführt von Mitgliedern des **Turnvereins „Fichte“. * Preiskegeln. * Bücherverlosung. Grosser Sommernachts-Ball.**

Eintrittskarten für Mitglieder und Gäste, a 30 Pf., sind in allen Zahlstellen zu haben.

Der Vorstand. I. A.: **Heinrich Neft**, Kassierer, Veteranenstr. 6.

Neue Welt.

Hasenheide 108/114. Arnold Scholz.

Elite-Tag!

Gala-Monstre-Feuerwerk

des Pyrotechnikers A. Bock.

Militär-Konzert. IV. Garde-Regiment zu Fuß. Direktor Bergter.

Specialitäten-Vorstellung. Letztes Auftreten der **Juni-Specialitäten.**

Grosser Ball.

Anfang 5 Uhr. Entree 50 Pf.

Billets im Vorverkauf 40 Pf. in den mit Plakaten belegt. Handlungen.

Sonnabend, 2. Juli: Konzert des Berl. Lehrer-Ges.-Vereins.

Dienstag, 5. Juli: Erstes Grosses Massen-Konzert.

Partei-Speditionen:

Berlin zweiter Wahlkreis: Hermann Werner, Mittenwalderstraße 30, v. part. — **Dritter Wahlkreis:** St. Fritz, Prinzenstr. 31, Hof rechts part. — **Vierter Wahlkreis O.:** Robert Wengels, Gr. Frankfurterstr. 133, Hof part. — **SO.:** Paul Böhm, Lausitzerplatz 14/15 (Laden). — **Sechster Wahlkreis (Moabit):** Karl Anders, Salzwedelerstr. 8, im Laden. — **Wedding** und **Oranienburger Vorstadt:** Emil Stoltzenburg, Wiesenstr. 41/42. — **Rosenthaler Vorstadt, Gesundbrunnen, Reinickendorf (Ost** und **West), Wilhelmsruh** und **Schönholz:** Hermann Naschke, Rügenerstr. 24, vorn part. links. — **Schönhauser Vorstadt:** Karl Marx, Kastanien-Allee 95/96. — **Alt-Glienicke:** W. Pries, Rudowerstr. 68. — **Charlottenburg:** Gustav Scharnberg, Sesenheimerstr. 1, Ecke Goethestraße, vorn I. — **Deutsch-Wilmersdorf:** W. Nickel, Berlinerstr. 130, III. — **Friedrichsberg-Friedrichsfelde-Wilhelmsberg-Hohenschönhausen:** Otto Seifel, O. 112, Kronprinzenstraße 50, I. — **Grünau:** E. Pfeil, Königstraße 1. — **Rixdorf:** M. Heinrich, Prinz Handjerystraße 7, im Laden. — **Schöneberg:** Wilhelm Bäumler, Martin Lutherstr. 51, im Laden. — **Ober-Schöneweide:** Otto Münzer, Ohmstraße 1a, 2 Treppen. — **Nieder-Schöneweide:** Bonakowsky, Berlinerstr. 8. — **Johannisthal:** Paul Mann, Bismarckstr. 7. — **Adlershof:** Paul Schmidt, Bismarckstraße 7 II. — **Königs-Wusterhausen:** H. Diehe, Schuhmacher. — **Köpenick:** Friedrich Woick, Grünstr. 29. — **Friedenau-Steglitz:** H. Bernsee, Schloßstr. 115, Gartenhaus I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in **Steglitz:** H. Mohr, Düppelstr. 8, und Fr. Schellhase, Ahornstr. 15a. — **Baumschulenweg:** Stock, Ernststr. 2, II. — **Treptow:** R. Voigt, Eisenstr. 37, vorn III l. — **Neu-Weissensee:** W. Reske, Gäblerstr. 46, part. — **Rummelsburg:** Forgbert, Prinz Albertstr. 5a. — **Tegel, Borsigwalde, Dalldorf** und **Waldmannslust:** Paul Kienast, Borsigwalde, Schubartstr. 43. — **Pankow:** R. Kummert, Florastr. 43.

Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. **Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen.**

Bitte ausschneiden.

Holzbildhauer

Donnerstag, den 30. Juni, abends 8½ Uhr, im **Gewerkschaftshause,** Engel-Ufer Nr. 15, Saal 1:

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Das Resultat unsrer Verhandlungen mit der Meistervereinigung und unsre Stellungnahme hierzu. 21/11

Kein Holzbildhauer sollte in dieser Versammlung fehlen. Die Lohnkommission.

Kummer's ::Kuchen:: schmecken

:: Hochfein. ::

Eine feine Mischung backfertiger Kuchenmasse!

Die besten **Napfkuchen, Sandkuchen, Vanillekuchen, Schmalzgebäck** etc. etc. **in 2 Min. fertig gerührt.**

Jede Hausfrau backe nur „Kummers Kuchen“.

Zu haben in allen **Kolonial-** u. **Delikatesswaren-, Mehl-** und **Vorkost-Geschäften.**

Paket für 6 Personen 45 Pfg., für 12 Personen 65 Pf.

Kummers-Kuchen-Fabrik
Prenzlauerstr. 46.

Steppdecken

Gelegenheitskauf.

Kattun, buntfarbig,	2,65
Wollatlas, alle Farben	4,85
Similiseide, alle Farben	6,00
Normal-Schlafdecken	2,00, 3,00

Special-Haus **Emil Lefèvre,** Berlin S., Oranienstrasse 158.

Alle Wanzen

werden nebst Brut durch mein Mittel vollständig vertilgt. — Fl. **50** Pf. u. **1,00.** — Ebenso Schwaben, Russen, Franzosen, Blattläuse 2c. Schtl. **30** Pf., **60** Pf. u. **1,00.** 54162*

Zahlreiche Anerkennungen.

1000 Mark Belohnung

zahle demjenigen, der mir einen Nichterfolg nachweist. Nur allein echt bei **Hugo Barth,** Drogerie, jetzt Brunnenstraße **14,** früher Nr. 18.

Oeffentliche Versammlung

sämtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäsche- und Krawattenbranche

am Donnerstag, den 30. Juni 1904, abends 8½ Uhr, im Schützenhause, Linienstr. 5.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Waldeck Manasse.** 2. Diskussion. 3. **Die Antwort auf die Ausführungen des Herrn Bry (Firma H. Sternberg jun.) in der Versammlung am 15. Juni cr.** 4. Verschiedenes. 251/4

Herr Bry ist brieflich eingeladen.

Die Kollegen und Kolleginnen der Firma Sternberg jun. verpflichten wir hiermit, in dieser Versammlung vollzählig zu erscheinen.

Um rege und pünktliche Beteiligung aller Kollegen und Kolleginnen ersucht **Der Einberufer: P. Keller,** Greifswalderstr. 218.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Arbeiter und Arbeiterinnen der mechanischen Schuhwarenfabriken.

Freitag, den 1. Juli 1904, abends 8½ Uhr, im großen Saale des „Grand Hotel Alexanderplatz“ (Eingang Alexanderplatz):

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

Berichterstattung über die Ursachen des Ausstandes bei der Firma **Rosenberg** und des verflossenen Streiks bei der Firma **Haase & Russ** in Nowawes. 170/8

Wir ersuchen die Kollegen und Kolleginnen, recht zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen.

Agitationskommission des Vereins deutscher Schuhmacher.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein

Mitgl. d. Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

Sonntag, den 3. Juli, vormittags 9 Uhr, **im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15** (großer Saal):

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Statutenberatungs-Kommission. 2. Wahl des Gesamtvorstandes und der Revisoren. 3. Verschiedenes.

Bundeskarte oder Abzeichen legitimiert. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. **Der Vorstand.**

Socialdemokratisch. Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.

Todes-Anzeige.

Am Dienstag, den 28. Juni, verstarb unser Mitglied, Zimmerer

Hermann Schulz

Dalldorferstraße 13.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitagnachmittag 4 Uhr von der Halle des Dankes-Friedhofes (Tegeler Chaussee, Blankestraße) aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

247/14 **Der Vorstand.**

Verband der Portefeuiller

In der Nacht vom 23. bis 24. Juni verstarb plötzlich unser Kollege

Wilhelm Höhmann

im Alter von 28 Jahren.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 30. Juni, vormittags 9 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Sulzer-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

100/13 **Die Ortsverwaltung.**

Invaliden-Unterstützungskasse d. Steindrucker u. Lithographen.

Die Beerdigung des verstorbenen Lithographen

Paul Gemsjäger

findet statt am Donnerstag, den 30. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde.

2387b **Das Komitee.**

Danksagung.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Hermann Sternberg** sagen wir allen Beteiligten unsern innigsten Dank. 2378b

Hohen-Schönhausen, 30. Juni 1904.

Witwe A. Sternberg nebst Söhne.

Der Kampf im Bäckergewerbe!

Folgende Bäckermeister haben den Tarif unterschrieben und sind deshalb in der Liste des letzten Sonntag nachzutragen:

Norden.

Triftstr. 43, Heinrich Starke.
Höchtestr. 11 } Carl Dzienian.
Barnimstr. 35 }
Kolonie str. 71, Carl Richert.
Rügenerstr. 3, Heublein.
Ackerstr. 5, Dahlke.
Wörtherstr. 44, Thiel.

Centrum.

Gipsstr. 7, L. Lisken.

Osten.

Memelerstr. 7, E. Knocke.
„ 20, L. Holbe.
Mühlenstr. 51, J. Schön.
Krautstr. 22, Arndt.

Nordwest.

Waldenserstr. 28, F. Treskow.

Südwest.

Bergmannstr. 10, Knosius.

Stegltz.

Schloßstr. 116, Eduard Kramer.

Weissensee.

Langhansstr. 122, Kron (dieser Herr hat irrtümlich schon 14 Tage unter: Ihren, Langhansstr. 133, gestanden und bitten wir das geehrte Publikum, Herrn Kron wieder zu berücksichtigen, da selbiger noch nie zurückgezogen hat).

Rixdorf.

Hobrechtstr. 71, Grünhagen.
Kaiser Friedrichstr. 7, Herrmann.
Bergstr. 32, Rob. Kießling.
Bergstr. 134, Richardplatz 7, Steinmetzstr. 29, } Rich. Liebenow.
Mainzerstr. 56, Joh. Brehmer.
Knesebeckstr. 146, A. Hentschel.
Herzbergstr. 28, W. Stange.
Pannierstr. 13, Karl Junker.
Elsenstr. 82, Franz Pietsch.
Fuldastr. 10, Edmund Krocker.
Friedelstr. 3, L. Marmul.
Boddinstr. 64, Godawa.
Lessingstr. 22, Aug. Jahnke.
Bergstr. 77, Otto Gabbert.

Adlershof.

A. Wartenberg.
E. Schulz.
E. Lesleik.
Joh. Laserich.
Wohlgemuth.
Frau Römisch,
Fr. Zabke.

In Adlershof ist zwischen nebenstehenden Meistern und unsrer Organisation durch Vermittelung des dortigen Gewerkschaftskartells ein besonderer Tarif zustande gekommen.

Niederschönhausen.

Kaiser Wilhelmstr. 37, Achterhagen.
„ 27, Höhm.
Uhlandstr. 3, Lübach.
Beuthstr. 11, Manke.
Blankenburgerstr. 11, M. Zugwurst.
Buchholzerstr., G. Remter.
„ 86, M. Geißler.

Die Bewilligung zurückgezogen resp. durchbrochen haben folgende Bäckermeister:

Norden.

Liebenwalderstr. 31, Jäckel.
Usedomstr. 20, Sommerfeld.
Hussitenstr. 15, Müller.
Kolonie str. 23, Osburg.
Hagenauerstr. 13, F. Wemmer.
Ackerstr. 47, Barz.
„ 111, Dolle.
„ 128, Hoffmeister.

Nordwesten.

Berlichingenstr. 1, Sander (Inhaber Freyer).

Osten.

Küstrinerplatz 2, Börner.
Stralauer Allee 17, Lipski.
Pallisadenstr. 58, H. Hecht.

Die Streikleitung.

Ungewitters Kautabak

ist als **bester** seit 40 Jahren in Berlin bekannt und gern gekauft.

Verlangt **Ungewitters Kautabak.**

Zu haben in Cigarren-Specialgeschäften. 55092*

Für Wiederverkäufer zu haben bei: **Fritz Hämmerer,** Berlin, Frankfurter Allee **33.**

Hausfrauen gebrauchet
Kondensierte Alpenmilch Nestle
Voller Rahmgehalt. überall käuflich.

Scheruchs Festsäle

Rüdersdorferstr. 45.

Säle und Vereinszimmer von 50—2000 Personen fassend für Versammlungen und Festlichkeiten noch einige Sonnabende und Sonntage frei. — Coulanteste Bedingungen. 56322*

Dr. Schünemann
Specialarzt für **Haut-, Harn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9.**
Wochentags ½12—½3, ½6—½8.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41,
Specialarzt für **Haut- und Harnleiden.** [8/3*
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Eugen,

Brief lagert für Dich in der Expedition dieses Blattes.

Richard Schreiber & Son,
Builder, Mason and Plasterer, Town of Union N. Y. 23686

Wir haben doch die Schönsten!

Herren-Anzüge, Sommerpaletots, Hosen in neu, sowie spec. **getragene Garderobe,** von feinsten Herrschaften zurückgelegt, zu staunend billigen Preisen, am Lager, auch für korpulente Herren.

J. Wand's Monatsgarderobengeschäft,
Prinzenstr. 17. Gr. Frankfurterstr. 116.

Fortuna lächelt noch!!!

Mariendorfer Hochbauterrain!

200 Baustellen von **M. 3000.—** an, prachtvoll geschnitten **M. 3.— u. 4.— pro Quadratmeter netto** Bauland, zur Straße nichts mehr abzutreten.

Kanalisation, Gas, Wasserleitung, elektrisches Licht, 3 Minuten vom Endpunkt der elektrischen Bahn Behrenstraße—Mariendorf.

Verkäufer, auch Sonntags, von 3—8 Uhr auf dem Terrain.

Eigentümer A. Lowrek, Berlin, Gneisenaustr. 52.

3475

Extra-Preise Warenhaus A. Wertheim Donnerstag Freitag Sonnabend

soweit der Vorrat reicht:

Bade- u. Reise-Artikel

Damen-Bade-Anzüge bunt gemustert — Lge. ca. 100: 1.50; 110: 1.60; 120 cm: 1.70
rot Ia Kattun, mit Plissé-Volant: 2.40, 2.60, 2.80
Kinder-Bade-Anzüge bunt gemustert — Länge ca. 60: 1.10; 70: 1.20; 80: 1.30; 90 cm: 1.40
Bademäntel weiss Frottierstoff Gr. ca. 150/165 cm 3.60; mit Kappe und Aermel, 150/200 7.50

Bunte Frottier-Handtücher 55 u. 80 Pf., farbig Jacquard 1.15 Mk.

Bunte Frottier-Badelaken
ca. 100/100: 1.25; 100/120: 1.55; 100/150: 2 Mk.; 130/130: 2.15; 130/160: 2.75; 130/200: 3.40; 160/200: 4.50

Herren-Schwimmtrikots 1.40, 1.70 Mk.
Knaben-Schwimmtrikots 90 Pf., 1.05, 1.20
Badekappen 30 u. 50 Pf. Badehüte 55 u. 85 Pf.
Schilfpantoffel 22 Pf. Schilfschuhe 60 Pf.

Ein Posten
Knaben-Waschanzüge für ca. 2—4: 2.50; 5—6: 3 Mk.; 7—8: 3.50; 9—10 Jahre: 4.25
blau/weiss gestreift

Waschbeinkleider für Knaben, dunkelblau für ca. 3—9 Jahre 1.20 Mk.

Plaid- u. Garderobenhüllen Segeltuch m. Ledereinfass. u. Riemen — Grösse ca. 60/90 cm: 3.50
mit Innen- u. Aussentaschen Rindledergriffe u. Riemen — Grösse ca. 60/100: 6.25; 65/108: 6.50; 70/118 cm: 7 Mk.

Rindl. Handtaschen lange, engl. Form — Länge 36: 6 Mk.; 39: 6.75; 42: 7.50

Rucksäcke aus Imprägniert. Schilfleinen mit Innentasche, Klappe, Ledereinfasse — Grösse ca. 47/48: 1.60; 52/54 cm: 1.80
Rucksäcke aus imprägniertem Schilfleinen mit Innen- u. Aussentasche, Klappe u. Ledereinfass. 2.60

Hutschachteln Pluviusinstoff gefütt. m. Riemen u. Schloss — Grösse ca. 23/36: 5.50; 27/41: 6.25; 29/46 cm: 7 Mk.
Reiserollen aus Ledertuch mit Taschen für Toilette-Artikel 45 u. 85 Pf.
Plaidriemen Rindleder mit Griff, ca 1 Mtr. lang 38 Pf.
Picknickkasten Cameraform, Metall mit Ledertuch bezogen u. Riemen 40 Pf.
Handtäschchen Leder, mit vernickelt. Bügel u. Steinen besetzt 42 Pf.
Japan. Luftkissen 75 Pf., mit Satinbezug 1.10 Mk.

Garderoben-Coupé-Koffer wasserdicht gefirniesst
Länge ca. 55: 2.60; 60: 2.90; 65 cm: 3.25 Mk.

Handkoffer braun, m. Ledereinfass. und Schloss — Länge ca. 50: 2.50; 55: 2.65; 60 cm: 3.25

Faltenkoffer braun, Panamastoff m. Stofffutt. u. Aussenriem. — Länge ca. 55: 5.90; 60: 6.75; 65 cm: 7.25

Bügelkoffer aus Fichtenholz mit gefirnisstem Segeltuch bezogen, Stofffutter und Messingschlösser — Länge ca. 80: 19 Mk.; 90: 23.50; 100 cm: 28 Mk.

Lawn tennis Racketts 5, 6, 7, 8.25
Tennisbälle emailliert 40 Pf., mit Filz 70 Pf.
Tennisnetze 6, 10.50, 15 Mk.
Racketttaschen 90 Pf., 1.60, 2.40
Rackettpressen 1.10, 1.35 Mk.
Ballnetze 18, 37, 45 Pf.
Ballaufheber 50 Pf.
Fussbälle 1.90, 2.50, 4, 5, 6 Mk.

Fahrräder Marke Premier
Herrenräder 117, 126, 140 Mk.
Damenräder 130 Mk.

Öllaternen 90 Pf., 1.60, 2 Mk.
Acetylenlaternen 2.75, 3.15, 4, 6 Mk.

Croquetspiele für Kinder 1.80 Mk.
Bocciaspiele 2.75 Mk.
Salonbälle mit Netz 50 Pf.
Sportwagen 5.25, 9, 10.50 Mk.
Wanne mit Holzständer 50 Pf.
Eimer, Giesskanne, Spaten 42, 80
Hängematten 1.50, 2.60, 3.25 Mk.
Neuheit! Klettermann mit Leiter durch Uhrwerk beweglich 85 Pf.
Triumpfstühle mit Armlehne und Polsterlage 2.85 Mk.
Weidensessel gepolstert 5.80 Mk.

Inserate für die **nächste Nummer** müssen **bis 5 Uhr nachmittags** in der Expedition abgegeben werden. **Größere Inserate** bitten wir vorher anzumelden und **bis 4 Uhr** nachmittags einzusenden.

Die Expedition.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Das erste fettgedruckte Wort 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstrasse 69 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Sommerpaletots, Herrenhosen, Riesenauswahl, spottbilligste Preisnotierung. Pfandleihhaus Weidenweg 19. †37*

Vorteilhafteste Einkaufsquelle, Aussteuerwäsche, Betten, Gardinen, Steppdecken, Regulateure, Freischwinger, Herrenuhren, Damenuhren, Herrenketten, Damenketten, Trauringe, Spiegel, Nachlaßbetten. Pfandleihhaus Weidenweg 19. †37*

Bettwäsche, Betten, Inlets, Hemden, Gardinen, Teppiche, Tischdecken, Herrenuhren, Damenuhren, Ketten und sonstige verfallene Gegenstände fabelhaft billig. Pfandleihe Küstrinerplatz 7. 2343K*

Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Steppdecken, Regulatoren, Remontoiruhren, Uhrketten, Spiegel, Bilder, Möbel spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet. 11/13*

Pfandleihe Markusstraße 27. Billige Knabenanzüge. 22645*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 93/22*

Hochvornehme Herren-Anzüge, Paletots, Beinkleider, vorjährig, aus feinsten Maßstoffen, spottbillig. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, eine Treppe. 23555*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Möbelsuchende empfehle meine Möbeltischlerei für Wohnungs-Einrichtungen. Moderne Küchen. Wunderbare Farben. Reell, billig. Teilzahlung. Garantie. Harnack, Dresdenerstraße 124. 2228K*

Mahagoni-Vertiko, gebraucht. Nawrath, Memelerstraße 62. †30*

Sofas, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Blumenstraße 35b. 21748K*

Sportwagen, Kinderwagen, Kinderbettstellen, gebrauchte, zurückgesetzte, spottbillig. Schneider, Kurfürstenstraße 172. 16995*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Fahrräder, Teilzahlungen, hundertfünfzehn Mark, Invalidenstraße 148 (Eingang Bergstraße), Skalitzerstraße 40, Große Frankfurterstraße 56.

Vorjährige hochelegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen, 25 bis 40 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21.

Uhren, Teilzahlung, Ladenpreise, von Fachleuten. Offerten schriftlich. Stock u. Co., Elsasserstraße 58. †38*

1000 neue Nähmaschinen gebe auf Abzahlung, ohne Anzahlung. Langschiff, hocharmig, komplett, mit allen Apparaten. Elegante Ausstattung, drei Jahre reelle Garantie. Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. Alte Maschinen nehme in Zahlung. 2216K*

Nähmaschinen. Zahle bis 10 Mark für jeden Kauf oder Nachweis einer Nähmaschine. Alle Systeme. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Woche 1,00. Borchart, Zorndorferstraße 50. 114/8*

Gaskocherhaus! Einloch-Gaskocher 1 0,80. Zweilochgaskocher 1 2½, Drellochgaskocher 1 6,00. Gasbügelapparat 1 Gasplätteisen spottbillig! Wohlauer, Wallner-Theaterstraße 32. *

Petroleumkocher! Einflammig 1,00, zweiflammig 2,00. Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32. 2041b*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Altes Parteilokal, 12 Jahre bestehend, billige Miete, anschließende Wohnung, Fahlstellen vom Wahlverein, Lotterie- und Vergnügungsverein, ist zu verkaufen. Zu erfragen bei B. Bäumler, Martin Lutherstraße 51 (Parteispedition). †115*

Erkner, baureif, dicht Schule, Wald, Seen, Quadratrute 12 M. Geringe Anzahl. Gasanschluß, Stadtverkehr. Weidemann, Linienstr. 6a. Sonntags auf Terrain b. W. Catholy, Erkner, Buchhorsterstraße. 23795

Bett, prachtvolles, 18,00. Dresdenerstraße 38, Michel. 23705

Obstgeschäft für 350 wegen zwei Geschäfte Grünerweg 120. 2367b

Kolonialwaren-Geschäft, gutgehend, Obst, Gemüse, Rolle ist wegen Grundstücksübernahme preiswert zu verkaufen Große Frankfurterstraße 10.

Kolonialwaren-, Obst-, Gemüsegeschäft, Rolle, wegen Uebernahme eines Grundstückes billig verkäuflich Rigdorf, Mainzerstraße 3. 2381b

Ringschiffchen, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpnickerstraße 60/61, Prenzlauerstraße 59/60 und Große Frankfurterstraße 43. †98*

4/12-Ausschank verkaufe sofort billig, Miete 1200, Köpnickerstraße 126.

Schlafsofa, wie neu, 18, Schmitt, Annenstraße 50, Keller. 2373b

Brockhaus-, Meyer-Lexika, illustrierte Klassiker, sofort komplett gegen monatliche Teilzahlungen. Lessen, Berlin, Stallschreiberstraße 38/39. 2363b

Nähmaschinen aller Systeme ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Fünf Jahre Garantie. Unterricht im Sticken, Stopfen gratis. Postkarte genügt. Wienerstraße 6, Ackerstraße 113, Belleallianceстraße 78.

Schlafsofa 20,00, Bettstelle, Matratze 15,00. Pallisadenstraße 23, Tapezierer. 13/6

Nußbaum-Muschel-Bettstellen, Wäschespind, großer Spiegel billig. Weidenweg 4, vorn II. 13/5

Gemüsegeschäft wegen Aufgabe verkauft Winsstraße 57. †60

Restauration mit Verein und Fabrik, Miete 1000 Mark, Gothenstraße 4 (Bahnhof Schöneberg).

Fahrräder, größte billigste Bezugsquelle für jedermann, Leihhaus, Neue Schönhauserstraße 11. Unsre Riesenlager enthalten nur Fahrräder bester Qualität zu kleinsten Preislagen, unbekannte Marken ausgeschlossen: Brennaborräder, Wanderer-räder, Borussiaräder, Opelfahrräder, Dürkoppräder, Germaniaräder, Badeniaräder, Prestofahrräder in allen Ausführungen, staunenswert billig. Lagerbesichtigung, Umtauschrecht eingeräumt, coulanteste Bedienung. Jedermann unterrichte sich eingehend im Leihhaus, Neue Schönhauserstraße 11. (Achtung! kein Echaus.)

Glockenmusik-Automaten, fast neu, Einwurf 5 Pfennig, verkäuflich. Rupp, Rostockerstraße 33. †89

Verschiedenes.

Patentanwalt Dammann, Oranienstraße 57, Moritzplatz. Rat in Patentsachen. 2343b*

Rechtsbureau, Elsasserstraße 96 (Rosenthalerthor). Zuverlässig! Reell! Grundgebühr 0,75. 2156b*

Rechtsbureau (Alexander-Platz), Kurzestraße achtzehn! Gerichtssachen, Interventionen, Strafsachen, Eingabengesuche. Raterteilung. 114/9*

Rechtsbureau! (Andreasplatz), Grünerweg vierundneunzig. Langjähriger Prozeßvertreter, Strafsachen, Raterteilung, Eingabengesuche. 2322b*

Rechtsbureau Brunnenstraße vierzig. Langjähriger Prozeßbeistand, Eheklagesachen, Strafsachen, Alimentensachen, Eingabengesuche, Raterteilung (allerbilligst). 2310b*

Rechtsbureau. Raterteilungen, Unfallsachen, Schankerlaubnis, Pfändungssachen. Petsch, Brunnenstr. 97.

Aufpolsterung! Sofa 5,00, Matratze 4,00, auch außerm Hause. Bachmann, Blumenstraße 35b. 2173K*

Pfandleihe, Prinzenstraße 63, Ecke Annenstraße, täglich 8—8, Sonntags bis 2 Uhr geöffnet. 2381K*

Fahrräderankauf, Pianinos, Möbel, Beleihung. Ratzlaff, Schönhauser Allee 163a. 141/4*

Bandwürmer mit Kopf, frisch in Spiritus eventuell Wasser, kaufen a 2 Mark, Linnaea, Invalidenstraße 105.

Platina, alte Goldsachen, Bruchgold, Silber, Gebisse, alte Uhren, Pfandscheine, Blattgold, Kehrgold kauft Goldschmelze Broh, Wrangelstraße 4. *

Bilz, Platen, Brockhaus-, Meyer-Lexikon und andre Bücher kauft Beyer, Buchhandlung, Oranienstraße 138. 2324b*

Rechtsbureau. 0,50 Raterteilungen, Ehescheidungs-, Unfallsachen, Strafsachen Julius, Elsasserstraße 51.

Stralau-Rummelsburg. Bei der Verlosung des Volksfestes am 26. sind folgende Gewinnnummern noch nicht abgeholt. Los Nr. 69, 275, 521, 602 und 613. Abzuholen bei Gustav Hänisch, Stralau 46, III. 2368K

Wäsche wird sauber gewaschen, im Freien getrocknet. Großer Bezug 0,15, Laken, Leibwäsche 0,10. Abholung Sonnabends. Emil Pankrath, Köpenick, Müggelheimerstraße 40. 23655

Vermietungen.

Wohnungen.

Stube und Küche, eigner Klosett und Korridor Umstände halber sofort oder später, 18 Mark, Kolonieстr. 43.

Tempelhof. Berlinerstraße 47a, Laden jeder Branche, Handwerker, Schlächter, Oktober, schöne Wohnräume, billig. Mannheimer, Kaiser-Allee 207. 2380b

Mühlenstraße 8, nahe Station Warschauerstraße und Stralauer Thor, sind vom 1. Oktober billige Wohnungen von 2 und 1 Stube mit Zubehör zu vermieten. Näheres daselbst beim Verwalter, 8—10, 4—6. *

Zimmer.

Gesundbrunnen. Badstraße 38, I links, schön möbliertes Zimmer sofort zu vermieten. 2248b

Teilhaber, möbliertes Zimmer. Brandenburgstraße 82, vorn IV links.

Möbliertes Zimmer, 10 Mark. Schulze, Dresdenerstr. 96, vorn IV.

Möbliertes Herrenzimmer, Bredowstraße 28, vorn 2 Treppen, Schwärz. †83

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle für Herrn. Fr. Hinz, Camphausenstraße 8. *

Möblierte Schlafstelle an zwei Herren oder anständige Mädchen zu vermieten Reichenbergerstraße 47, Quergebäude, linker Aufgang III.

Möblierte Schlafstelle. Roese, Oranienstraße 65. †73

Möblierte Schlafstelle, Herrn, Bolz, Admiralstraße 26, vorn II. †73

Schlafstelle, freundliche, Oelschläger, Boltastraße 6. †102

Freundliche Schlafstelle Bierente, Buckowerstraße 7. 13/7

Schlafstelle, Herrn. Witt, Brandenburgstraße 28, Hof III. 2371b

Schlafstelle, separat, Herrn. Lieske, Schmidstraße 10. 2361b

Saubere Schlafstelle, zwei Herren. Käthner, Freiligrathstraße 5, an Camphausenstraße. 2364b

Mietsgesuche.

Junger Mann sucht möbliertes Zimmer. Gegend Ringbahn, Schönhauser Allee. Offerten mit Preisangabe unter S, Postamt 58. †60

Mann mit schulpflichtigem Knaben sucht leere Stube mit Kost bei einfachen anständigen Leuten in Südwest. Angebote unter E. W. N. 1313, Postamt 29. 2366b

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Humorist Max Schmelher, Rügenerstraße 10. †102*

Volkssänger-Gesellschaft Lewandowsky, Beusselstraße 28. †81*

Junger Mann, 27 Jahre, sucht Beschäftigung. Packheiser, Ritterstraße 97. †73

Stellenangebote.

Aufschläger verlangt Lindauerstraße 2, Schöneberg. †111

Schriftmaler verlangt Wilmersdorferstraße 130, Charlottenburg.

Barock-Vergolder sofort Berg, Chausseestraße 82. 2382I

Lehrstelle frei, Glasermeister Deutschland, Brunnenstraße 7. 2379b

Tüchtige Bautischler für Thüren, gesucht. Tischlerei Teltowerstraße 53.

Kunstschmiede, tüchtige, sucht Krause, Kunstschmiede, Jagowstraße 11. †89*

Frauen finden durch Zeitungsaustragen dauernde und lohnende Beschäftigung. Meldungen vormittags 9—12 Uhr Schützenstraße 24/25, parterre rechts. 18/3

Binderin für Damenwäsche, tüchtige, geübte, bei hohem Gehalt sucht Salinger, Neue Friedrichstraße 38/40.

Maschinenstrickerin zum Anfutzen verlangt Ihn, Prinzenstraße 104. *

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Fliesenleger verlangen Gebr. Vogel & Co., Kurfürstendamm 224.

Tüchtige Tischler auf Tische und Buffets erhalten dauernd lohnende Stellung bei Rich. Saalfeld, Möbelfabrik, Helmstedt. +

Verantw. Redakteur: Paul Büttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Lokales.

Successive — und wenig merklich.

In den letzten Tagen soll in Berlin zwischen den Herren Hauswirten und ihren Mietern wieder eine niedliche Zahl von Briefen gewechselt worden sein. Spätestens drei Monate und drei Tage vor Ablauf des Mietsvertrages — so bestimmen es die meisten der Verträge — muß eine etwaige Wohnungskündigung erfolgen. Gewöhnlich wird aber der Kündigungsbrief bezw. die Mietssteigerungsnachricht lieber noch ein paar Tage früher abgeschickt, damit der Termin ja nicht verpaßt wird.

Ob die Briefträger diesmal mehr Kündigungen den Wirten oder mehr Steigerungen den Mietern überbracht haben, das entzieht sich der Feststellung. Wir vermuten aber, daß wieder die Mehrzahl dieser angenehmen Schreibebriefe an Mieter gerichtet gewesen ist. Die verehrlichen Hausbesitzer können es sich ja in den meisten Stadtteilen leider immer noch leisten, die Mieten weiter in die Höhe zu schrauben. Ein Portier erzählte uns, er habe diesmal 26 Briefe zur Post tragen müssen; da sei auch nicht ein einziger Mieter im Hause, dem nicht der Wirt eine Mietssteigerung beschert habe. Er übte in grimmigen Worten eine so drastische Kritik an diesem Steigerungseifer, daß sein Herr Wirt sie nicht hätte hören dürfen.

Die Hausbesitzer fühlen sich recht wohl und behaglich bei dem ebenso einträglichen, wie mühelosen Geschäft des Mietesteigerns, den Mietern aber wird anders dabei. Wenn man freilich in die Preßorgane der Hausbesitzervereine hineinblickt, dann könnte man glauben, daß die Herren Wirte mit schwerem Herzen daran gehen, die Wohnungsmieten wieder noch ein bißchen höher zu schrauben und ihre Mieter noch mehr auszuwuchern. Sie thun es nur ungern, aber sie können leider nicht anders, die Bedauernswerten; denn die Hypothekenzinsen sind in den letzten Jahren gestiegen, die Bau- und Reparaturkosten sind größer geworden, die Materialien sind heute teurer, die Arbeiter — diese Begehrlichen — kriegen mehr Lohn und so weiter. Da ist noch gar nicht daran zu denken, daß die Wohnungsmieten wieder mal heruntergehen — wenn es überhaupt noch einmal dazu kommt.

Auch um Beschönigungen andrer Art ist man im Lager der Hausagrarier nicht verlegen. Eine spaßige Probe davon finden wir im „Grundeigentum“, dem Blatt der Berliner Grundbesitzervereine. Darin wird auseinandergesetzt, daß selbst unter dem englischen Erbbaurecht, das den Bodenreformern immer als Ideal vorschwebe, Mietssteigerungen und hohe Mieten möglich seien. Als Beispiel wird angeführt, daß in London einem Modewarenhaus, das seinen demnächst ablaufenden Pachtvertrag auf 65 Jahre erneuern will, jetzt von dem Besitzer des Grundstücks, dem Herzog von Westminster, die maßlosesten Bedingungen auferlegt werden. Das seien, sagt das Hausagrarier-Organ, die ganz natürlichen Konsequenzen einer künstlich zurückgehaltenen Wertsteigerung des Bodens; dabei sei es gleichgültig, ob das Land dem Herzog von Westminster oder einer Gemeinde bezw. dem Staat gehöre. „Die Wertsteigerung muß einmal zum Ausdruck gebracht werden, und den Nachteil haben eben immer die Mieter, die die Wertsteigerung beim Erbbaurecht plötzlich und auf einmal realisieren müssen, während sie bei privatem Grundbesitz successive und wenig merklich in die Erscheinung tritt.“

Die Berliner Hausbesitzer zeigen, daß sie es in der That verstehen, die Mieten ihrer Wohnungen und den Wert ihrer Grundstücke „successive“ zu steigern. Die Mieter, die das in den letzten Jahren mit durchgemacht haben, werden ihnen das ohne weiteres bestätigen. Dagegen wird dem Hausbesitzerblatt schwerlich ein Mieter darin recht geben, daß diese Steigerungen „wenig merklich“ gewesen seien. Auch „successives“ Steigern wird schließlich selbst dem gefülltesten Portemonnaie nur zu merklich. Der Hund, dem man den Schwanz stückweise abhackt, pflegt dieses successive Verfahren sogar noch schmerzlicher zu empfinden als den Gewaltstreich des Unmenschen, der ihm gleich den ganzen Schwanz nimmt.

Das Vorkaufsrecht, das für die Stadtgemeinde Berlin auf einer großen Zahl von Grundstücken grundbuchlich eingetragen steht, hat nach dem neuesten Verwaltungsbericht der städtischen Grundeigentums-Deputation dem Grundstücks-Erwerbungsfonds infolge von Ablösungen im letzten Etatsjahre eine bare Einnahme von 4000 M. gebracht. Die Gesamteinnahmen dieses Fonds aus der Ablösung von Vorkaufsrechten betragen nunmehr seit dem Jahre 1882 die Summe von 116 063 M., d. i. durchschnittlich pro Jahr 5275 M. Mit diesem Vorkaufsrecht hat es folgende Bewandtnis: Der Stadtgemeinde Berlin gehörte in früheren Jahren ein größerer Grundbesitz in Reinickendorf, Borhagen, Rummelsburg, Treptow, Rixdorf, auf dem Wedding und dem Gesundbrunnen. Bei der Erbverpachtung des Vorwerkes Borhagen im Jahre 1783 hatte sich die Stadtgemeinde in den meisten Fällen verschiedene Rechte, unter anderm auch das Vorkaufsrecht, vorbehalten. Im Laufe der Jahre sind diese verschiedenen Erbpachtgrundstücke in eine große Zahl von Parzellen geteilt worden, so daß zur Zeit noch gegen 300 dieser Grundstücke in den genannten Ortschaften, auf dem Gesundbrunnen und dem Wedding mit dem städtischen Vorkaufsrecht belastet sind. Dieses beschränkt den Eigentümer des betreffenden Grundstückes bei jeder Verfügung über dieses derart, daß das Grundstück in den meisten Fällen nur schwer beliehen oder veräußert werden kann. Im Laufe der Zeit ist das Vorkaufsrecht durch die erschwerenden Bestimmungen des Gesetzes ein Hindernis für den Privateigentümer und für den Immobilienverkehr geworden. Die städtischen Behörden haben deshalb der Grundeigentums-Deputation des Magistrats die Befugnis erteilt, im Falle der Nichtausübung des Vorkaufsrechtes unter bestimmten Voraussetzungen in dessen Löschung zu willigen. Wegen der Höhe der für die Aufgabe des Vorkaufsrechtes zu verlangenden Entschädigung bestehen keine festen Bestimmungen. Sie soll von Fall zu Fall festgestellt werden, und hat in der letzten Zeit 3 Proz. und mehr des Kaufpreises betragen.

Die Erzeugung guter Kindermilch, welche allen hygienischen Anforderungen entspricht und dabei erheblich billiger ist wie sie bisher von einzelnen Molkereien als Specialität geliefert wurde, hat sich der „Verband der Milchhändler-Genossenschaften für Molkereibetrieb E. G. m. b. H. Berlin“ zur Aufgabe gemacht. Nach längeren Versuchen ist aus kleinen Anfängen ein genossenschaftlicher Molkereibetrieb hervorgegangen, der unter der Firma „Hygienische Stadtmolkerei“ in der Großen Frankfurterstr. 120 etabliert ist und ausschließlich Kindermilch erzeugt, die mit 30 Pf. pro Liter an das Publikum verkauft wird. Eine Besichtigung des Molkereibetriebes, zu der die Presse am Mittwoch eingeladen war, überzeugte uns, daß wir es in der „Hygienischen Stadtmolkerei“ in der That mit einem Musterbetriebe zu thun haben, der so eingerichtet ist, daß er seiner Aufgabe: eine den gesundheitlichen Anforderungen entsprechende Milch zur Ernährung der Säuglinge zu liefern, durchaus gerecht werden kann. Das Institut steht unter ständiger Aufsicht eines Tierarztes, es hat ein eignes, mit den neuesten und zweckmäßigsten Apparaten ausgestattetes bakteriologisches und chemisches Laboratorium, wo Proben der gewonnenen Milch jeder Zeit nach wissenschaftlicher Methode geprüft werden können.

Die notwendige Voraussetzung einwandfreier Milch ist natürlich eine gesunde Kuh. Demgemäß wird jede neu angekaufte Kuh besonders auf Tuberkulose untersucht und so lange in einem besonderen Quarantänestall abgesondert gehalten, bis sich ihr Gesundheitszustand als zweifelsfrei erwiesen hat. Zu Versuchen mit der Milch tuberkulöser Kühe — die selbstverständlich nicht in den Handel kommt — steht dem ärztlichen Leiter der Anstalt eine große Zahl Meerschweinchen als Versuchstiere zur Verfügung.

Gegenwärtig verfügt die Molkerei über etwa 100 Milchkühe, während die Stallungen Raum für 200 Kühe bieten. Von einem ländlichen Kuhstall unterscheidet sich die „Hygienische Stadtmolkerei“ in derselben Weise wie ein allen Anforderungen der Neuzeit entsprechender industrieller Betrieb von der engen und dumpfen Werkstatt des Kleinmeisters. In den geräumigen, luftigen Ställen herrscht peinliche Sauberkeit.

So bietet der Betrieb der „Hygienischen Stadtmolkerei“ die Möglichkeit, ein Produkt zu liefern, welches den Anforderungen der Sauberkeit und der Hygiene in jeder Hinsicht entspricht. Bedenkt man, daß gute Kindermilch bisher nicht unter 50 Pf. pro Liter zu haben war, und daß die „Hygienische Stadtmolkerei“ das Liter zu 30 Pf. abgiebt, so ist die Frage der Säuglingsernährung ihrer Lösung näher gerückt, wenigstens für die, welche nicht mit dem Pfennig rechnen müssen. Für viele Proletarier wird leider selbst der verhältnismäßig billige Preis unerschwinglich sein, und das zeigt wieder, wie berechtigt unsre Forderung ist, daß die Gemeinden die Milchversorgung in die Hand nehmen müssen, um das für das Gedeihen der Kinder unentbehrliche Nahrungsmittel dem Publikum zum Selbstkostenpreise zu liefern und damit ein Werk wahrhaft socialer Fürsorge zu thun.

Der gemeinsame Unterricht der beiden Geschlechter hatte in Berlin bei einer ganzen Reihe von Gemeindeschulen, namentlich bei katholischen Schulen, sich in den unteren Klassen und vereinzelt auch in den mittleren noch erhalten. Der Grund war der, daß bei einer Trennung der Geschlechter die betreffenden Klassen dieser Schulen nur schwach besetzt geblieben wären. Aus demselben Grunde ist auch in den Nebenklassen für die schwachbefähigten Kinder der gemeinsame Unterricht von Knaben und Mädchen üblich geworden, so daß an den Berliner Gemeindeschulen seit der Einführung dieser Nebenklassen die Zahl der Klassen mit Geschlechtermischung noch sehr erheblich zugenommen hat. Nur an einer der Gemeindeschulen, an der 16. Schule in der Mohrenstraße, waren selbst in den oberen Klassen Knaben und Mädchen gemeinsam unterrichtet worden, und das geschieht dort auch jetzt noch. Diese Schule steht aber gegenwärtig hiermit nicht mehr allein da. In dem laufenden Sommerhalbjahr werden an drei Berliner Gemeindeschulen in den obersten Klassen Knaben und Mädchen gemeinsam unterrichtet: an der 16. Schule (Mohrenstraße) in der ersten, der zweiten und der dritten Klasse, an der 289. Schule (Weißenburgerstraße) in der ersten und der zweiten Klasse, an der 256. Schule (Memelerstraße) in der zweiten und den beiden dritten Klassen (eine erste besteht hier nicht). Zwei dieser Schulen haben übrigens in den meisten ihrer Klassen Geschlechtermischung. An der 16. Schule sind sieben von überhaupt elf Klassen gemischt, außer den oberen Klassen auch die unteren, an der 256. Schule sind es sogar elf Klassen von überhaupt fünfzehn, außer den oberen auch die unteren und die meisten der mittleren Klassen.

Die Millionen des Bankiers Priester. Wie ein Testament nicht gemacht werden soll, hat auch der verstorbene Bankier Priester gezeigt, der, wie schon kurz gemeldet, seinen Erben rund sechs Millionen Mark hinterlassen hat. In seinem Nachlasse fanden sich nicht weniger als drei Schriftstücke, in denen der Verstorbene seinen letzten Willen niedergelegt zu haben glaubte. Zwei von diesen „Testamenten“ scheiden von vornherein als ungültig aus, weil sie den gesetzlichen Formvorschriften nicht genügen. Das dritte Schriftstück ist zwar vom Erblasser eigenhändig ge- und unterschrieben, auch richtig datiert, aber es enthält zahlreiche Zusätze und Aenderungen, so daß man eigentlich nur von einem Testaments-Entwurfe reden kann. Aus diesem Grunde haben auch die Erben dies Schriftstück als Testament nicht anerkannt und die gesetzliche Erbfolge beantragt. Auch die Witwe des Verstorbenen möchte einen Erbschaftsstreit vermeiden; trotzdem sie das Testament ebenfalls nicht anerkennt, möchte sie den in jenem Schriftstück zum Ausdruck gebrachten Willen ihres Gatten in Hinsicht auf die Zuwendungen an wohlthätige Anstalten Geltung verschaffen. Der Verstorbene hatte nämlich eine Summe von einer Million für eine zu gründende Altersversorgungs-Anstalt und ein Kapital von etwa 65 000 M. für fünf gemeinnützige Anstalten, darunter die Reuterstiftung, ausgesetzt. Der Anteil der letzteren würde kaum 13 000 M. betragen. Frau P. will der Stadt aber im Vergleichswege 16 500 M. für die Reuterstiftung auszahlen lassen, vorausgesetzt, daß der Auseinandersetzungs-Vertrag mit den übrigen Erben abgeschlossen wird. Da sich die Reuterstiftung bei diesem Vergleiche auf jeden Fall am günstigsten stellt, so hat der Magistrat bei der Stadtverordneten-Versammlung die Genehmigung des Vergleichsvorschlages beantragt.

Bewegungsspiele in der Ferienzeit. Die städtische Schuldeputation schreibt uns: Die seit mehreren Jahren eingeführten Bewegungsspiele für die Schüler und Schülerinnen der hiesigen Gemeindeschulen sollen auch diesmal während des Sommers vom 11. Juli bis 13. August 1904 abgehalten werden. Zu diesem Zwecke werden die in der Anlage bezeichneten Schulhöfe bezw. Spielplätze wochentäglich von 8—12 Uhr vormittags und 3—7 Uhr nachmittags für die hiesige Schuljugend geöffnet sein. Die Kinder, welche während dieser Zeit den Gefahren des Straßenverkehrs entrückt sind, unterstehen der Leitung und Aufsicht zweier Lehrer beziehungsweise Lehrerinnen, die sie in der Veranstaltung von Spielen unterstützen, ihre etwa vorkommenden Streitigkeiten schlichten, ihnen sonst jedoch möglichst viel Freiheit lassen sollen. Allwöchentlich wird ein Ausflug — meist in zwei Abteilungen, die älteren und die jüngeren Kinder getrennt, — in die nähere Umgegend Berlins unternommen.

Es kommen in Betracht für die Ferienspiele für Knaben: 1. Alt-Moabit 23 (31. Gem.-Schule), 2. Bremerstraße (Spielplatz), 3. Ackerstraße 67 (17. Gem.-Schule), 4. Danzigerstraße 23a (162. und 197. Gem.-Schule), 5. Schulstraße 100 (65. und 77. Gem.-Schule), 6. Derfflingerstraße 18a (157. und 164. Gem.-Schule), 7. Am Urban (Spielplatz), 8. Schmidtstr. 38 (62. Gem.-Schule), 9. Reichenbergerstraße 131 (145. und 151. Gem.-Schule), 10. Blumenstraße 63a (49. Gem.-Schule), 11. Gipsstraße 23a (8. und 63. Gem.-Schule), 12. Manteuffelstraße 7/8 (193. und 195. Gem.-Schule).

Für Mädchen: 1. Gerhardstr. 4/5 (187. Gem.-Schule), 2. Turmstr. 75 (82./90. Gem.-Schule), 3. Kurfürstenstr. 160 (53. Gem.-Schule), 4. Wilhelmstr. 117 (27./44. Gem.-Schule), 5. Kastanien-Allee 82 (15. Gem.-Schule), 6. Prenzlauer Allee 227/228 (105./121. Gem.-Schule), 7. Prinzen-Allee 8 (140./194. Gem.-Schule), 8. Wasserthorstr. 4 (Malerschule), 9. Naunynstr. 63 (42. Gem.-Schule), 10. Köpnickerstr. 125 (29. Gem.-Schule), 11. Krautstr. 43 (38. Gem.-Schule), 12. Fruchtstr. 38 (52./71. Gem.-Schule), 13. Keibelstr. 31/32 (84. Gem.-Schule).

„Herzenszwang“. Die „Tägliche Rundschau“ schreibt: „Uns geht folgende Mitteilung zu, die wir nicht glauben würden, wenn sie nicht aus zuverlässigster Quelle stammte: „Die jungen Mädchen aus dem Bürgerstande, die in dem hiesigen Ursulinerinnen-Kloster unterrichtet werden, müssen beim Verlassen der Schule, also etwa 14jährig, ihrem Kaplan das Versprechen geben, keinen Protestanten zu heiraten, nachdem sie schon früher ihm gegenüber sich durch Handschlag dazu verpflichtet haben“. Bei diesem ungeheuerlichen Herzenszwang kommt nicht bloß die konfessionelle, sondern auch die pädagogische Seite in Betracht. Wo in aller Welt spricht man denn mit Schulkindern von oder gar unter 14 Jahren vom Heiraten? Was sagt denn die zuständige Schulaufsichtsbehörde dazu?“

Man braucht keine Jesuitenmoral zu predigen, um zu dem Schluß zu kommen, daß das den höheren Töchtern im Ursulinerinnen-Kloster abgeforderte Gelübde moralisch nicht anders dasteht, wie das in Saarabien und anderswo den Arbeitern abgepreßte Versprechen, keiner Gewerkschaftsorganisation anzugehören. So wie ein pflichtbewußter Arbeiter unter dem Druck der Verhältnisse ein solches Versprechen nur mit dem heiligen Vorsatz abgiebt, es nicht zu halten, so werden auch gewiß die Mädchen aus dem Ursulinerinnenstift mit Vergnügen bereit sein, das alberne „Gelübde“ zu brechen, sobald der Rechte kommt und dieser Rechte zufällig nicht der katholischen Religion angehört. Das muß schon ein ganz verblödetes Geschöpf sein, das ein solches Versprechen ernst nimmt, und daher meinen wir, daß die ganze Angelegenheit nicht die Bedeutung verdient, die die „Tägl. Rundsch.“ ihr beizumessen scheint. Soweit von moralischer Schuld die Rede sein kann, fällt sie eben ausschließlich dem Kaplan zur Last, der angeblich das „Gelübde“ abnimmt.

Etwas weltfremd ist die Entrüstung darüber, daß überhaupt in der Schule mit vierzehnjährigen Mädchen über Heirat und Ehe gesprochen wird. Vierzehnjährige höhere Töchter pflegen über gewisse Dinge zumeist schon einigermaßen unterrichtet zu sein und daher wäre es nur von Vorteil, wenn ihnen in diesen Angelegenheiten in sittlich einwandfreier Weise Belehrung zu teil würde. Ob man solcher von tüchtigen Pädagogen gestellten Forderung im Ursulinerinnen-Kloster genügt, wissen wir allerdings nicht.

Ein großer Platz im Norden. Der Stadtverordneten-Ausschuß zur Vorberatung der Magistratsvorlage über die Festsetzung von neuen Baufluchtlinien auf einem Teil des Geländes des Platzes N neben dem bekannten Exerzierplatz an der einsamen Pappel an der Schönhauser Allee hat beschlossen, daß dieser Platz in einer Größe von 34 600 Quadratmeter, das ist dreimal so groß als der Leipziger Platz, zwischen Gleim- und Gaudystraße bez. Schwedterstraße und der Straße IX angelegt und im Bebauungsplan aufgenommen wird.

Saarabien in Berlin. Dem Buchbindermeister Wilhelm Kämmerer, Kochstraße 70/71, beliebt es, „seinen“ Arbeitern folgende „speciellen Bedingungen“ beim Arbeitsantritt zu stellen:

„Verweigerung der Arbeit, Ruhe, Ordnung und die Arbeit störendes Betragen, Mitteilungen über Geschäftsangelegenheiten an andre Personen, Agitation sowie das Lesen des „Vorwärts“ oder ähnlicher Zeitungen und Schriften berechtigen jederzeit zu sofortiger Entlassung.“

Wir haben bisher geglaubt, daß die Gewerkschaftsorganisation der Buchbinder stark genug sei, um die ihr angehörenden Arbeiter davor schützen zu können, daß der Unternehmer sich erdreistet, ihnen wegen ihrer Zeitungslektüre Vorschriften zu machen. Sind wir mit dieser unsrer Meinung über den Buchbinderverband im Recht, dann verdienen die bei Herrn Kämmerer beschäftigten Buchbinder die ihnen dort zu Teil werdende Behandlung. Rehabilitieren können sie sich in den Augen der Oeffentlichkeit, wenn sie zunächst Gleiches mit Gleichem vergelten und den Unternehmer verpflichten, daß er sich hinfort nicht mehr unterstehe, in ihrer Gegenwart den „Lokal-Anzeiger“ zu lesen.

Tausende von Brieftauben sind bei einem Wett- und Preisfliegen verloren gegangen, das eine Anzahl Militär-Brieftaubenvereine in Rheinland-Westfalen und in Ostpreußen am Sonntag von Spandau aus veranstalteten. Es waren aus beiden Richtungen in voriger Woche ungefähr 15 000 Brieftauben mit der Eisenbahn eingetroffen mit der Bestimmung, daß sie am Sonntag aufgelassen werden sollten. Gegen allen Brauch wurde der Aufflug auf den Bahnhöfen bei heftigem Sturm und starker Bewölkung vorgenommen; die Folgen zeigten sich bald. Nur wenige Tiere vermochten bei dem Unwetter gleich die Flugrichtung zu finden. In dichten Scharen schwebten sie unaufhörlich in den Lüften über der Stadt und der näheren Umgebung, um nach vergeblichen Versuchen, die Flugrichtung zu finden, wieder nach dem Ort der Auflassung zurückzukehren; dies Schauspiel hat bis Dienstag gedauert, und in der Zwischenzeit sind Hunderte von Tauben verschlagen worden oder dem Raubzeug zum Opfer gefallen. Scharenweise kamen sie auf den Bahnhöfen hernieder und wurden von mitleidigen Personen gefüttert, da sie gänzlich erschöpft waren. Man befürchtet, daß kaum die Hälfte der aufgelassenen Tauben an ihrem Ziel im Westen oder Osten des Landes eintreffen werden.

Der Briefmarkenhändler Sury aus Belgien, der, wie gemeldet, wegen Verkaufs gefälschter Briefmarken verhaftet wurde, soll eine namhafte Kaution für seine Freilassung angeboten haben. Ob jedoch dem Antrage des Sury stattgegeben wird, hängt von der Entscheidung des Untersuchungsrichters ab.

Baumfälle. Bei der Arbeit schwer verunglückt ist gestern vormittag der Dachdeckergeselle Unverdorbe aus Pankow. Er war damit beschäftigt, die Front des Grundstücks Gartenstr. 40 abzuputzen, als er infolge eines Fehltrittes vom Gerüst fiel und aus der Höhe der zweiten Etage herabstürzte. Bewußtlos blieb er am Boden liegen; ein doppelter Schädelbruch und schwere innere Verletzungen waren die Folgen des Unfalles. — Der Verunglückte wurde nach dem Lazarus-Krankenhause gebracht, wo er lebensgefährlich erkrankt daniederliegt. — Bei Ausschachtungsarbeiten verschüttet wurde der Arbeiter Wilhelm Bzezatz aus der Schliemannstr. 7. B. ist bei den Planierungs- und Ausschachtungsarbeiten zur Herstellung der neuen Straße zwischen Berg- und Gartenstraße beschäftigt. Gestern mittag stürzte hier eine Böschung ein und begrub B. unter sich. Der Einsturz war so gewaltig, daß dem Verunglückten beide Oberschenkel gebrochen wurden. B. fand in der Unfallstation Eichendorffstraße die erste Hilfe und wurde später der Charité zugeführt. — Zwei Unfälle auf Neubauten werden weiter aus Charlottenburg gemeldet. Vor dem Grundstück Knobelsdorffstraße 50 ist ein Gerüst aufgeführt, auf dem gestern einige Querbalken in der Höhe der zweiten Etage in die Tiefe rutschten. Die dort beschäftigten Maurer Franz Engel aus der Wörtherstr. 27 und Anton Leibhold aus der Gleimstr. 60 fielen mit den Balken in die Tiefe und erlitten schwere Verletzungen am Kopf und an den Schultern. Die Verunglückten wurden nach der Rettungswache gebracht. Dorthin brachte man bald darauf auch den Arbeiter Wilhelm Räter aus der Waldstr. 12, der auf einem Neubau auf dem Floraterrain aus der ersten Etage abgestürzt war. R. hatte einen Schulterbruch erlitten.

Jugendliche Diebe. Auf frischer That ergriffen wurden drei Diebe, welche die Eckertsche Fabrik in der Frankfurter Chaussee heimsuchten. Sie hatten sich eine größere Menge von Maschinenbestandteilen, insbesondere Messingteile zu Milchcentrifugen, angeeignet und wollten gerade mit ihrer über 1400 M. betragenden Beute davonschleichen, als sie von einem Fabrikwächter bemerkt und mit Hilfe einiger Passanten festgenommen wurden. Die Diebe sind sämtlich noch schulpflichtige Jungen, die bei ihren Eltern wohnen. Die Firma Eckert ist vor kurzem von einem ähnlichen Diebstahl betroffen worden; die jugendlichen Missethäter leugnen jedoch, den ersten Diebstahl begangen zu haben. Die hoffnungsvollen Bürschchen sind nach Moabit überführt worden.

Aus der herrlichsten der Welten. Das Elend hat den 27 Jahre alten Schlosser Julius Rippel aus der Heidestr. 33 in den Tod getrieben. Der Mann war seit drei Jahren verheiratet und Vater eines zweijährigen Sohnes. Seine Frau liegt sei vier Wochen in der Charité, wo sie operiert werden mußte. Rippel konnte seit einem Jahre schlecht sehen, fand daher nur schwer Arbeit und hatte die letzten sechs Wochen gar keine Beschäftigung. Schon hatte ihn die Not gezwungen, einige Stücke aus der Wirtschaft zu verkaufen, damit er nur das nackte Leben fristen konnte. Verzweifelt griff er

zum Strick. Als eine Hausgenossin Frau Hinze in seine Wohnung kam, um sich einmal nach ihm umzusehen, fand sie den Mann als Leiche am Spiegelhaken hängen. Der kleine Sohn, den bisher Frau Hinze in Pflege hatte, ist jetzt bei Verwandten untergebracht.

In der Werkstatt seines Vaters erschossen hat sich der 19 Jahre alte Sohn Gustav des Pianoforte-Fabrikanten Kuhla aus der Wattstraße 17/18. Der junge Mann war, wie auch seine beiden Brüder, seit einem Jahr in der Fabrik seines Vaters, die 100 Arbeiter beschäftigt, thätig. Die Arbeiter, die morgens um 7 Uhr zuerst kamen, fanden ihn tot neben seiner Drehbank liegen. Er war nachts heimlich aufgestanden und in die Werkstatt gegangen und hatte sich dort eine Kugel in den Kopf geschossen. Was ihn in den Tod getrieben hat, ist nicht bekannt.

Theater. Paul Lincke, der beliebte Berliner Komponist, wird seine Operette „Venus auf Erden", welche am Sonnabend, den 2. Juli cr., im Apollo-Theater neu einstudiert in Scene geht, persönlich dirigieren.

Aus den Nachbarorten.

Rummelsburg. Sonntag früh 7½ Uhr findet eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen werden ersucht, sich zahlreich und pünktlich in folgenden Zahlstellen einzufinden: Otto Wengers, Neue Prinz Albertstr. 17; Gust. Tempel, Alt-Boxhagen 56; Werner, Schillerstr. 24; Paul Jage, Prinz Albertstr. 13/14; Burgmeyer, Kantstr. 44; Schulz, Kantstraße Ecke Goethestraße.

Ober-Schöneweide. Die Parteigenossen werden ersucht, zu der heute abend stattfindenden Flugblattverbreitung sich recht zahlreich und pünktlich in den bekannten Lokalen einzufinden. Der Vertrauensmann.

Kein Teufelsbündnis. Gegen den Gemeindeschöffen Bauunternehmer Fieck in Staaken bei Spandau hatte der Kreisausschuß eine Untersuchung eingeleitet, weil er mit dem Teufel, nein, mit der Socialdemokratie ein Bündnis geschlossen haben sollte. Dies Verfahren ist jetzt unter folgender Begründung eingestellt worden:

„Unzweifelhaft würde Fieck, wenn er die Aeußerungen, die den Gegenstand der Anklage bilden, gethan hätte, aus seinem Amte entfernt werden müssen, denn ein Gemeindebeamter, welcher in irgend einer Weise den Bestrebungen der socialdemokratischen Partei Vorschub leistet, ist der Achtung, des Vertrauens und des Ansehens, die sein Amt erfordern, vollkommen unwürdig. Bei der Unzulänglichkeit der Zeugenaussagen liegen jedoch ausreichende Beweise dafür, daß Fieck die inkriminierten Aeußerungen (Empfehlung der socialdemokratischen Kandidaten) gethan habe, nicht vor. Hierzu kommt, daß nach den wiederholten Bekundungen einwandfreier Zeugen Fieck bisher niemals irgend etwas gethan hat, was darauf schließen lassen könnte, daß er socialdemokratische Gesinnung hege oder die Bestrebungen der socialdemokratischen Partei in irgend einer Weise unterstütze. Es wird dem Fieck im Gegenteil allgemein das Zeugnis eines sowohl in seinem Privat- wie in seinem Berufsleben durchaus patriotischen und königstreuen Mannes ausgestellt. Bei diesem Ergebnis der Voruntersuchung mußte deshalb die Einstellung des Verfahrens erfolgen."

Bei dem Fortschreiten des socialistischen Gedankens kann es auch in Preußen nur eine verhältnismäßig kurze Zeit dauern, bis man ein derartiges Verfahren gegen einen Beamten allgemein ebenso einschätzt wie heute die Hexenprozesse der guten alten Zeit.

In der Angelegenheit der Eingemeindung von Lichtenberg und Rummelsburg, um welche vom Grundbesitzerverein Friedrichsberg-Boxhagen petitioniert ist, liegt jetzt der Bericht der Gemeindekommission des preußischen Abgeordnetenhauses vor. Nach dem Bericht hat der Regierungsvertreter sich in der Sache wie folgt geäußert: „Die beiden ganzen Gemeinden der Stadt einzuverleiben, wofür die beteiligten Gemeindebehörden vielleicht zu haben sein würden, trage die Regierung Bedenken. Ein zwingender Anlaß dazu liege thatsächlich auch noch nicht vor. Zweckmäßiger als die Eingemeindung erscheine der Regierung vorderhand, darauf hinzuwirken, daß, wenn möglich, auch hier an der Peripherie von Berlin allmählich ein eignes Gemeinwesen sich bilde, das den Aufgaben eines Vororts der Hauptstadt gerecht werden könne. Nach den Erfahrungen im Westen von Berlin vollziehe sich diese Entwickelung aber eher unter selbständiger Verwaltung, als wenn diese in Berlin centralisiert wird, wo das Uebermaß der ständig wachsenden Verwaltungsaufgaben mit der jetzigen Organisation schon ohnehin sehr schwer zu bewältigen sei."

Nach dieser Erklärung hat die Gemeindekommission beschlossen, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Gerichts-Zeitung.

Die Ausschreitung zweier angetrunkener Russen, der Studenten Sergius Turoweroff und Alexander Dittmann, beschäftigte gestern die siebente Strafkammer des Landgerichts I in längerer Sitzung. In der Nacht zum 22. April hatten die Genannten durchgekneipt. Gegen 6 Uhr morgens kamen sie in stark bezechtem Zustande nach der Rehfeldschen Schankwirtschaft in der Hannoverschenstraße. Hier betrugen sie sich so unmanierlich, daß die Wirtin ihren Ehemann wecken mußte, der die beiden unliebsamen Gäste vor die Thür setzte. Nun machten diese auf der Straße solchen Lärm, daß ein Schutzmann erschien. Dessen Bemühungen, die Tumultuanten zu beruhigen, fielen auf einen unfruchtbaren Boden, Turoweroff stürmte mit erhobenen Fäusten und unter dem Rufe: „Ich bin ein Russe!" auf den Beamten ein und versetzte ihm einen Schlag ins Gesicht. Gleich darauf kam er zu Falle und am Boden liegend umklammerte er die Beine des Schutzmannes und versuchte, auch ihn zu Boden zu ziehen. In diesem Augenblick ging der Händler Johann Prokop an der kämpfenden Gruppe vorüber und ließ dabei eine über fußlange eiserne Stange so dicht neben den am Boden liegenden Russen fallen, daß dieser sie mit der Hand erreichen konnte. Dieser deutliche Wink wurde aber nicht beachtet. Nun fand Prokop sich veranlaßt, thätlich für den Russen Partei zu nehmen, er schlug auf den Schutzmann ein und dasselbe that der Freund Turoweroffs, der Student Dittmann. Nun zog der bedrohte Beamte den Säbel. Alle drei Angreifer erlitten Verwundungen, die indessen nicht erheblich waren. Sie mußten alle drei zunächst nach der Charité gebracht und verbunden werden. Während des Auftritts auf der Straße hatte sich natürlich eine bedeutende Menschenmenge angesammelt. Viele der Zuschauer nahmen gegen den Beamten Partei. Zu diesen gehörte auch der Straßenbahnschaffner Paul Arndt, welcher wiederholt rief: „So behandelt man keinen Menschen, nicht einmal ein Vieh!" Vermöge seiner Dienstkleidung konnte seine Persönlichkeit festgestellt werden. Es sollten nun gestern vier Personen auf der Anklagebank Platz nehmen, die beiden Studenten und der Händler Prokop wegen thätlichen Angriffes auf einen Beamten und wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, der Schaffner Arndt wegen Verübung groben Unfugs. Der Student Dittmann war nicht erschienen, er hat es vorgezogen, nach Rußland zurückzukehren. Der Staatsanwalt beantragte nach Schluß der Beweisaufnahme gegen Turoweroff sechs Wochen Gefängnis und vier Wochen Haft, gegen den vorbestraften Prokop sechs Monate Gefängnis und gegen Arndt vier Wochen Haft. Die Verteidiger, Rechtsanwalte Kobelinski und Barnau, plädierten für ein niedrigeres Strafmaß. Der Gerichtshof verurteilte Turoweroff zu 300 M. Geldstrafe, Prokop zu drei Monaten Gefängnis und Arndt zu 30 M. Geldstrafe.

Centralverband der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen Deutschlands (Bezirk Berlin). Heute Donnerstagabend 9 Uhr in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20: Sitzung. Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Vermischtes.

Einen grauenhaften Fund haben Arbeiter in Halle a. S. auf einem Holzplatz gemacht. Unter einem aufgeschichteten Haufen von Holzklötzen zogen sie aus einem der Luftschächte die stark verweste Leiche eines etwa achtjährigen Knaben hervor, der der größte Teil des Fleisches durch Ratten von den Knochen gefressen war. Bald ergab es sich, daß es die Ueberreste eines Arbeiterkindes waren, das seit dem 11. April vermißt wurde. Aus Furcht vor Strafe war der Knabe davongelaufen und hat offenbar in dem Holzschacht genächtigt. Bei dem Versuche, wieder herauszukriechen, haben sich die Holzklötze verschoben und der Unglückliche vermochte das Freie nicht mehr zu gewinnen. Er ist zweifellos verhungert und von Ratten aufgefressen worden.

Ein Mord auf der Alpe. Aus Mürzzuschlag wird der „Grazer Tagespost" gemeldet, daß der in Sport- und Touristenkreisen unter dem Namen „Almpeter" weit bekannte Herbergsvater des Rosegger-Schutzhauses auf der Petrulalpe, Peter Bergner, ermordet aufgefunden worden ist. Touristen fanden den Bewirtschafter des der „Waldheimat-Gesellschaft" in Mürzzuschlag gehörenden Hauses im Kellerraum des Gastzimmers der Hütte, in welchen man durch eine Fallthür von jenem Gastzimmer aus gelangt. Die Leiche Bergners war bereits kalt. Die Geldlade war erbrochen und sämtliches Geld — es dürften bei 100 K. gewesen sein — geraubt worden. Der Mord dürfte bereits am Freitag voriger Woche verübt sein. Die Gendarmerie in Retteneg verhaftete einen der That dringend verdächtigen Mann Namens Joseph Giebler, 30 Jahre alt, der sich am Sonnabend auf der Pretulalpe aufgehalten hatte. Bemerkenswert ist, daß Bergner vor einiger Zeit bereits das Opfer eines Mordversuches war. In der ihm gelieferten Milch hatte man Gift vorgefunden. Seit jener Zeit nährte er sich fast ausschließlich von Konserven. Bergner war wegen seiner Leutseligkeit und wegen seines Humors allseits beliebt. Er bewirtschaftete Sommer und Winter das Schutzhaus, das im Winter von zahlreichen Skiläufern besucht wird. Das Leben da oben gefiel ihm und die Alpe war sein Himmel. Alle Touristen hatten den lebensfrohen Mann sehr gern, plauderten mit ihm stundenlang, der ihnen wohl auch seine poetischen Erzeugnisse vorlas. Das einzige Lebewesen in seiner Alpeneinsamkeit war sein auch den Touristen gut bekannter Hund Lidi.

Zur Brandkatastrophe des Dampfers „General Slocum" meldet der Telegraph aus New York:

New York, 29. Juni. Das Leichenschaugericht hat entschieden, daß das Unglück auf übles Verhalten der Direktoren der Knickerbocker Dampfschiffsgesellschaft zurückzuführen sei. Auch der Kapitän van Schaick vom verunglückten Dampfer und der Kapitän Peaze von derselben Gesellschaft seien strafrechtlich verantwortlich. Gegen die Direktoren und die Offiziere, im ganzen elf Personen, ist die Anklage auf Totschlag erhoben. Ihre Verhaftung ist angeordnet worden, doch werden sie gegen Bürgschaft freigelassen.

In einer Meldung an den „Hamburgischen Korrespondent" findet sich folgende Auslassung eines amerikanischen Schiffsoffiziers über die Katastrophe: „Der Kapitän ist auf alle Fälle schuldig, eines der wichtigsten ungeschriebenen Gesetze der See verletzt zu haben, daß man bei Feuersgefahr das Schiffshinterteil immer mit dem Winde gehen lassen muß. Da er den Wind gegen sich hatte, trieb dieser die Flammen vor sich hin und sie sprangen so in wenigen Minuten über das ganze Schiff. Jeder andre hätte das Schiff gedreht, so das Feuer lokalisiert und wenigstens einen Versuch machen können, es zu löschen. Auch hätte er fast im nächsten Augenblick das Schiff zum Stranden bringen können, anstatt sich so verhängnisvoll zu spät einen Punkt auszusuchen, der durch tiefes Wasser und zahlreiche Klippen die Rettung der über Bord Springenden fast ausschloß. Es gab genug Möglichkeiten, um das Schiff so ans Land zu treiben, daß die Passagiere direkt auf festen Boden hätten springen können." Weiter heißt es in der Korrespondenz: „Wieder mit Schrecken wird man die Aktion des Kapitäns verstehen lernen, wenn ich die Worte des Chefoffiziers vom Zollkutter „Seminole" citiere: „Es ist ein verhängnisvoller Fehler geschehen, dem man auch bei den andren Gesellschaften dieser Art begegnen würde. Jeder Kapitän hat für Fälle wie jene des „General Slocum" strikte Order, die Schiffe nur dort auflaufen zu lassen, wo die Möglichkeit irgend eines Schadens, für den dann die Compagnie aufzukommen hätte, nicht besteht. Ich bin überzeugt, daß, falls der Kapitän seetüchtig genug gewesen wäre, um sich an diese engherzige Order nicht zu kehren, alle Passagiere zu retten gewesen wären. Er aber minderte nicht einmal die Geschwindigkeit seiner Fahrt, sondern fuhr mit voller Kraft in den Gegenwind hinein, der dem Feuer erst seine Todeskraft verliehen hat." Nur wer mit den lokalen Verhältnissen der Unglücksstelle vertraut ist, kann ermessen, was diese Anklagen zu bedeuten haben. Das Menschenleben wurde eben thatsächlich bloß für so viele Cents eingeschätzt, als das Passagegeld per Kopf betragen hatte. Kein Zweifel, daß heute, morgen schon der große Beschönigungsprozeß beginnen wird."

Zweihundert russische Wallfahrer ertrunken. Eine schreckliche Katastrophe ereignete sich am 24. d. M. auf dem Flusse Choper in der Nähe von Rostow am Don. Eine Partie von Wallfahrern, bestehend aus 250 Frauen und Kindern, bestieg eine Fähre, um in der Nähe der Station Sotowskaja den Fluß Choper zu übersetzen. Der Boden der Fähre war morsch, und als sich diese in der Mitte des Flusses befand, brach der Boden entzwei. Es entstand eine furchtbare Panik, während der die Wallfahrer sich teils ins Wasser stürzten, teils vom Strome erfaßt und unter die Räder der vielen Wassermühlen getrieben wurden. Von den 250 Wallfahrern ertranken 200. 60 Leichen wurden bereits geborgen.

Aus einer dänischen „kleinen Garnison". Die Geschichte einer Wechselfälschung, in welcher ein königlicher Prinz und eine Frau Oberst die Hauptrollen spielen und die mit der Internierung der Oberstin in ein Irrenhaus abschließt, erregt zur Zeit in hohem Grade das öffentliche Interesse Dänemarks. Die Dame, eine geborene Komtesse mit großem Vermögen, lebte in der Garnison ihres Mannes, des Kommandeurs eines Dragonerregiments, ein überaus extravagantes Leben, zu dessen übermäßigen Bedürfnissen die Mittel nicht mehr reichten. Da erschien sie plötzlich in der Hauptstadt und versuchte, einen mit der Namensunterschrift des Prinzen Harald von Dänemark versehenen Wechsel unter Geldleuten abzusetzen. Man zweifelte die Echtheit der Unterschrift an und meinte darum, der Dame wie dem Prinzen einen Dienst zu erweisen, wenn man den Wechsel aus der Welt schaffe". Das geschah auf diese Weise, daß man der in Geldsachen wenig erfahrenen Dame für den Wechsel eine ungültige Bankanweisung aushändigte, die natürlich nicht honoriert wurde. Als die Frau Obest merkte, daß sie „betrogen", geriet sie in Raserei, worauf ihr Herr Gemahl erschien und sie in ein Irrenhaus abführte. Der Oberst machte seinen Offizieren hiervon Mitteilung und sagte, er wünsche den Namen seiner Frau beim Regimente nicht mehr genannt. Die Frau Oberst behauptet, dem Prinzen vor längerer Zeit 20 000 Kronen beschafft zu haben, die sie nun einzukassieren wünschte, da sie für das Geld selber Gebrauch hatte. Der Prinz leugnet die Echtheit seiner Unterschrift und will von der ganzen Sache nichts kennen. Die Oeffentlichkeit aber fühlt sich bei diesem Abschluß der im ganzen sehr mystischen Angelegenheit nicht recht befriedigt, indem ihr weder die Fälschung der Unterschrift noch auch der Wahnsinn der Oberstin genügend nachgewiesen ist. Prinz Harald ist ein Sohn des Kronprinzen und dient augenblicklich als Husaren-Lieutenant in Kopenhagen.

Der blamierte Landgerichtsrat. Den folgenden köstlichen Scherz aus dem Gerichtssaal teilt dem „Neuen Wiener Journal" ein Abonnent mit: „Vor einem Wiener Gericht war ein Rabbiner der schuldbaren Crida angeklagt. Auf die Frage des Vorsitzenden, was der Angeklagte sei, antwortete er: „Rabbiner, Lehrer und Schochet". Der Vorsitzende, dem dieser Ausdruck unbekannt war, erfuhr auf sein Befragen, daß Schochet „Schlächter" heiße. Der Herr Landgerichtsrat besaß nun das Taktgefühl, den Rabbiner fortwährend mit „Sie Schochet" zu apostrophieren. Die Verhandlung ging zu Ende, der Rabbiner wurde freigesprochen. Nach Verkündigung des Freispruchs erbat sich der Rabbiner einige Worte reden zu dürfen, was ihm der Vorsitzende nach einer barschen Abfertigung endlich gestattete. Der Rabbiner sagte nun: „Ich möchte mir nur erlauben, den Herrn Vorsitzenden darauf aufmerksam zu machen, daß ich Rabbiner für die Juden, Lehrer für die Jugend, Schochet jedoch nur für Ochsen bin!" Also geschehen im Jahre des Heils 1904 unter Vorsitz des Herrn Landgerichtsrats . . . Na, lassen wir für heute den Namen. Ein Advokat, der bei der Verhandlung zugegen war."

Eingegangene Druckschriften.

Die **„Socialistischen Monatshefte"** (Administration: Berlin SW. 19 Beuthstraße 2) haben soeben das Juli-Heft ihres 10. Jahrganges erscheinen lassen. Aus dem Inhalt desselben heben wir hervor: Edouard Anseele: Die belgischen Wahlen. — Otto Hue: Saarablen. — Paul Kampffmeyer: Karl Lamprecht und Karl Marx. — Max Schippel: Ueber den Brüsseler Freihandelskongreß von 1847 und die Marxsche Rede. — Eduard Bernstein: Was treibt England zum Reichszollverein? — Friedrich Kleeis: Der Ausbau der Invalidenversicherung zu einer allgemeinen Volksversicherung. — Ernst Roth: Koalitionsrecht und Erpressung. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Rechtsprechung. — Wirtschaft von Max Schippel. — Politik von Richard Calwer. — Socialpolitik von Paul Kampffmeyer. — Sociale Kommunalpolitik von Dr. Hugo Lindemann. — Socialistische Bewegung von Hugo Poetzsch. — Gewerkschaftsbewegung von Ernst Deinhardt. — Genossenschaftsbewegung von Gertrud David. — Geistige Bewegung von Ernst Roth. — Socialwissenschaften von Paul Kampffmeyer. — Bildende Kunst von Anna Plehn. — Buchbesprechungen von Dr. L. Arons und J. Bloch.

Briefkasten der Redaktion.

Verkehr. Der Bau von fünf Straßenbahnlinien durch die Stadtgemeinde ist von der Verkehrsdeputation und vom Magistrat beschlossen worden, aber nun hat erst noch die Stadtverordneten-Versammlung ihr Ja zu sagen. Ueber die Höhe der Gehälter der anzustellenden Schaffner usw. ist selbstverständlich noch nichts bestimmt. Bewerbungen um Anstellung sind vorläufig zwecklos. Bis zur Inbetriebsetzung der Linien können noch Jahre vergehen. — **N. N.** 1. Ja. 2. Nein. — **Pferdebahn.** Es giebt drei Straßenbahnlinien „Gesundbrunnen—Kreuzberg". Welche meinen Sie? Der Betrieb mit Pferden hörte auf: bei der Linie „Gesundbrunnen—Spittelmarkt—Kreuzberg" am 16. Juli 1898, bei der Linie „Gesundbrunnen—Moritzplatz—Kreuzberg" am 16. Juli 1899, bei der Linie „Gesundbrunnen—Opernplatz—Kreuzberg" am 8. Oktober 1901 (nach den uns an zuständiger Stelle gegebenen Auskünften). — Wo blieb Ihre Zeitungs-Quittung?

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

Alter Abonnent. Die Höhe der Rente richtet sich u. a. nach der Art der Beitragsmarken. Etwa 150 M. mag die Rente in Ihrem Falle betragen. Genaues läßt sich ohne Einsicht in die Karten nicht sagen. — **P. G. 104.** Fordern Sie den Wirt auf, die Rechtmäßigkeit und Rechtsgültigkeit Ihrer Kündigung anzuerkennen und klagen Sie eventuell schleunigst auf Anerkennung Ihres Rechts und erwirken eine einstweilige Verfügung. Zuständig ist das Amtsgericht Berlin II, Hallesches Ufer 29/31. — **A. P. in M.** Zum Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus ist Konzession nach § 33 G.-O. erforderlich. — **K. S. 40.** Ihre alte Police läuft weiter, ohne daß Sie ein neues Exemplar erhalten. — **K. H.** Er muß leider weiter dienen. — **A. H. 70.** 1. u. 2. Nein. 3. Beantragen Sie beim Magistrat unter Darlegung des Falles Ersatz und wenden Sie sich eventuell an die Stadtverordneten-Versammlung. — **K. M.** Ja. — **M. T.** Die von Ihnen gewünschten Entscheidungen finden Sie in den über 50 Bände umfassenden gedruckten Entscheidungen des Reichsgerichts in Civilsachen. Die Kataloge der öffentlichen Bibliotheken können Sie dortselbst einsehen. Wir sind außer stande, Ihnen mitzuteilen, in welchen Bänden sich Entscheidungen vorfinden, die auf einen uns unbekannten Sachverhalt vielleicht Anwendung finden. Das Ihnen Passende müssen Sie selbst heraussuchen. — **H. B. 9.** 1. Das Mädchen ist nicht krankenversicherungspflichtig. 2. Da das Mädchen die Aufnahme in ein Krankenhaus abgelehnt hat, steht ihm gegen die Herrschaft kein Anspruch mehr zu. Mit einer Klage auf Ersatz der Kosten würden Sie nicht durchdringen. — **W. M. 101.** Nach vollendetem 25. Jahre. — **X. Y. Z. 000.** Nicht mehr möglich. — **St. 35.** Sie erben die Schulden mit. Zu diesen Schulden gehört die Mietsforderung. Der Wirt ist also im Recht. Vielleicht empfiehlt es sich für Sie, auf die Erbschaft überhaupt zu verzichten. Der Verzicht muß innerhalb sechs Wochen bei Gericht eingegangen sein, notarielle oder gerichtliche Beglaubigung ist erforderlich. — **R. S. 2.** Soweit ersichtlich, wird der Anspruch Ihres Bruders voll berücksichtigt. Er thut gut, darum einzukommen, daß ihm ein Civilversorgungsschein ausgestellt werde. Einen klagbaren Anspruch auf solchen hat er aber nicht. — **W. Th.** Die rückständigen Beiträge sind bis zum Austritt oder Ausschluß zu zahlen und können eingeklagt werden. — **M. M.** Nein. — **68 G. A.** 1. Nach dem von Ihnen geschilderten Sachverhalt scheint ein Betriebsunfall vorzuliegen; Sie müssen aber beweisen, welches plötzliche Ereignis den Blutsturz herbeiführte. 2. Sie können so viel verdienen, als Ihnen möglich ist. 3. Wenden Sie sich an das Arbeitersekretariat Berlin, Engelufer 15. — **A. H. 54.** Nach Ihrer Schilderung hat der Drogist für den Unfall des Kindes in vollem Umfange zu haften, weil der erteilte Auftrag an das Kind, eine mehrere Centner schwere Ware abzufahren, gegen die guten Sitten und gegen die speciellen Pflichten des Chefs verstößt, die Dienstleistungen so zu regeln, daß der Arbeiter gegen Gefahr für Leben und Gesundheit so weit geschützt ist, als die Natur der Dienstleistung es gestattet. Ferner haftet der Chef deshalb, weil er ein noch nicht 12 Jahre altes Kind beschäftigt und dadurch eine unerlaubte und strafbare Handlung begangen hat. Trotz der Nichtigkeit des Arbeitsvertrages hat der Chef den vollen Wochenlohn zu zahlen. Da es strittig sein kann, ob das Gewerbegericht zuständig ist, so ist zu raten, zuerst beim Gewerbegericht zu klagen und erst, wenn dies durch Urteil sich für unzuständig erklärt, das Amts- oder Landgericht anzugehen. Der sofortigen Aufforderung zur Zahlung steht nichts im Wege. — **044.** Sie müssen erst auf Ungültigkeit des Patents oder des Musterschutzes (Ihre Darstellung läßt nicht erkennen, welche dieser Arten zutrifft) klagen. — **K. Sch. 010.** Ihrer Tochter ist entschieden abzuraten, nach Jw. zu gehen. Der Brief stellt ein Engagement lediglich in Aussicht. Das in Aussicht gestellte Gehalt ist ein im Verhältnis zu den dortigen Preisen niedriges. Rechtlich ist Ihre minderjährige Tochter nicht ermächtigt, ohne Ihre Zustimmung ein Engagement in Afrika anzunehmen. Sie könnten behördliche Hilfe zwecks eventueller Zurückführung in Anspruch nehmen. Etwas andres ist es, ob Sie Ihre Tochter nicht für alt genug halten, ein sicheres Engagement dort anzunehmen. Durchaus erforderlich ist, daß für freie Rückfahrt gesorgt wird. Ueber den Charakter des betreffenden Geschäfts, über Klima, Preise, Verkehr usw. werden Sie am ehesten in der Auskunftsstelle Schellingstr. 4 und vom Auswärtigen Amt Nachricht erhalten. — **K. Ja.**

Witterungsübersicht vom 29. Juni 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	763	WNW	4	wolkig	13	Haparanda	758	N	2	wolkig	17
Hamburg	766	NW	2	bedeckt	11	Petersburg	759	SO	1	Nebel	14
Berlin	765	W	3	bedeckt	11	Cork	—	—	—	—	—
Frankf. a. M.	767	N	3	wolkenl	13	Aberdeen	765	SSO	2	bedeckt	10
München	767	NO	2	wolkenl	13	Paris	766	ONO	2	wolkenl	14
Wien	765	SSO	1	bedeckt	14						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 30. Juni 1904.

Wärmer, vorwiegend heiter und trocken, bei schwachen nordöstlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Marktpreise von Berlin am 28. Juni 1904
nach Ermittelungen des kgl. Polizeipräsidiums.

Weizen, gut	D.-Ctr.	—,—	—,—	Kartoffeln, neue	D.-Ctr.	8,00	5,00
„ mittel	„	—,—	—,—	Rindfleisch, Keule	1 kg	1,80	1,20
„ gering	„	—,—	—,—	do. Bauch	„	1,40	1,10
Roggen, gut	„	—,—	—,—	Schweinefleisch	„	1,60	1,00
„ mittel	„	—,—	—,—	Kalbfleisch	„	1,80	1,20
„ gering	„	—,—	—,—	Hammelfleisch	„	1,80	1,20
†Gerste, gut	„	14,50	13,30	Butter	„	2,60	2,00
„ mittel	„	13,20	12,10	Eier	60 Stück	3,60	2,20
„ gering	„	12,00	10,90	Karpfen	1 kg	2,00	1,40
†Hafer, gut	„	15,40	14,80	Aale	„	2,80	1,40
„ mittel	„	14,70	14,10	Zander	„	2,80	1,20
„ gering	„	14,00	13,50	Hechte	„	2,20	1,20
Richtstroh	„	4,32	4,00	Barsche	„	2,00	0,80
Heu	„	7,60	5,40	Schleie	„	2,80	1,20
Erbsen	„	40,00	28,00	Bleie	„	1,40	0,80
Speisebohnen	„	50,00	25,00	Krebse	per Schock	16,00	3,00
Linsen	„	60,00	25,00				

† frei Wagen und ab Bahn.

Verantw. Redakteur: Paul Büttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.